

Entwicklungsperspektiven im Nord-Süd-Kontext

Das Konzept Soziale Entwicklung im
Spiegel von Entwicklungszusammenarbeit
und Sozialer Arbeit

Lia Calvelo

veröffentlicht unter den socialnet Materialien

Publikationsdatum: 17.10.2017

URL: <https://www.socialnet.de/materialien/27920.php>

Entwicklungsperspektiven im Nord-Süd-Kontext

**Das Konzept Soziale Entwicklung im Spiegel von
Entwicklungszusammenarbeit
und Sozialer Arbeit**

**Abschlussarbeit zur Erlangung des Akademischen Grades
“Master of Arts” (M.A.) im Studiengang
“Soziale Arbeit - International Relations and Social Policy“**

**an der
Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften
der
Fachhochschule Erfurt
University of Applied Sciences**

von

Lia Calvelo [10197800]

Eingereicht im Sommersemester 2014

am 02. Juli 2014

Erstgutachterin: Dr. Christine Rehklaue

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ronald Lutz

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	4
2	THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	5
2.1	ALLGEMEINER THEORIERAHMEN.....	5
2.1.1	Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.....	6
2.1.2	Entwicklungstheorien im historischen Überblick.....	9
2.1.2.1	Das Hexagon der Entwicklung.....	15
2.1.2.2	Post-Development- und Degrowth-Ansatz.....	18
2.1.3	Soziale Arbeit des Südens.....	25
2.1.4	Transnationale Soziale Arbeit.....	28
2.2	SOZIALE ENTWICKLUNG.....	32
2.2.1	Geschichte Sozialer Entwicklung.....	33
2.2.2	Theorie und Kernprogramme.....	36
2.2.3	Soziale Entwicklung und Soziale Arbeit.....	39
2.2.4	Soziale Entwicklung im Nord-Süd-Kontext.....	41
3	FORSCHUNGSPROJEKT.....	43
3.1	FRAGESTELLUNG UND FORSCHUNGSDESIGN.....	44
3.2	METHODOLOGIE.....	45
3.2.1	Dokumentenanalyse.....	45
3.2.2	Inhaltsanalyse.....	49
3.2.3	Diskursanalytische Orientierung.....	54
3.3	METHODISCHES VORGEHEN.....	56
3.3.1	Sampling und Organisationsprofile.....	56
3.3.1.1	AWO International.....	58
3.3.1.2	BfdW-EED.....	60
3.3.1.3	GIZ.....	63
3.3.2	Iterative Kategorienbildung und Kodierung.....	66
3.3.2.1	Deduktiv gewonnene Kategorien.....	67
3.3.2.2	Induktiv gewonnene Kategorien.....	67
3.3.2.3	Kodierleitfaden.....	72
3.3.2.4	Thematisches und analytisches Kodieren.....	72
3.3.3	Auswertung.....	76
3.3.3.1	Zusammenfassung.....	77

3.3.3.2	Explication	77
3.3.3.3	Strukturierung.....	78
4	THEORIEBEZOGENE DISKUSSION DER ERGEBNISSE	79
4.1	VERSCHIEDENE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN IN DER EZ	79
4.1.1	AWO: Entwicklung durch Solidarität.....	80
4.1.2	BfdW-EED: Entwicklung durch Nächstenliebe.....	85
4.1.3	GIZ: Entwicklung durch Wachstum	93
4.2	DAS ENTWICKLUNGSVERSTÄNDNIS SOZIALER ENTWICKLUNG.....	102
4.3	VERGLEICH – GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE.....	106
5	FAZIT – BEDEUTUNG FÜR DIE SOZIALE ARBEIT	111
6	AUSBLICK	115
7	LITERATURVERZEICHNIS	120
8	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	128
9	ANHANG.....	129
9.1	ANHANG I – KATEGORIEN	129
9.2	ANHANG II – KODIERLEITFADEN	130
9.3	ANHANG III – ORGANISATIONSTEXTE	140
10	ERKLÄRUNG.....	141

Im Folgenden wird aus Gründen der literarischen Gendergerechtigkeit und der besseren Lesbarkeit ausschließlich die weibliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein. Davon ausgenommen sind direkte Zitate, die die männliche Form enthalten.

1 Einleitung

Am Anfang stand eine einzelne Frage im Raum. Diese lautete schlicht: Was bedeutet „Soziale Entwicklung“? Im Sommer 2013 kam die Idee auf, herausfinden zu wollen, was eigentlich unter dem konzeptuellen Begriff „Soziale Entwicklung“ als kennzeichnendes Merkmal der sogenannten „Sozialarbeit des Südens“ (Lutz/ Rehklaue 2009) genau zu verstehen ist. Der persönliche Zugang zu diesem Themenfeld ist jedoch früher zu datieren. Genauer gesagt im Sommer 2010 im Rahmen eines Seminars zu Internationaler Sozialer Arbeit, in dem erstmals ein wissenschaftlicher Zugang zu Entwicklungszusammenarbeit, anderen Konzepten Sozialer Arbeit und den historischen Hintergründen der Süd-Nord-Beziehungen erfolgte. Aufgrund dessen fand im Zuge des Bachelorstudiums und -abschlusses sowie eines damit verbundenen Forschungspraktikums in Lateinamerika im Jahr 2012 schon eine erste Auseinandersetzung mit Internationaler Sozialer Arbeit, Internationalen Beziehungen und insbesondere mit der „Sozialarbeit des Südens“ statt. Dabei hat der Entwicklungsbegriff stets eine wesentliche, aber wenig erörterte Rolle gespielt und der im globalen Süden herausgebildete, doch im globalen Norden kaum erfasste Ansatz „Soziale Entwicklung“ (Vgl. Midgley 2009, 12) einen bedeutsamen Teilaspekt ausgemacht. Beides sollte daher im Rahmen eines mehrmonatigen Forschungsprojekts und der anschließenden, nun hier vorliegenden Masterarbeit wieder aufgegriffen und weiter vertieft werden. Im Zuge weiterführender Überlegungen und beginnender Recherchen bezüglich internationaler Süd-Nord-Beziehungen und verschiedener Entwicklungskonzepte, ergab sich im Prozess eine richtungsweisende zweite Frage: Welche Art von Entwicklungsbegriff liegt eigentlich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zugrunde? Und vor dem Hintergrund der eigenen disziplinären Einbettung wurde noch eine dritte komparative Frage gestellt: Welche Rolle spielen Internationale Beziehungen und „(Soziale) Entwicklung“ im Kontext Sozialer Arbeit? Schließlich wurde es bei dieser fortlaufenden, reflexiven Betrachtung auch grundsätzlich, sodass gefragt wurde: Was heißt überhaupt Entwicklung?

Der Ausgangspunkt all dieser und vieler weiterer Fragen, die im Prozess der vorliegenden Arbeit auf- und abgeworfen wurden, liegt nun bald schon ein Jahr zurück und aus einer ersten fragenden Idee hat sich eine konkrete Fragestellung ergeben. Im Verlauf einer qualitativen Untersuchung wurde hierfür nach Antworten gesucht, während gleichzeitig ein theoretischer Verständnisrahmen erarbeitet wurde. Ein besonderes Interesse lag dabei stets darin, den forschenden Blick nach außen zu richten bzw. zu öffnen und die Chance wahrzunehmen, von

anderen Theorie- und Praxiszugängen zu lernen, anstatt in der Enge nationaler und disziplinärer Grenzen zu denken und zu verharren.

Vor diesem Hintergrund werden die folgenden Ausführungen, die in drei übergeordnete Teile untergliedert sind, zunächst auf die relevanten Begrifflichkeiten und auf einige wesentliche sowie kritische theoretische Grundlagen rund um Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit und Soziale Entwicklung eingehen, um anschließend im zweiten Teil das Forschungsprojekt vorzustellen und die gewählten Untersuchungsmethoden theoretisch und praktisch anhand erster interpretativer Analysebeispiele zu erörtern. Im dritten und letzten Kapitel werden die erarbeiteten Auswertungsergebnisse in Rückbezug auf die Theorie dar- und ausgelegt, woraufhin ein Fazit im Hinblick auf Soziale Arbeit und ein abschließender Ausblick erfolgen werden.

2 Theoretische Grundlagen

Um den theoretischen Zugang zum Untersuchungsgegenstand des durchgeführten Forschungsprojekts zu klären, aber auch um die methodisch diskursanalytische Herangehensweise theoretisch zu unterfüttern und zu begründen, wird in den folgenden Abschnitten allem voraus auf die allgemeinen theoretischen Grundlagen von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, auf die Definition des Entwicklungsbegriffs und seine Bedeutung und Verwendung im Kontext der Entwicklungstheorien der letzten 60 Jahre eingegangen, aber auch ein Blick auf kritische entwicklungstheoretische Ansätze wie den Post-Development- und den Degrowth-Ansatz im Rahmen einer postkolonialen Perspektive geworfen werden. Darüber hinaus sollen die Begriffe „Sozialarbeit des Südens“ und „Transnationale Soziale Arbeit“ kurz umrissen werden, um im spezifischen Theorieteil dann auf die besonderen Ausprägungen des Konzeptes Soziale Entwicklung einzugehen und dieses schließlich ins Verhältnis zu Sozialer Arbeit im Spiegel des Nord-Süd-Kontextes zu setzen.

2.1 Allgemeiner Theorierahmen

Nach einer kurzen, pragmatischen Begriffsklärung und Erläuterung der Begriffe Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Darstellung zentraler Akteurinnen, lautet also zunächst die Frage: Wie wurde oder wird der Begriff „Entwicklung“ in der wissenschaftlich-theoretischen Auseinandersetzung definiert oder verstanden? Darauf soll ein historischer Querschnitt durch die „großen“ Entwicklungstheorien seit den 1950er

Jahren und eine Beleuchtung aktueller, auch kritischer und kontroverser Theorieansätze Antwort geben. Zudem sollen die Rollen und Positionen einer transnational und einer im globalen Süden verorteten Sozialen Arbeit betrachtet und in Bezug zueinander gesetzt werden. Die folgenden theoretischen Ausführungen erheben jedoch nicht den Anspruch einer erschöpfenden Darstellung der letzt genannten Theorie- und Praxisansätze und aller entwicklungstheoretischen und -politischen Prozesse, Akteurinnen und Praktiken. Sie bilden nur ausschnittshafte, aber grundlegende Überlegungen ab und sollen einen generellen Überblick geben.¹

2.1.1 Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Die Begriffe „Entwicklungspolitik“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ sind aufgrund ihrer oftmals synonymen und verallgemeinernden Verwendung im öffentlichen und fachlichen Diskurs nicht leicht zu definieren und voneinander abzugrenzen (Vgl. Kuhn 2005, 45ff). Dabei werden sie in der öffentlichen Wahrnehmung in der Regel im „[...] Bereich der Entwicklungshilfe verortet und mit karitativer Sozialarbeit in den ärmsten Ländern in Verbindung gebracht.“ (Kuhn 2005, 46) Diese einseitige, karitative Konnotation ist bis heute erhalten geblieben, obwohl der Begriff „Entwicklungshilfe“ seit den 1990er Jahren im Sinne eines professionellen Partnerschaftsgedankens durch den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ersetzt wurde (Vgl. Kuhn 2005, 46/ Maiwald 2012, 15f). „Ein Begriff, der ein Gleichgewicht andeutet, das es so nicht gibt. [...] [D]er Idealtypus eines „entwickelten“ Landes [ist] immer noch die wirtschaftlich erfolgreiche Demokratie nach europäischem Vorbild“ (Simperler 2014, 71), denn der Entwicklungsbegriff „[...] ist in seinem politikwissenschaftlichen Verständnis trotz gegenläufiger Bemühungen stark auf Modernisierung und Aufholung ausgerichtet“ (Kuhn 2005, 39), wie im folgenden Punkt 2.1.2 noch ersichtlich werden wird.

Um dennoch eine begriffliche Abgrenzung der beiden Begriffe „Entwicklungspolitik“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ zu unternehmen, wird der Vorschlag von Berthold Kuhn übernommen, wonach „[...] Entwicklungspolitik als ein Oberbegriff für politische, wirtschaftliche und soziale Aktivitäten verschiedener Akteure verwendet [wird], die sich auf die Verbesserung von Lebensgrundlagen und Lebensbedingungen für Gesellschaften,

¹ Da im Rahmen dieser Arbeit nicht in aller Ausführlichkeit auf alle aufgezählten Theorien, Konzepte, Institutionen und Organisationen eingegangen werden kann, sei an dieser Stelle im Voraus auf einschlägige entwicklungspolitische Standardwerke wie „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“ von Franz Nuscheler (2005), „Lexikon Dritte Welt“ von Dieter Nohlen (2002) oder „Entwicklungspolitik“ von Reinhard Stockmann, Ulrich Menzel und Franz Nuscheler (2010) sowie auf die Sammelwerke „Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung“ von Hans Günther Homfeldt und Christian Reutlinger (2009), „Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit“ von Leonie Wagner und Ronald Lutz (2009) und das Einführungswerk „Postkoloniale Theorie“ von María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2005) verwiesen.

Gemeinschaften und Individuen beziehen [...] und Politiken und Programme in unterschiedlichen Staaten und Sektoren [umfassen]“ (Kuhn 2005, 47), während Entwicklungszusammenarbeit insbesondere die vielfältige praktische und kooperative Umsetzung dieser Aktivitäten im Rahmen von Projektarbeit, vor allem im globalen Süden, bezeichnet (Vgl. Kuhn 2005, 45, 47). „Der Unterschied zwischen Programmen und Projekten besteht darin, dass Programme einen umfassenderen Zielkatalog verfolgen und aus mehreren Einzelvorhaben (Projekten) bestehen können.“ (Kuhn 2005, 61) Dabei agieren die diversen entwicklungspolitischen Akteurinnen aus Staat, (Zivil-)Gesellschaft und Privatwirtschaft auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in zahlreichen, sich überschneidenden Themengebieten. Diese umfassen unter anderem die Förderung von Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Bildung und Gesundheit, den Auf- und Ausbau von Administration, Infrastruktur und Wirtschaftsleistung sowie den Schutz der Umwelt und Ressourcen und den Bereich der akuten Not- bzw. Humanitären Hilfe (Vgl. Kuhn 2005, 48f). Dieses äußerst komplexe Gefüge, in das Entwicklungszusammenarbeit (EZ) als praktische Umsetzung von Entwicklungspolitik und „ressortübergreifende Querschnittsaufgabe“ (Nuscheler 2005, 433) eingebettet ist, konstituiert sich durch die Verflechtung verschiedener Politikressorts, wie z.B. Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Außen-, Sicherheits- und Agrarpolitik. Damit ist sie auch mit verschiedenen Interessenlagen verbunden, denn „Entwicklungspolitik ist Interessenpolitik“ (Nuscheler 2005, 433) und das prägt entsprechend die Haltung und Praxis der Akteurinnen (Vgl. Nuscheler 2005, 432ff/ Stockmann 2010, 351ff).

Zu diesen, besonders im globalen Norden zu verortenden, Akteurinnen gehören unter anderem die Weltbank, die Vereinten Nationen (UN) und ihre vielfältigen Unterorganisationen, die Europäische Kommission mit ihrer seit 2000 bestehenden Entwicklungsbehörde EuropeAid, Regierungen und bilaterale staatliche EZ-Institutionen, wie z.B. die US-amerikanische USAID, das britische DFID, die schwedische SIDA, die kanadische CIDA oder das deutsche BMZ, para-staatliche Durchführungsorganisationen wie die deutsche KfW oder die GIZ (ehemals GTZ, DED und InWEnt), politische Stiftungen wie in Deutschland z.B. die FES, HBS, RLS oder die KAS, sowie ganz wesentlich zivilgesellschaftliche, säkulare und kirchliche, transnational aktive NGOs bzw. Nichtregierungsorganisationen (NRO), die entweder, wie z.B. Amnesty und Transparency International, rein advokatorische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, oder aber, wie z.B. Oxfam, die Welthungerhilfe oder Brot für die Welt, hauptsächlich programmatische Projektarbeit im globalen Süden durchführen bzw. unterstützen. Nicht zuletzt stellen auch die

meist vernachlässigten Regierungen und staatlichen Entwicklungsbehörden sowie NGOs im globalen Süden relevante Akteurinnen im Rahmen von EZ dar. So z.B. eine der weltweit größten EZ-Organisationen namens BRAC mit Sitz in Bangladesch (Vgl. Kuhn 2005, 59f). Aber auch die OECD, der Internationale Währungsfond (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) haben maßgeblichen Einfluss auf Entwicklungspolitik, wenn sie auch nicht direkt als entwicklungspolitische Akteurinnen anzusehen sind (Vgl. Kuhn 2005, 60). Schließlich findet in zunehmenden Maße eine Kooperation zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher EZ im Sinne von Public-Private-Partnership (PPP) statt, was nach Kuhn zwar positiv zu bewerten sei, jedoch auch relevante, vernachlässigte Fragen nach der zugrunde liegenden Funktion, Position und Intention privatwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Engagements im Sinne von „Wettbewerbsneutralität und Komplementarität“ aufwirft (Vgl. Kuhn 2005, 58). Eine erschöpfende Auflistung und Einordnung aller relevanten Akteurinnen der EZ ist hiermit nicht erfolgt und wird auch von Kuhn nicht beansprucht, da die Anzahl einfach zu umfassend ist (Vgl. Kuhn 2005, 60).²

Abschließend sollen nun ebenso beispielhaft und in Kürze die wesentlichen Instrumente der deutschen EZ-Praxis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dargestellt werden, um dann im nächsten Abschnitt die historische Betrachtung entwicklungspolitischer Theorien und Strategien zu beleuchten. Zu diesen Instrumenten gehören in der bilateralen staatlichen EZ vor allem die finanzielle, technische und personelle Zusammenarbeit durch Kredite, Beratung und Aus- bzw. Fortbildungen sowie durch die Entsendung von Fachkräften im Rahmen des Entwicklungsdienstes und des Zivilen Friedensdienstes der GIZ. Die nicht-staatliche EZ umfasst die Finanzierung entwicklungspolitischer Arbeit deutscher politischer Stiftungen, die (Ko-)Finanzierung entwicklungspolitischer Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit deutscher NGOs und kirchlicher Hilfswerke sowie die Entsendung von Fachkräften durch NGOs. In der multilateralen EZ geht es insbesondere um die finanzielle Unterstützung der UN und der Weltbank, während sich die supranationale EZ vor allem in der finanziellen Kooperation mit der Europäischen Kommission und regionalen Entwicklungsbanken abspielt (Vgl. Kuhn 2005, 61f). Die konkrete EZ-Praxis beinhaltet die Durchführung von Projekten, Konferenzen, Workshops und Seminaren sowie wissenschaftlichen Studien und Analysen (Vgl. Kuhn 2005, 62).

² Aus Lesbarkeits- und Platzgründen wurden hier vornehmlich die gängigen Abkürzungen der Institutionen und Organisationen verwendet. Zum besseren Verständnis siehe Abkürzungsverzeichnis unter Punkt 8.

2.1.2 Entwicklungstheorien im historischen Überblick

Der Begriff „Entwicklung“ ist ein dynamischer und normativer Querschnittsbegriff, der im Grunde keine allgemeingültige oder einheitliche Definition erlaubt (Vgl. Menzel 2010, 11, 13/ Sangmeister 2009, 18f). Etymologisch betrachtet stammt der Begriff vom lateinischen Wort „evolutio“ ab, was soviel bedeutet wie „das Aufschlagen einer Sache“ (Sangmeister 2009, 17), und von dem zugrundeliegenden lateinischen Verb „volvere“, das „wickeln“ (Stockmann 2010, 1) heißt, sodass damit „[...] die Entfaltung und Hervorbringung von etwas [bezeichnet wird], was bereits vorhanden und einer Sache inhärent ist, aber noch ent- bzw. ausgewickelt werden muss.“ (Stockmann 2010, 1) In diesem Verständnis ist Entwicklung ein endogener, also ein von innen kommender Prozess (Vgl. Sangmeister 2009, 17/ Stockmann 2010, 1).

Entwicklungstheoretische Überlegungen und Paradigmen reichen im Rahmen ihrer Mutterdisziplinen Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaft bis ins 16. Jahrhundert zurück und sind so vielfältig und unterschiedlich wie gegensätzlich, sodass zu keinem Zeitpunkt von „der“ Entwicklungstheorie gesprochen werden kann, wie im Folgenden noch deutlich werden wird (Vgl. Menzel 2010, 12, 15f). Der Entwicklungsbegriff taucht im deutschsprachigen Raum erstmals im 17. Jahrhundert auf und seine ursprüngliche Bedeutung „herauswickeln“ wird im 18. und 19. Jahrhundert im historischen Verlauf von abendländischer Aufklärung, Säkularisierung, Evolutionstheorie, Industrialisierung und Fortschrittsglauben durch die Bedeutung „entfalten, herausbilden“ ersetzt (Vgl. Sangmeister 2009, 17f/ Stockmann, Menzel 2010, 1, 11). Auf dieser Grundlage wurde Entwicklung im europäischen Raum als Aufstieg von einem „primitiveren“ zu einem „höher entwickelten“ Zustand (Geiger und Mansilla 1983, 35 in Stockmann 2010, 1) bzw. als fortdauernde, linear oder stufenweise aufsteigende Verbesserung und Befreiung von Individuum und Gesellschaft verstanden, die den Menschen mit seinen Wissens-, Handlungs- und Vernunftpotenzialen zum zentralen Gestaltungssubjekt seiner eigenen Lebensbedingungen hervorhob und damit eine Loslösung vom religiös geprägten und determinierten Weltbild erlaubte (Vgl. Sangmeister 2009, 17f/ Stockmann/ Menzel 2010, 1, 11). „Im Zuge der ‚Aufklärung‘ wurde ‚Entwicklung‘ [allerdings auch] als Maßstab für menschliche Gesellschaften angewandt, wodurch es automatisch zu einer Hierarchisierung verschiedener Lebensweisen kommt.“ (Gleissner-Bonetti/ Köhler/ Woldeslassie 2012, 46)

Es ist insofern ein dynamischer und normativer Begriff, als er stets in Abhängigkeit zu prozesshaften räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen sowie individuellen und kollektiven Wertvorstellungen steht (Vgl. Sangmeister 2009, 19/ Stockmann 2010, 3). Zudem

beschreibt er sowohl system- als auch akteursbezogene „Entfaltung“ bzw. „Herausbildung“, da er sich makrostrukturell auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, oder aber mikrostrukturell auf individuelle Potenziale beziehen kann (Vgl. Menzel 2010, 11).

Während „[d]er fortschrittsoptimistische Entwicklungsbegriff des 19. Jahrhunderts [...] dem europäischen Kolonialismus und Imperialismus [...]“ (Sangmeister 2009, 18) als sozusagen vernunftbegründete, hierarchisierende Rechtfertigung diente, um den neuen Herrschaftsgebieten mit aller Gewalt eigene ökonomische, soziokulturelle und politische Entwürfe aufzuzwingen (Vgl. Sangmeister 2009, 18/ Stockmann 2010, 1), zeichnete sich der Entwicklungsbegriff im Zuge der Dekolonisation und der einsetzenden Entwicklungshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine dichotome Kategorisierung von Ländern in „unterentwickelt“ und „entwickelt“ aus (Vgl. Menzel 2010, 11/ Sangmeister 2009, 18). „Eine der ersten und bekanntesten Manifestationen dieses neuen Entwicklungsdiskurses findet sich in der Antrittsrede von US-Präsident Truman 1949 [...]“ (Ziai 2013, 25), worin implizit und explizit unter anderem die selbstverschuldete und rein ökonomisch definierte Rückständigkeit „unterentwickelter Gebiete“ konstatiert wurde, die es in Anbetracht der Entkolonialisierung und der potenziellen Gefahr der Staatenbildung nach sowjetischem Modell stattdessen nach nordamerikanischem Vorbild zu entwickeln gelte (Vgl. Menzel 2010, 24f).

10

Die Entstehung von Entwicklungstheorie als eigenständige Disziplin sowie von Entwicklungspolitik als neuem Politikfeld und ihrem ausführenden Instrument Entwicklungshilfe in den 1950er Jahren ist, jenseits vermeintlicher Motive wie Wiedergutmachung kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung oder christlich-ethischem bzw. humanistischem Altruismus, vor allem im Kontext des gleichzeitig aufkeimenden Ost-West-Konfliktes und des geostrategischen Bestrebens der Ex-Kolonialmächte nach dem Erhalt ihres weltweiten Einflusses zu betrachten, wonach nicht nur der kommunistisch-sozialistische Block bekämpft, sondern auch das eigene, kapitalistische Lager durch die vornehmlich ökonomische Unterstützung von sogenannten „Entwicklungsländern“ gestärkt werden sollte (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 37f, 357f/ Hecker 2010, 69). „Entwicklungsländer“ ist, ebenso wie die Einteilung in erste (westlich-kapitalistische), zweite (sowjetisch-kommunistische) und dritte Welt (Ex-Kolonien) sowie in „Geber- und Empfängerländer“, eine Begriffsschöpfung jener Nachkriegsjahre (Vgl. Stockmann 2010, 358). Die Überwindung von Armut als wesentlichstes Ziel von Entwicklungspolitik und die innenpolitische Begründung entwicklungspolitischer Maßnahmen mit dem Schutz vor Gefahren für das eigene Land, wie z.B. illegale Migration, globale Umweltzerstörung oder Kommunismus bzw. heutzutage

Terrorismus, sind nach wie vor zentrale Argumente im Rahmen von Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit (Vgl. Stockmann 2010, 358).

Dabei galt in den 1950/60ern im Wesentlichen der westliche, industrialisierte Staat als entwickelt bzw. modern und ein durch Entwicklungshilfe, also dem „[...] Transfer von Kapital, Fachkräften und technischem Know-how [...]“ (Sangmeister 2009, 18), von außen herzustellender, sprich exogener Entwicklungsprozess als legitim und erstrebenswert (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 2, 11/ Sangmeister 2009, 18). Diese Vorstellungen entsprachen dem in diesen Jahrzehnten vorherrschenden, sehr reduktiven, modernisierungstheoretischen Verständnis von Entwicklung als bloßem industriellen Wirtschaftswachstum (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 2, 12, 359). Das Konzept „Entwicklung durch Wachstum“ (Nuscheler 2005, 78) basierte auf der Annahme, dass die sogenannten „Entwicklungsländer“ des globalen Südens im Sinne einer nachholenden Entwicklung und Industrialisierung die gleichen Entwicklungsstufen durchlaufen müssten wie die Industrieländer des globalen Nordens, um zu deren Wohlstandsniveau, gemessen am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, zu gelangen (Vgl. Nuscheler 2005, 78f/ Simperler 2014, 73/ Stockmann 2010, 358). Dieses auf materiellem und industriellem Wirtschaftswachstum basierende Wohlstandsversprechen des Nordens konnte jedoch nicht eingelöst werden, es tat sich im Gegenteil ein erschütterndes Bild massenhafter, absoluter Armut im globalen Süden auf. In der Folge und vor dem Hintergrund aufkommender, kritischer Imperialismustheorien, worin unter anderem eine grundsätzliche strukturelle Benachteiligung des Südens zugunsten der Stabilität des Nordens vertreten wurde, sowie der in Lateinamerika entstandenen Dependenztheorie, die Unterentwicklung und Entwicklung nicht als aufeinander folgende Stadien, sondern als korrelative Seiten derselben Medaille respektive des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems betrachtet und demnach eine eigenständige und emanzipative Entwicklung für die Länder des globalen Südens propagierte, entstand in den 1960er und 1970er Jahren die sogenannte Grundbedürfnisstrategie (Vgl. Nuscheler 2005, 79/ Stockmann 2010, 2, 362f). „Diese stellte nicht wie zuvor die Überwindung der Unterentwicklung, sondern der Armut in den Vordergrund“, was „[...] durch die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Beschäftigung, Wohnen und Bildung erzielt werden [sollte].“ (Stockmann 2010, 363) Allerdings wurde das Konzept „Entwicklung durch Wachstum“ (Nuscheler 2005, 78) nicht ersetzt, sondern nur „[...] um die Forderung einer gerechteren Verteilung der Wachstumschancen ergänzt.“ (Stockmann 2010, 363) Zudem wurde die Strategie „redistribution with growth“ in Anlehnung an alternative Entwicklungsansätze und in Folge gescheiterter modernisierungstheoretischer Entwicklungsideen insbesondere von der

Weltbank verbreitet und sollte im Sinne einer größeren Gleichheit vor allem durch staatliche Interventionen umgesetzt werden (Vgl. Midgley 2009a, 158/ Reutlinger 2008, 243).

Es folgte in den 1980er Jahren das sogenannte „verlorene Jahrzehnt“ der Entwicklungszusammenarbeit, das im Zuge der ersten und zweiten Ölkrise 1973 und 1979/80 von einer weltwirtschaftlichen Rezession, fallenden Rohstoffpreisen und einer hohen Verschuldung mit der Folge sozialer und politischer Krisen, vor allem im globalen Süden, geprägt war (Vgl. Nuscheler 2005, 81/ Stockmann 2010, 365). Als Reaktion darauf, erfolgte auf Initiative und unter Aufsicht der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) und im Zuge des sogenannten „Washington Consensus“ eine „neo-liberale Schocktherapie“ (Nuscheler 2005, 82) in Form marktwirtschaftlicher Strukturanpassungsprogramme, die sich für die Länder des Südens als verheerend erwiesen, wobei letztere aufgrund ihrer Schuldner- und daher schlechten Verhandlungsposition kaum eine Chance hatten, diese abzuwenden (Vgl. Nuscheler 2005, 82f/ Stockmann 2010, 367f). Im Sinne einer wettbewerbsbasierten Abkehr von der nachfrage- zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und zur exportbasierten Weltmarktintegration, sollte durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung des Beschäftigungs-, Handels-, Finanz- und Unternehmenssektors, sowie durch den Abbau staatlicher Einflussnahme und Bürokratie, die „Magie des Marktes“ (Nuscheler 2005, 82) zu wirtschaftlicher Prosperität führen (Vgl. Kuhn 2005, 56/ Nuscheler 2005, 82f/ Stockmann 2010, 367f). Stattdessen war das Resultat im globalen Süden jedoch eine weitere Zunahme von Schulden und Armut in dadurch sozial und politisch extrem destabilisierten Staaten (Vgl. Nuscheler 2005, 82f/ Stockmann 2010, 367f). Schließlich und im Angesicht wachsender Kritik an der neoliberalen Entwicklungsstrategie fand in den 1990ern wieder eine Rückbesinnung auf die grundbedürfnisorientierte Armutsbekämpfung als zentrales Ziel von Entwicklungspolitik statt und die Forderung nach einer Kurswende wurde laut (Vgl. Nuscheler 2005, 84/ Stockmann 2010, 368). „Neue ordnungspolitische Konzepte betonten die Notwendigkeit der sozial- und umweltpolitischen Flankierung der Wirtschaftspolitik.“ (Nuscheler 2005, 84) Auf der Erkenntnisgrundlage gescheiterter wachstums- und marktpolitischer Entwicklungsstrategien wurde zum einen, im Zuge der Annahme und Diagnose mangelhafter Staatsführung im globalen Süden und unter dem legitimierenden Deckmantel von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Regierungsverantwortung sowie zum Zwecke der entwicklungsökonomischen Investitionssicherheit, der stark normative „Good Governance“-Ansatz der Weltbank bedeutsam. Das heißt, es erstarkte die Forderung nach funktionierenden, nicht korrupten, politischen und rechtlichen Staats- bzw. Administrationsapparaten in den Empfänger- bzw. „Entwicklungsländern“ als Bedingung für

den Erhalt von Entwicklungsgeldern (Vgl. Stockmann 2010, 317ff). Zum anderen wurde spätestens 1995 auf dem UN-Weltsozialgipfel in Kopenhagen jedoch auch die Gleichwertigkeit von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung konstatiert (Vgl. Stockmann 2010, 368). Dies spielt auch im Kontext Sozialer Entwicklung eine entscheidende Rolle und wird unter Punkt 2.2.1 näher erläutert.

Dieser entwicklungspolitische Sinneswandel ist wieder besonders im Kontext des geopolitischen Weltgeschehens zu beleuchten, denn mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ bzw. dem Ende des Ost-West-Konflikts und der globalen Blockaufteilung im Jahre 1989/90 und der damit einhergehenden Reorganisation des internationalen Gefüges, ergaben sich auch für die internationale Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit völlig neue Möglichkeiten (Vgl. Nuscheler 2005, 27ff/ Stockmann 2010, 370). Zudem kam mit der langsamen Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1972, 1992, 2012) und der Umweltbelastbarkeit, dem sogenannten Brundtland-Bericht (1987) über „Unsere Gemeinsame Zukunft“ im Rahmen der UNO-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, sowie der Verabschiedung der Agenda 21, der Deklaration über Umwelt und Entwicklung und der Klimarahmenkonvention durch die UNO-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro (neben vielen anderen Konferenzen und Deklarationen), eine ökologische Dimension hinzu, die dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung folgend, zunehmend an Relevanz und Beachtung gewann und heute noch die zentrale Referenzgrundlage von Entwicklungspolitik bildet (Vgl. Nuscheler 2005, 85f/ Stockmann 2010, 370ff).

Dieser „integrativen globalen Politikstrategie“ (Stockmann 2010, 371) zufolge, müssen bei Entwicklungsbemühungen die Grenzen ökologischer, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen im Sinne einer inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit ganzheitlich berücksichtigt werden, d.h. dass die menschlichen Bedürfnisse der Gegenwart nicht ohne die Beachtung zukünftiger Generationsbedürfnisse befriedigt werden dürfen, aber auch dass die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnislagen verteilungsgerecht von Statten gehen muss (Vgl. Stockmann 2010, 371f). Vor allem heißt das aber auch, dass „[...] das Weltwirtschaftswachstum [...] nicht die ökologischen Grenzen der Erde sprengen [darf]“ (Stockmann 2010, 371), und insbesondere dass „[...] sich die bisherigen Konsum- und Lebensweisen der westlichen Industrieländer nicht auf die gesamte derzeitige und zukünftige Weltbevölkerung übertragen lassen.“ (Stockmann 2010, 371), was im krassen Gegensatz zu den oben beschriebenen wachstums- und aufholungsorientierten Entwicklungsstrategien und dem damit verbundenen Wohlstandsversprechen steht.

Zuletzt stellen die im Jahr 2000 vereinbarten „Millennium Development Goals“ (MDGs) des UN-Millenniumgipfels einen zusätzlichen aktuellen und zukünftigen Referenzrahmen entwicklungspolitischer Aktivitäten dar, indem erneut die Armutsbekämpfung im Hinblick auf soziale Entwicklung als wichtigstes Ziel beschrieben wird, aber auch unter anderem die Bereiche Umweltschutz, Bildung und Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie und „gute Regierungsführung“ respektive „Good Governance“ besondere Beachtung finden. Dabei ist „[p]ositiv hervorzuheben [...], dass der Zielkatalog [...] Armut nicht nur als Einkommensarmut definiert, sondern als einen umfassenden Mangel an Chancen und Möglichkeiten.“ (Stockmann 2010, 379) Die Erkenntnis der Interdependenz von Staaten und ihrer verschiedenen Ressorts wie Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik angesichts globaler Problemlagen wie dem Klimawandel und der weltweiten Armut ist inzwischen von handlungsleitender Bedeutung und so stellt ein weiteres Millenniumsziel den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft dar. In diesem Kontext werden unter anderem ein faireres und transparenteres Handels- und Finanzsystem als auch die Reduktion und der Erlass von Schulden der Entwicklungsländer gefordert, aber auch die privatwirtschaftliche EZ-Kooperation wird mit Sicht auf die vorteilhafte Nutzung neuer Technologien propagiert (Vgl. Stockmann 2010, 375ff).

„[Doch] [a]uch wenn in den letzten 60 Jahren eine Flut von theoretischen Ansätzen entwickelt wurde [...], gibt es einen kleinsten gemeinsamen Nenner, und der heißt nach wie vor Wirtschaftswachstum. Strittig ist letztlich nur, wie dieses ökologisch verträglich induziert und wie es sozial gerecht verteilt werden soll. D.h. naive Modernisierungsvorstellungen wurden durch Konzepte der nachhaltigen Entwicklung abgelöst. Aber kaum jemand wird glauben, dass nachholende nachhaltige Entwicklung ohne Wirtschaftswachstum möglich ist. Nach wie vor ist zudem der Glaube ungebrochen, dass eine solche Entwicklung im Prinzip machbar und steuerbar oder zumindest beeinflussbar ist. Letztlich ist diese Überzeugung die Grundlage für jedes entwicklungspolitische Handeln.“ (Stockmann 2010, 373f)

Entwicklungsdenken und -handeln resultiert im Anbetracht der vorhergehenden Ausführungen also insbesondere aus der europäischen Aufklärung, der Überzeugung von menschlichem Fortschritt und dem anthropozentrischen Glauben an Kontrolle über die Umwelt. Es wird zudem maßgeblich von politischen Interessen geleitet bzw. beeinflusst, wobei Entwicklung in Abgrenzung zu vermeintlicher Rückständigkeit oder Unterentwicklung nicht nur als allgemein wünschenswertes Ziel, sondern insbesondere als materielle Steigerung und

Verbesserung von Lebensstandards durch Modernisierung definiert wird (Vgl. Schech/ Haggis 2000, 15). Dabei wird tendenziell außer Acht gelassen, „[...] dass manche gesellschaftlichen Probleme im Süden durchaus mit der Außenwirtschaftspolitik des Nordens, mit dessen Unterstützung diktatorischer und korrupter Regime, mit der Eingliederung in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung bzw. schlicht mit Kolonialismus und Imperialismus zusammenhängen.“ (Ziai 2013, 26)

2.1.2.1 Das Hexagon der Entwicklung

Es stellt sich letztlich die Frage, was denn nun unter Entwicklung verstanden werden kann. Wird die anfangs beschriebene Sichtweise zugrunde gelegt, dass Entwicklung raum-, zeit- und wertabhängig ist und im Sinne von endogener Entfaltung individuellen und strukturellen Rahmenbedingungen unterliegt, so wird deutlich, dass „[...] ein allgemein und durchgängig akzeptiertes Verständnis von Entwicklung nicht zu finden ist [...].“ (Menzel 2010, 13) So stehen alte und neue, sich ergänzende, gegenseitig ausschließende oder widersprechende, kritische, affirmative, analytische, normative, universale und partikulare, gemeinwohl- oder einzelfallorientierte Entwicklungsperspektiven in konkurrierender Beziehung zueinander und es gestaltet sich nahezu unmöglich, eine einheitliche Definition oder Position zu vertreten (Vgl. Menzel 2010, 13, 15). Zudem ist angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung, der zunehmenden politischen und ökonomischen Differenzierung der sogenannten „Dritten Welt“, mit Asien, insbesondere China, als neue globale Machtinstanz, und der strukturellen Krisen in den westlichen Industrieländern, inklusive der Krise des neoliberalen Paradigmas, auch eine „Krise der Großen Theorie“ (Menzel 2010, 153) sowie eine „Umkehrung der Entwicklungsproblematik“ (Menzel 2010, 154) zu konstatieren, wonach nun auch der Westen zunehmend unter entwicklungsökonomischen Strukturanpassungsdruck gestellt wird und sich zwangsläufig die Frage nach einem Paradigmenwechsel stellt (Menzel 2010, 147, 153ff).

Unter diesen, hier äußerst verkürzt dargestellten, Gesichtspunkten, wurde für diese Arbeit daher als definitorischer Rahmen von Entwicklung der Vorschlag des „Hexagons der Entwicklung“ von Reinhard Stockmann, Ulrich Menzel und Franz Nuscheler zugrunde gelegt, das als Weiterentwicklung bzw. Ergänzung des „Zivilisatorischen Hexagons“ von Dieter Senghaas (1994) und des „entwicklungspolitischen Hexagons“ von Franz Nuscheler (2005) zu verstehen ist (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 5, 14/ Nuscheler 2005, 235, 245ff). Demnach steht im Zentrum des Entwicklungssechsecks die Befriedigung menschlicher, stets dynamischer Bedürfnisse, wozu es, ohne dass dies eine hierarchische Bewertung sei, politischer Stabilität, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer

Nachhaltigkeit, kultureller Identität und gesellschaftlicher Partizipation bedarf. Diese sechs Dimensionen stehen wiederum in reziproker und konflikthafter Beziehung zu globalen, positiv und negativ wirkenden Rahmenbedingungen, die sich durch „Weltpolitik“, „Weltmarkt“, „Weltverteilungsgerechtigkeit“, „Weltklima“ sowie „Weltkultur“ und „Weltgesellschaft“ konstituieren. Die menschlichen Bedürfnisse sind dabei nicht nur materiell und vor allem prozesshaft in Wechselwirkung mit den insgesamt 12 mikro- bis makrostrukturellen Rahmenbedingungen zu verstehen, wobei das Individuum im Mittelpunkt des Entwicklungsbegriffs steht, das jedoch in Umwelt und Gesellschaft eingebettet und somit von einem förderlichen Gesamtsystem abhängig ist. Somit vollzieht sich Entwicklung auf insgesamt drei miteinander verflochtenen Ebenen, nämlich der individuellen, der gesellschaftlichen und der globalen Ebene (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 5, 13f). „Zwischen den drei Ebenen besteht ein spannungsgeladenes Verhältnis von Chancen und Herausforderungen, das im positiven Sinne genutzt oder im negativen Sinne zu Entwicklungsblockaden und Fehlentwicklungen führen kann.“ (Menzel 2010, 14) Was „Blockaden“ und „Fehlentwicklungen“ genau bedeuten, wird von Ulrich Menzel hier nicht weiter ausgeführt. Es folgt die Beschreibung der sechs Systemebenen, also der Eckpunkte des „Hexagons der Entwicklung“ (Vgl. Menzel 2010, 14f).

Demzufolge umfasst politische Stabilität als wesentlichste Grundlage für ökonomische und soziale Entwicklung die „[...] Durchsetzung des Gewaltmonopols, Frieden, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums [...]“ (Menzel 2010, 14) und einen funktions- und leistungsfähigen staatlichen Verwaltungsapparat; wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Sinne von höherer Produktivität und besserer Kapitalnutzung heißt hier Wirtschaftswachstum, was mit Bevölkerungs- und Bedarfswachstum begründet wird, denn „Entwicklung kann nicht stattfinden ohne Wirtschaftswachstum.“ (Menzel 2010, 14) Soziale Gerechtigkeit meint des Weiteren die gerechte gesellschaftliche Verteilung der Erträge des Wirtschaftswachstums; ökologische Nachhaltigkeit ist im Hinblick auf die Beachtung der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt und ihrer natürlichen Ressourcen angesichts der ökonomischen Ausbeutung von Bodenschätzen und der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung zu verstehen; kulturelle Identität wird ohne unmittelbar ersichtlichen Grund kaum erörtert und lediglich als „Entwicklungsressource“ und als „zu bewahrendes Ziel von Entwicklung“ (Menzel 2010, 14) angesehen, dessen Missachtung oder Verletzung negative Konsequenzen auch für die anderen Eckpunkte des Hexagons mit sich bringt; gesellschaftliche Partizipation als demokratische Garantie aller Freiheits-, Menschen- und Bürgerrechte schließlich bildet eine weitere maßgebliche Grundlage im Hinblick auf alle anderen Entwicklungsdimensionen (Vgl. Menzel

2010, 14f). „Die Eckpunkte des Hexagons sind damit Voraussetzung wie Ziel von Entwicklung. Sie bilden den analytischen wie den normativen Gegenstand von Entwicklungstheorie.“ (Menzel 2010, 15)

Hier wird eine normative Dimension deutlich, die, wie in 2.1.2 schon angeführt, nicht nur Wirtschaftswachstum als unumgängliche Entwicklungsvoraussetzung versteht, sondern Entwicklung an sich im Sinne von Fortschritt für möglich und steuerbar hält und insofern ein idealistisches und nach wie vor aufklärerisches Menschenbild vertritt, wonach die menschliche Geschichte durch Vernunft und Tugendhaftigkeit eine sich stetig optimierende, aufsteigende Linie zeichnet (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 1, 11, 22f, 373f/ Sangmeister 2009, 17f). „Im Kern ist entwicklungstheoretisches Denken, da es um Fortschritt geht, idealistisches Denken.“ (Menzel 2010, 22) Obwohl dieses Entwicklungsverständnis aufgrund seines normativen Fortschritts- und Wachstumsglaubens und der Fokussierung auf das Individuum im Zentrum des Entwicklungsbegriffes kritisch betrachtet wird, wurde es dennoch als theoretische Grundlage für das Untersuchungsprojekt (Teil 3) herangezogen, weil es den Versuch unternimmt, möglichst alle Facetten, die aktuelle „Entwicklungen“ bedingen oder beeinflussen können, mit einzubeziehen und somit eine tendenziell ganzheitliche Perspektive eröffnet. Da jedoch kaum kapitalismus- und entwicklungskritische Überlegungen herauszulesen sind und der Eckpunkt „kulturelle Identität“, meines Erachtens, vernachlässigt wird, wurde der theoretische Zugang zum Forschungsprojekt zumindest ansatzweise um kulturtheoretische Überlegungen sowie den Post-Development- und den Degrowth-Ansatz im Kontext einer postkolonialen Perspektive erweitert, während die theoretischen Grundlagen der „Sozialarbeit des Südens“ und der Sozialen Entwicklung von Anfang an maßgeblich waren.

Wird Kultur nämlich – wobei hier nur in sehr komprimierter Form dargestellt – in einem anthropologisch-strukturalistischen Verständnis als sozialer, dynamischer und funktionaler Interaktions-, Aushandlungs- und Integrationsprozess von Gruppen verstanden, wodurch in erster Linie anhand von Sprache bzw. Kommunikation Bedeutungen, Identitäten, Werte, Normen und entsprechend alltägliche soziale Wirklichkeit hergestellt werden (Vgl. Schech/ Haggis 2000, 21, 26f), wird die Relevanz der kulturellen Dimension innerhalb des Entwicklungsdiskurses und daraus resultierender Praxis unweigerlich ersichtlich. Denn es stellt sich folglich die Frage nach der sprachlich-diskursiven bzw. kulturellen und damit normativ geprägten Konstruktion von „Entwicklung“ und der Herstellung sozialer Realität durch den entsprechenden Diskurs. “When a group shares a culture, it shares a common set of

meanings which are constructed and exchanged through the practice of using language” (Bocock 1992, 233 in Schech/ Haggis 2000, 21) „[...] and language constructs meanings through representation.“ (Schech/ Haggis 2000, 27) Sprache im umfassenden Sinne eines nicht nur verbalen, sondern symbolischen Kommunikations- und Repräsentationssystems konstituiert also durch bedeutungsgenerierende Praktiken (Texte, Bilder, Konversation, Verhaltenschiffren, Erzählstrukturen) Realität, wobei gemäß Stuart Hall unter Repräsentationen kommunikative Kodes verbaler und nonverbaler Art (wie z.B. Körpersprache, Gestik, Mimik, Kleidung, etc.) zu verstehen sind (Vgl. Schech/ Haggis 2000, 26f). Bei diesen bedeutungsstiftenden Repräsentationen in der kommunikativen Interaktion spielen in Anlehnung an Michel Foucault Machtverhältnisse eine wesentliche Rolle, da hierdurch eine diskursive Dominanz bestimmter Bedeutungen oder Werte, also folglich eine Dominanz in der Konstruktion von Wirklichkeit und scheinbarer Wahrheit erfolgen kann, je nach dem, wer inwiefern wort- und wirkmächtig ist (Vgl. Schech/ Haggis 2000, 28).³ Wenn also davon ausgegangen werden kann, dass die Vorstellungen von Entwicklung diskursiv hergestellt werden, es aber dominante Diskursteilnehmerinnen gibt, ergibt sich daraus die Schlussfolgerung einer dominierenden, hegemonialen Bedeutung von „Entwicklung“, die, wie in 2.1.2 ersichtlich geworden ist, nach wie vor mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt wird und deren Bedeutung vor allem vom Norden festgelegt wurde und wird.

2.1.2.2 Post-Development- und Degrowth-Ansatz

Im Anbetracht dieser kulturellen und diskursiven Machtdimension von Entwicklung und „[a]ngesichts grober Missstände in der Verwaltung von Entwicklungszusammenarbeit wundert es nicht, wenn kritische Wissenschaftler zu radikalen Empfehlungen neigen und der gängigen Praxis, Entwicklungsgelder in Form von Projekten durch Bürokratien zu leiten, keine Wertschätzung zukommen lassen.“ (Kuhn 2005, 51)

In diesem Zusammenhang ist der Post-Development-Ansatz „[...] als [ein] auf ‚Entwicklung‘ fokussierte[r] postkoloniale[r] Ansatz“ (Ziai 2012, 136) von Bedeutung. Das zentrale Interesse postkolonialer Theorie liegt, kurz gesagt, in der kritischen Betrachtung von (neo-)kolonialen Machtverhältnissen, internationalem Kapitalismus und damit verbundenen, wirkmächtigen gesellschaftlichen und politischen Diskursen über z.B. „Rasse“, „Kultur“, „Klasse“, „Geschlecht“ (Vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005, 23f, 129/ Fischer-Tiné 2010, 1f). Die Etablierung postkolonialer Theorie bzw. Studien als interdisziplinäres Forschungs- und

³ Literaturhinweise (Auswahl): Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures: Selected Essays*. New York 1973. Foucault, Michel: *The Archaeology of Knowledge*. London & New York 1991. Hall, Stuart: *Representation: Cultural Representations and Signifying Practices*. London 1997.

Theoriefeld ist in den 1970er und 1980er Jahren, zunächst vor allem im anglophonen Raum und in den Kultur- und Literaturwissenschaften, zu verorten. Obwohl es schon in den 1950er Jahren (und früher) maßgebliche kolonialismuskritische Vordenker wie Aimé Césaire und Frantz Fanon gab, kam erst Jahrzehnte später und im Zuge der Dekolonisierung und einer zunehmenden Immigration nach Europa ein Bewusstsein für das Fortbestehen und die Präsenz des dichotomen kolonialen Weltbildes auf (Vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005, 24/ Fischer-Tiné 2010, 3, 6f). „Praktiken der ‚Veränderung‘ (*othering*) und die daraus resultierende Wahrnehmung der nichtwestlichen Welt als ‚unterentwickelt‘ und defektiv wirkten auch in den 1970er Jahren weiterhin prägend in die Außenpolitik, Entwicklungshilfe und kulturelle Produktion des Westens hinein.“ (Fischer-Tiné 2010, 6) Es ging und geht der postkolonialen Theorie dabei nicht nur darum, die Geschichtsschreibung des Kolonialismus neu und kritisch zu betrachten, sondern auch darum, aktuelle Erzählweisen bezüglich ihrer eurozentrischen Repräsentations- und Zuschreibungsmacht, also im Hinblick auf die dominante und wirkmächtige, diskursive Konstruktion von Wissen, Subjektivität, Differenz und folglich von Identität und sozialer Wirklichkeit, kritisch zu analysieren. Eine zentrale Referenzgrundlage postkolonialer Theoriediskussionen bilden unter anderem Michel Foucault, Jacques Derrida und Jacques Lacan, während insbesondere Edward Said, Homi K. Bhabha und Gayatri Chakravorty Spivak zu den relevanten und bekanntesten Figuren postkolonialer Theorie gehören (Vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005, 25/ Fischer-Tiné 2010, 1-3, 6ff/ Schech/ Haggis 2000, 67-71). Letztere gehört neben Wolfgang Sachs, Gustavo Esteva, Aram Ziai, Arturo Escobar und anderen ebenso zu den Vertreterinnen des Post-Development-Ansatzes (Vgl. Menzel 2010, 152/ Schech/ Haggis 2000, 29, 73).⁴

Dieser nun plädiert als Ideologie- und Herrschaftskritik (Vgl. Ziai 2012, 136) vor diesem Hintergrund nicht für die Verbesserung von Entwicklungszusammenarbeit (EZ), sondern im Zuge einer grundsätzlichen Infragestellung, Kritik und „[...] Ablehnung des Konstrukts ‚Entwicklung‘ wie auch der damit verbundenen Praxis“ (Ziai 2012, 133) für ihre Abschaffung. Es geht um Alternativen zum Entwicklungskonzept, nicht um alternative Entwicklungskonzepte. Entwicklung wird dabei, ähnlich wie in der Dependenztheorie, als westliches Konzept und als Macht- und Wissensdiskurs betrachtet, durch das dem globalen Süden im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen, wie der oben beschriebenen, und dem damit einhergehenden Wohlstandsversprechen, eine Integration in die kapitalistische

⁴ Literaturhinweise (Auswahl): Césaire, Aimé: Discours sur le colonialisme. Paris 1955. Fanon, Frantz: Les damnés de la terre. Paris 1961. Said, Edward: Orientalism. New York 1978. Bhabha, Homi K.: The Location of Culture. London & New York 1994. Escobar, Arturo: Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton 1995. Esteva, Gustavo: Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt am Main 1995. Sachs, Wolfgang: Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Frankfurt 1992.

Weltwirtschaft und dadurch in die internationale Arbeitsteilung (exportbasierte Rohstoffproduktion im Süden vs. Technologie-/ Wissensproduktion im Norden) aufgezwungen wurde, die jedoch genau das Gegenteil zur Folge hatte, nämlich die Zunahme internationaler sozialer Ungleichheit zu Lasten des globalen Südens. Es wird jedoch nicht nur der eingeschlagene, Ungleichheit erst fest- und herstellende, Entwicklungsweg, sondern ganz grundsätzlich das wachstumsbasierte, universalistische Entwicklungsziel einer „industriellen Massenkongsumgesellschaft“ angezweifelt und kritisiert (Vgl. Ziai 2012, 133f/ Schech/ Haggis 2000, 29/ Gleissner-Bonetti/ Köhler/ Woldeslassie 2012, 44f).

„[Insofern] erstreckt sich die Kritik [...] keineswegs nur auf die EZ im herkömmlichen Sinne, sondern auf jegliche Versuche der Übertragung des westlichen Gesellschaftsmodells in den Süden. ‚Entwicklung‘ wird hier als eine Ideologie des Westens verstanden, die eine Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln erlaubte.“ (Ziai 2012, 133)

Der europäische Kolonialismus als aufklärerisch, humanistisch und rational gerechtfertigte „zivilisatorische Mission“ (Castro Varela/ Dhawan 2005, 15), wurde in seinen diversen Ausprägungen stets mit „[...] physischer, militärischer, epistemologischer und ideologischer Gewalt durchgesetzt und etwa über ‚Rasse‘- und ‚Kultur‘-Diskurse legitimiert“ (Castro Varela/ Dhawan 2005, 13). Er zeichnet sich in erster Linie durch die Etablierung ungleicher Herrschafts- und Unterdrückungs- bzw. Ausbeutungsverhältnisse aus und ist aus marxistischer Perspektive unweigerlich mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus verbunden, da der internationale Warenverkehr und -handel zugunsten der europäischen Großmächte erst durch deren kolonialistische Expansion möglich wurde (Vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005, 13ff). Wesentlich ist dabei die diskursive Konstruktion und Festlegung der rückständigen „Anderen“ in Abgrenzung zum „souveränen, überlegenen europäischen Selbst“ (Castro Varela/ Dhawan 2005, 16). Letzteres brachte, nicht nur im Sinne der Aufklärung, sondern auch im Sinne einer christlichen Missionierung, durch die Kolonisierung der als „Niemandland“ deklarierten, also vermeintlich „frisch entdeckten“, menschen- und geschichtslosen Gebiete, quasi großzügig Fortschritt und Moral, sprich eine vermeintlich moderne Zivilisation mit sich (Vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005, 13, 15f). Mit Beginn des allem voraus geopolitisch motivierten, internationalen Entwicklungszeitalters nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde die alte Haltung mit neuem Jargon weitergeführt, indem anstatt der Zweiteilung „unzivilisiert/ zivilisiert“ nunmehr die Dichotomie „unterentwickelt/ entwickelt“ Verwendung findet (Vgl. Ziai 2013, 26/ Ziai 2012, 134). Dabei ist gemäß des Post-Development-Ansatzes nicht nur der rein

ökonomische Gedanke verwerflich, dass Fortschritt respektive Entwicklung eine bloß materielle Dimension aufweist, sondern auch der anmaßende Universalanspruch dieses Kriteriums und dessen inhärenter dualistischer Blick, der andersartige Gesellschaftsmodelle und Identitäten als defizitär, rückständig oder unterentwickelt klassifiziert und ihnen damit ihre Selbstbestimmung und Subjektivität im Anbetracht eines vermeintlichen Expertenwissens aberkennt. Zudem führt die Unschärfe des Entwicklungsbegriffs, die oben bereits ersichtlich wurde, dazu, dass er konzeptuell stets veränder- und erweiterbar ist und damit zum einen dem Zweck der Selbsterhaltung von EZ dienen kann, sich zum anderen aber auch gewaltvolle, entwicklungspolitische Maßnahmen dadurch legitimieren lassen (z.B. die Vertreibung von Dorfgemeinschaften zum Zwecke infrastruktureller Maßnahmen) (Vgl. Ziai 2012, 134). Letztlich wird das vom Westen für den globalen Süden vorgesehene „Entwicklungsprojekt“ ab den 1950ern für gescheitert erklärt,

„[w]eil es ökologisch nicht nachahmenswert ist, weil es mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sein zentrales Motiv verloren hat, weil es die wachsende Ungleichheit auf der Welt nicht reduzieren kann und weil es als westliches Projekt grundsätzlich nicht wünschenswert ist, sei doch damit der Verlust der kulturellen Vielfalt verbunden.“
(Menzel 2010, 152f)

21

Als Lösungsvorschlag bzw. Alternative verweist die stark basisdemokratisch orientierte Ausprägung des Post-Development-Ansatzes vor allem auf lokale, autonome, community-basierte Selbstorganisation im Rahmen sozialer (Graswurzel-)Bewegungen (z.B. die seit 1994 aufständischen Zapatisten-Communities in Mexiko) (Vgl. Ziai 2012, 135f/ Gleissner-Bonetti/ Köhler/ Woldeslassie 2012, 45), worin es ganz zentral um die mündige „[...] Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat und den Parteien, die Wiederaneignung der Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt und die Wiederaneignung des Wissens gegenüber der Wissenschaft [...]“ (Ziai 2012, 136) geht, während die neo-populistische Variante des Ansatzes eher vorkoloniale, traditionelle Strukturen propagiert, die jedoch „[...] potenziell politisch reaktionäre Konsequenzen [...]“ (Ziai 2012, 135) mit sich bringen. Gemeinsam ist beiden Ausrichtungen jedoch die Einforderung des „[...] Recht[es] auf kulturelle Differenz und Autonomie gegen den westlichen Universalismus und das Entwicklungsprojekt [...].“ (Ziai 2012, 135)

Der fundamentalen Entwicklungskritik des Post-Development-Ansatzes stehen wiederum ebenso kritische Stimmen gegenüber, die diesen unter anderem im Hinblick auf die

grundlegende Ablehnung des Entwicklungsbegriffs an sich und den Vorschlag alternativer Konzepte jenseits von gängigen Entwicklungsideen mitunter als „undifferenziert“, „unrealistisch“ und „naiv“ (Stockmann 2010, 2) bezeichnen, da sich Entwicklung auch jenseits jeglicher Theoriediskussionen ereigne, zudem schwer steuer- bzw. umkehrbar sei und das Konsum- und Wohlstandsmodell des Westens letztlich eine enorme Anziehungskraft ausübe, die es nicht zu unterschätzen gelte (Vgl. Stockmann 2010, 3).

„Auch wenn es intellektuell durchaus einsichtig ist, dass das ressourcenausbeuterische, immer nur auf fortwährendes Wirtschaftswachstum setzende westliche Entwicklungsmodell global betrachtet ruinös ist und nachfolgenden Generationen die Folgen dieses Handelns aufbürdet, gibt es kaum ein Land, das diesen Weg nicht eingeschlagen hat oder zumindest begehen möchte.“ (Stockmann 2010, 2)

Wie zutreffend diese letzte Teilaussage ist, sei zunächst dahin gestellt, ebenso wie weitere Kritikpunkte am Post-Development-Ansatz, die sich unter anderem auf die Romantisierung von Armut sowie alternativer und traditioneller Gemeinschaften, auf die fehlende Reflexivität bezüglich eigener, teilweise selbst herrschaftsförmiger Diskursformen und auf die allgemeine Dämonisierung der Moderne beziehen (Vgl. Ziai 2012, 135f/ Stockmann 2010, 3/ Gleissner-Bonetti/ Köhler/ Woldeslassie 2012, 45). An dieser Stelle soll stattdessen das aus der Denktradition des Post-Development-Ansatzes hervorgegangene Postwachstumsparadigma (Engl.: degrowth; Ital.: decrescitá; Franz.: décroissance) Beachtung finden. Dieses wird vor allem durch vielfältige soziale Bewegungen im europäischen Süden (Italien, Spanien, Frankreich) getragen und weiterentwickelt und birgt ein neues potenzielles Leitbild für sozial- und politikwissenschaftliche Theoriebildung, aber auch das Potenzial einer radikalen Gesellschaftstransformation (Vgl. Muraca 2013, 148, 150).

Seit der ersten internationalen Postwachstums- bzw. Degrowth-Konferenz 2008 in Paris, hat sich eine angeregte, grenzüberschreitende Theoriedebatte um exponentielles Wirtschaftswachstum und seine Alternativen herausgebildet, die sich besonders im italienischen und französischen Kontext als fundamentale Gesellschaftskritik erweist. Dabei reichen die Anfänge dieses Ansatzes bis in die 1970er Jahre zurück.⁵ Die 1972 vom Club of Rome durch seinen wissenschaftlich belegten Bericht „Limits to Growth“ initiierte Debatte um die Grenzen des Wachstums wurde 20 Jahre später, nach der neoliberalen

⁵ Als kritische Degrowth-Vordenker gelten unter anderem Ivan Illich, Nicholas Georgescu-Roegen und André Gorz.

Modernisierungsstrategie der 1980er, in der Rio-Konferenz wieder aufgegriffen und mündete im kontroversen Grundsatz der „nachhaltigen Entwicklung“. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ wird von einem der führenden Degrowth-Theoretiker, Serge Latouche, allerdings als Oxymoron begriffen, da Entwicklung im Rahmen des generell herrschenden Wachstumsparadigmas nicht nachhaltig sein könne (Vgl. Muraca 2013, 148f). Seines Erachtens nach, bildet das Kolloquium „Défaire le développement – Refaire le monde“⁶ im Jahre 2002 den Ursprung der Postwachstumsbewegung(en). Dieses stellte die destruktiven Kräfte des westlich konzipierten und dominierten Entwicklungsmodells und entsprechender Entwicklungshilfeprogramme für die sogenannte „Dritte Welt“ heraus, indem die damit einhergehende Zerstörung lokaler und eigenständiger Sozial- und Widerstandsstrukturen sowie die langfristige und drastische Zunahme bzw. die Entstehung einer neuen, sozusagen modernisierten umfassenden Armut durch Entwicklungsmaßnahmen aufgezeigt wurden. Dies entspricht weitestgehend dem Post-Development-Ansatz (Vgl. Muraca 2013, 149f). Das Degrowth-Paradigma fordert nun, in diversen, reformatorischen bis subversiven Ausprägungen, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden soll, kurz und kompilierend gesagt, die Abkehr von der kapitalistischen, profitorientierten und stark technokratischen (mitunter auch „technofaschistisch“ genannten) Wachstums- respektive Entwicklungslogik und ihrer impliziten instrumentellen, grenzenlos akkumulativen und expansiven, wettbewerbszentrierten und beschleunigenden Kosten-Nutzen-Rationalität, die unter anderem individualistisches Konkurrenzdenken und -handeln verstärkt, zweifelhaft neue Konsumbedürfnisse erzeugt und ökologisch wie gesellschaftlich ausbeuterisch und ruinös ist. Dabei wird auch das wachstumsmessende Bruttoinlandsprodukt als sehr reduktiver Maßstab für menschlichen Wohlstand bzw. menschliches Wohlbefinden stark kritisiert. Dieser materialistische Pro-Kopf-Einkommensindikator wird als ungeeignet angesehen, um den Lebensstandard bzw. die Lebensqualität einer Bevölkerung zu messen und seine Aussagekraft wird grundlegend angezweifelt. Es erfolgt vor diesem Hintergrund unter anderem der Vorschlag einer Hinwendung zu einem stationären Wirtschaftsmodell und einem lokal und community-orientierten, autonomen, basis- bzw. direktdemokratischen, konsumkritischen sowie auf soziale Reziprozität ausgerichteten Lebens- und Gesellschaftsentwurf, worin Beteiligung nicht nur formal vorgesehen ist, sondern tatsächlich stattfindet, und in dem ein emanzipatives Bewusstsein für die eigene und gemeinsame Gestaltungsmacht sowie die naturgegebenen Grenzen dieser Macht entstehen kann (Vgl. Muraca 2013, 151ff). Im Kontext dieser Bewusstseinsbildung spricht Latouche auch von der „Dekolonisation des Imaginären“

⁶ Übersetzung der Autorin: „Entwicklung dekonstruieren – die Welt neu konstruieren“

(Muraca 2013, 165), wobei das Imaginäre alle bedeutungs- und verständnisstiftenden Werte und Normen, Gesetze und Regeln einer Gesellschaft umfasst, die nicht zuletzt kommunikativ bzw. sprachlich von ihr selbst hergestellt werden, während mit der Dekolonisation desselben die Loslösung vom ungebrochenen Wachstumsglauben bzw. von der passiv und apathisch machenden, sogenannten „TINA“-Einstellung („There is no alternative“) gemeint ist (Vgl. Muraca 2013, 163ff).

Insofern ist der Degrowth-Ansatz grundlegend systemkritisch oder auch antisystemisch zu verstehen, weil er die funktionalen und bewusstseinsbildenden Grundstrukturen der kapitalistischen Ökonomie samt ihrer utilitaristischen Effizienz- und Konsumlogik in Frage und zur Disposition stellt. Dabei geht es nicht um die Abschaffung des Marktes, der historisch gesehen ja auch nicht immer kapitalistisch organisiert war, sondern um seine Einbettung in eine neue Systemlogik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen und Forderungen der Menschen ausrichtet und worin Machtverhältnisse neu ausgehandelt sowie gesellschaftliche und politische Strukturen reformiert bzw. verändert werden müssen (Vgl. Muraca 2013, 165f).⁷

Es soll zusammenfassend festgehalten werden, dass der kulturelle Aspekt bzw. der Aspekt kultureller Identität, die herrschaftsförmige Konstruktion des defizitären „Anderen“ und des erhabenen „Selbst“, genauso wie das allgemein vorherrschende ökonomische Wachstumsparadigma, das auch die EZ maßgeblich prägt, insofern relevant sind, als der Entwicklungsdiskurs nach wie vor hierarchisierend zugunsten einer normativen Definitionsmacht des Nordens stattfindet, indem „[...] die Gesellschaften des Südens anhand einer eurozentrischen Norm weiterhin als unterlegen, die des Nordens weiterhin als überlegen konstruiert [werden], was eine Kontinuität zum rassistischen [und dualistischen] Kolonialdiskurs darstellt.“ (Ziai 2013, 26) Und auch wenn „[...] der Entwicklungsdiskurs nicht generell als rassistisch zu bezeichnen“ (Ziai 2013, 26) und das biologisch-rassistische Motiv als solches kaum mehr darin vorzufinden ist, erfolgen stattdessen nunmehr sozialgeographische Defizitzuschreibungen („unterentwickelte Gebiete/ Regionen/ Länder“), die eine diskursive und in der Folge praktische „[...] Festlegung auf eine rückständige Kultur im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit [...]“ (Ziai 2013, 28) bedeuten, mit allen damit verbundenen Konsequenzen, unter anderem der im Norden zu verortenden, „expertenhaften“

⁷ Literaturhinweise (Auswahl): Muraca, Barbara: *Décroissance: A Project for a Radical Transformation of Society*. In: *Environmental Values* 22.2. 147-169. Isle of Harris 2013. Latouche, Serge: *Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft*. Zürich/ Berlin 2004. Georgescu-Roegen, Nicholas: *Demain la décroissance: entropie-écologie-économie*. Lausanne 1979.

Wissensproduktion im EZ-Bereich und des entsprechenden Wissenstransfers von Nord nach Süd (Vgl. Ziai 2013, 26-28). „Die Vorstellung, dass Wissen aus dem Süden notwendig wäre, um die gesellschaftlichen Probleme des Nordens zu bewältigen, erscheint den meisten absurd.“ (Ziai 2012, 28)

2.1.3 Soziale Arbeit des Südens

Dieser letzte Punkt, ebenso wie die kulturelle Entwicklungsdimension, spielt auch bei der Betrachtung der sogenannten „Sozialarbeit des Südens“ (Lutz/ Rehklaue 2009) und einer transnationalen Sozialen Arbeit eine wesentliche Rolle. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass „[...] die als ‚Sozialarbeit des Südens‘ begriffene Theorie und Praxis [...] in ihrer Entwicklung einen sowohl theoretischen als auch praktischen Vorsprung gegenüber dem Norden erreicht, da sie sich bereits intensiv mit Problemen beschäftigt hat, die nun erst auf die Länder des Nordens zukommen.“ (Lutz/ Rehklaue 2009a, 48) Dabei beziehen sich diese Problemlagen vor allem auf ein breit angelegtes, den westlichen Industrieländern in dieser Form bisher aber unbekanntes, Armuts- bzw. Ungleichheitsphänomen, das sich im Rahmen von wirtschaftlicher Globalisierung und gesellschaftlicher Individualisierung sowie den damit einhergehenden Prozessen zunehmend konsolidiert. Diese vornehmlich neoliberal geprägten Prozesse umfassen unter anderem die Deregulierung wirtschaftlicher Verhältnisse im Sinne einer Flexibilisierung und Liberalisierung der Arbeits- und Kapitalmärkte und einer Verschärfung von Wettbewerbsbedingungen, den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates und die Ökonomisierung jeglicher Lebensbereiche einschließlich der Ökonomisierung des Individuums und des sozialen Bewusstseins (Vgl. Seithe 2010, 63f, 67ff/ Lutz/ Rehklaue 2009a, 49/ Vgl. Scherer/ Müller 2003, 14ff). Dies entspricht in gewissem Maße auch der von Menzel diagnostizierten „Umkehrung der Entwicklungsproblematik“ (Menzel 2010, 154), die in 2.1.2.1 schon kurz angerissen wurde und wonach nun auch der Norden inklusive Deutschland seine bestehenden gesellschaftspolitischen Systeme, also auch die Ausgestaltung Sozialer Arbeit, überdenken und verändern muss (Vgl. Lutz/ Rehklaue 2009a, 49). Darauf wird im nächsten Punkt noch näher eingegangen.

Zum anderen hat sich die „Sozialarbeit des Südens“ besonders aufgrund der Kritik am „professional imperialism“ (Rankopo/ Osei-Hwedie 2011, 140) des Nordens und seiner Missachtung kontextabhängiger sozialer, kultureller und lokaler Besonderheiten herausgebildet. Obwohl die Profession Soziale Arbeit gemäß einer einheitlichen Definition der International Association of Schools of Social Work (IASSW) und der International Federation of Social Workers (IFSW) einen universell gültigen, sozialwissenschaftlich

fundierten Hilfeanspruch erhebt, ist sie gleichzeitig doch grundsätzlich den Besonderheiten lokaler Bezugsrahmen verpflichtet, da sie in der Regel dort interveniert, wo Menschen mit ihrem sozialen Umfeld interagieren (Vgl. Rankopo/ Osei-Hwedie 2011, 139f).

„Sozialarbeit ist immer in einen historischen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Kontext eingebettet. Dieser Kontext variiert von Land zu Land. Auch die Definitionen bezüglich Sozialer Arbeit sind komplex, da die Wissenschaftsdiskurse in den jeweiligen Ländern und die Anknüpfungspunkte in der Praxis oft sehr heterogen sind.“ (Friesenhahn/ Kniephoff-Knebel/ Rickert 2009, 265)

Vor diesem Hintergrund und durch das Aufkommen einflussreicher Befreiungstheorien wurde im Laufe der 1970er Jahre der Einwand im globalen Süden laut, dass das im Zuge von Kolonialismus und Entwicklungshilfe bzw. EZ implementierte westliche Case Work als wesentlicher Kernpunkt der quasi importierten „Sozialarbeit des Nordens“ soziokulturell und methodisch unangemessen sei angesichts grundlegend verschiedener kultureller Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Problemlagen. Dabei wurde nicht nur der sprachlich und konzeptuell vom Norden dominierte und daher nach wie vor hierarchische sowie unidirektionale Nord-Süd-Transfer von vermeintlich expertenhaften, universellen Theorien und Methoden als paternalistisch verurteilt, sondern gleichermaßen hervorgehoben, dass die europäischen bzw. nordamerikanischen kulturellen Prämissen des Individualismus und Wettbewerbs in krassem Gegensatz zur kollektivistischen Kooperations- und Gemeindegkultur des globalen Südens stehen. Ohne damit jegliche Nord-Süd-Kooperation abzulehnen und ohne von jeweils national einheitlichen Kulturausprägungen auszugehen, sollten im Rahmen Sozialer Arbeit vielmehr lokal spezifische Kulturvielfalt und damit zusammenhängende Bedürfnisse und Potenziale im Hinblick auf Profession und Klientel anerkannt und berücksichtigt werden. Damit begann eine professionelle Emanzipation und Neuorientierung bzw. Rekonzeptualisierung (Lateinamerika) oder Indigenisation (Afrika) südlicher Sozialer Arbeit, die unter anderem Ansätze wie den der Sozialen Entwicklung hervorbrachte, der in Teil 2.2 näher erörtert wird (Vgl. Midgley 2009b, 12f/ Lutz/ Rehklaue 2009a, 40ff/ Rankopo/ Osei-Hwedie 2011, 139ff/ Reutlinger 2008, 239).

Die Inhalte dieser neu ausgerichteten, sozusagen emanzipierten, kontext- und kultursensiblen Sozialen Arbeit beziehen sich vor allem und in großem Maße auf die Bekämpfung von Armut und Gewalt, auf die Förderung von Gesundheit und auf bewusstseinsgenerierende, emanzipative Bildungsarbeit im Rahmen von gemeinschaftlicher Selbstorganisation und Empowerment. Darüber hinaus zielt sie auf unmittelbar praktische, gemeinwesen- und

subjektbasierte Lösungen und hat ein kooperatives, lebenswelt- und entwicklungsorientiertes Selbstverständnis. Entwicklung bezieht sich dabei sowohl auf soziale und kulturelle, als auch auf ökonomische Aspekte und fokussiert sowohl das Individuum als auch und in besonderem Maße die Community (Vgl. Lutz/ Rehkla 2009a, 39-41/ Patel 2009, 53). „[I]m Norden bisher allenfalls theoretisch entwickelt [...]“ (Lutz/ Rehkla 2009a, 41), meint der schwer zu definierende Begriff des Empowerment vor allen Dingen ein prozess-, autonomie- und ressourcenorientiertes Konzept der (selbst-)bewussten Selbstbestimmung bzw. „Selbstbemächtigung“ im Hinblick auf mikro- und makrostrukturelle Rahmenbedingungen in Alltag, Gesellschaft und Politik (Vgl. Herriger 2006, 13ff). Die theoretischen Grundlagen einer subjekt- und dialogbasierten sowie emanzipativen Sozial- und Bildungsarbeit gehen im lateinamerikanischen Raum vor allem auf Paulo Freire zurück. Dem brasilianischen Pädagogen, Soziologen und namenhaften Befreiungsphilosophen zufolge, ist die prozessorientierte Überwindung internalisierter, gesellschaftlicher Unterdrückungs- und Herrschaftsstrukturen, sprich die Überwindung der „Kolonisation des Bewusstseins“ (Lutz/ Rehkla 2009a, 40), nur durch die Erkenntnis dieser Strukturen und einer diesbezüglichen Bewusstseinsbildung bzw. -änderung möglich. Dieser Vorgang der emanzipatorischen „Bewusstseinswerdung“ (Port.: *conscientização*) kann wiederum nur durch fortwährenden, wechselseitigen Dialog und kritische (Selbst-)Reflexion in einem Lernprozess mit den unterdrückten Menschen und aus ihren eigenen Ressourcen heraus erreicht werden. In diesem Kommunikationsprozess nehmen beide Dialogpartnerinnen sowohl eine lernende als auch eine lehrende Position ein, da dadurch ein Kennenlernen und die Anerkennung von Subjekten und ihrer Lebenswelten und -entwürfe gewährleistet wird. Die helfende Person respektive die Sozialarbeiterin agiert als diskussionsbereite, anwaltschaftliche, vermittelnde und verhandelnde Begleiterin bei der Überwindung des selbstformulierten oder ins Bewusstsein getretenen Problems der Betroffenen. Da diese im Verlauf der Zusammenarbeit auch beide Rollen einnehmen, werden sie nicht nur in die Lage versetzt, z.B. strukturell benachteiligende Bedingungen zu erkennen, sondern diese auch aus eigener Kraft zu überwinden. Der problemformulierende, gleichwertige Dialog erlaubt eine Aktivierung von Kompetenzen und Selbsthilfepotenzialen. Dabei spielen Selbstbemächtigung gemäß dem Konzept des Empowerment, Anerkennung von Diversität und eine empathische, offene und akzeptierende Haltung seitens der Helfenden eine wichtige Rolle (Vgl. Hinte 2007, 49ff/ Lutz/ Rehkla 2009a, 50f). Dieser befreiungspädagogische und durchaus politisch aktivierende Ansatz bildet, in Kombination mit dem besonders im indischen und afrikanischen Raum konzipierten, ebenfalls stark emanzipativ ausgerichteten Konzept der Sozialen Entwicklung,

das in dieser Arbeit von zentraler Bedeutung ist, eine der maßgeblichen Grundlagen der „Sozialarbeit des Südens“ (Vgl. Lutz/ Rehklaue 2009a, 41).⁸ Zudem wird hier eine Parallele zwischen der „Kolonisation des Bewusstseins“ nach Freire und der „Dekolonisation des Imaginären“ nach Latouche deutlich, die beide letztlich auf dialogisch-kommunikative und interpersonale Emanzipations- bzw. Befreiungsprozesse setzen.

Im Resümee umfasst „Sozialarbeit des Südens“ also, jenseits von Case Work bzw. Einzelfallarbeit, ganzheitlich

„Social, Human oder Community Development [...] [und] musste insbesondere konkrete theoretische und praktische Konzepte von Development und Empowerment notwendigerweise entwickeln, da rein fallorientierte Arbeit in Gesellschaften, die weitaus stärker noch von den traditionellen Funktionen der Gemeinwesen geprägt sind, dysfunktional wäre und weil es zudem keinerlei sozialpolitische Grundlagen für eine solche Arbeit gibt. Soziale Arbeit ist in diesen Ländern Basisarbeit und somit Entwicklungsarbeit, die Gemeinwesen bemächtigen muss, für sich selbst zu sorgen.“
(Lutz/ Rehklaue 2009a, 40f)

2.1.4 Transnationale Soziale Arbeit

28

„Der Begriff ‚Transnationalität‘ bzw. ‚Transnationalisierung‘ bezieht sich ‚auf jene Prozesse, in denen Wissens- und Handlungsformen nicht nur den nationalstaatlichen und gesellschaftlichen Referenzrahmen überschreiten, sondern grenzüberschreitend entwickelt und aufrechterhalten werden.““ (Homfeldt 2006 in Salustowicz 2009, 66) Dies ist im Hinblick auf die Profession, Wissenschaft und Ausbildung Sozialer Arbeit ein bezeichnendes und keineswegs ein neues Phänomen, werden professionelle Vernetzungspionierinnen wie Alice Salomon oder Jane Addams in Erinnerung gerufen (Vgl. Salustowicz 2009, 66/ Homfeldt/ Schmitt 2011, 20). Dennoch bleibt Soziale Arbeit in der Regel, auch im Kontext einer zunehmenden internationalen Öffnung, sehr stark dem nationalstaatlichen Bezugsrahmen verhaftet und hat sich bisher weder in theoretischer noch in praktischer Hinsicht eingehend mit dem Phänomen der Transnationalität bzw. Transnationalisierung auseinandergesetzt (Vgl. Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 7). Wenn man dieses jedoch als potenzielle wissenschaftliche Vernetzungsoption und unter der Voraussetzung der gleichwertigen Dialog- und Lernbereitschaft im Sinne Freires wahrnimmt, birgt „[...] die Möglichkeit eines international und damit kulturell vergleichenden Blickes auf unterschiedliche Traditionen und

⁸ Literaturhinweise (Auswahl): Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Reinbek 1973. Dussel, Enrique: Philosophie der Befreiung. Hamburg 1989.

Inhalte des Helfens in den Kulturen der Welt“ (Lutz/ Rehklaue 2009b, 252) und eines diesbezüglichen transnationalen Austausches, immense professionelle Erkenntniswerte, da eigene Denkmuster und Handlungskonzepte in diesem Bezug auf kooperative Art und Weise neu überdacht und hinterfragt, eventuell verändert bzw. verbessert werden könnten (Vgl. Lutz/ Rehklaue 2009b, 252). „Aus Prozessen sozialer und institutioneller Vernetzung – Transnationalisierung – können sich folgerichtig gemeinsame Sinnhorizonte und Zusammengehörigkeitsgefühle – Transnationalität – entwickeln.“ (Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 9) Dies bedeutet nicht, dass nationale, lokale und damit auch soziale Strukturbedingungen jegliche Relevanz verlieren, sondern dass sie um eine weitere, nämlich die transnationale Struktur- und Orientierungsebene im Sinne einer Herausforderung und Chance ergänzt werden können und sollten (Vgl. Reutlinger 2009, 79).

Gerade in Bezug auf die oben aufgeführte These einer angesichts aktueller Problemlagen konzeptionell progressiven und im Vergleich zum Norden handlungsfähigeren „Sozialarbeit des Südens“, sollte die professionelle Rezeption derselben und die Chance einer transnationalen Kooperation nicht außer Acht gelassen werden. „In der Globalisierung, die nicht als Vereinheitlichung zu begreifen ist, sondern die Heterogenität und Komplexität noch einmal steigert, sind Kulturkontakte zentral und unvermeidbar. Nur sie vermögen einen Dialog zu ermöglichen, nur sie können vom Kolonialismus zur Partnerschaft führen [...].“ (Lutz/ Rehklaue 2009a, 49) Dabei ist Globalisierung im Sinne einer makrostrukturellen, insbesondere ökonomischen, weltweiten Vernetzung von Informations-, Kommunikations-, Kapital- und Verkehrsmitteln zu verstehen, wodurch räumliche und zeitliche Distanzen sowie nationalstaatliche Grenzen stark relativiert werden, während Transnationalisierung parallel und in Ergänzung dazu eher die mikro- und mesostrukturelle, soziale Vernetzungsebene im Fokus hat, die sich vor allem durch die Etablierung pluri-lokaler, dauerhafter Beziehungsgeflechte und Gesellschaftsformationen auszeichnet (Vgl. Kaufmann 2009, 359/ Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 8ff). Darüber hinaus sind Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozesse als komplexe, miteinander verflochtene Phänomene anzusehen, wobei erstere die Möglichkeit bergen, „[...] den durch Globalisierungsprozesse bedingten Entwicklungen sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken.“ (Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 10) Dies wird in Anlehnung an eine Studie von Portes, Escobar und Walton Redford (2005) anhand des Beispiels transnationaler sozialer Unterstützungssysteme und damit einhergehender, vor allem materieller Transferleistungen im Rahmen von Transmigration untermauert, wonach „[...] people driven from their countries by poverty, violence, and lack of opportunities then turn around and seek to reverse these conditions by using the resources

acquired abroad [...]“, sodass „[...] the manifold initiatives of immigrants and their home country counterparts hold the potential for aggregating into an important feature of contemporary processes of globalization running opposite to the 'multinational' logic of corporate capitalism.“ (Portes/ Escobar/ Walton Redfort 2005, 41 in Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 10) Transmigration beschreibt dabei, sehr vereinfacht ausgedrückt, eine Migrationsform, in der sich Menschen nicht mehr im klassischen Verständnis einmalig und dauerhaft von einem Land in ein anderes Land bewegen, sondern in der sie sich gleichzeitig an mehrere nationalstaatliche Gesellschaften binden, indem sie zum einen regelmäßig den Wohnort zwischen verschiedenen Staaten wechseln und zum anderen ihre sozialen Beziehungen über territoriale Grenzen hinweg aufrechterhalten und dadurch Sozialräume jenseits geographischer Staatsräume schaffen (Vgl. Reutlinger 2009, 79f).⁹ Damit eröffnet sich im Zuge der stattfindenden kapitalistischen Globalisierung eine transnationale soziale Realität auf mikro- und mesostruktureller Handlungsebene, also auf den persönlichen Identitäts- und Netzwerkebenen von Transmigrantinnen, mit der sich Soziale Arbeit sowohl im Hinblick auf ihre normativen, nationalstaatlich begründeten Entwicklungs- und Normalitätsvorstellungen („fremd“/ „nicht fremd“, „innen“/ „außen“, „) als auch hinsichtlich ihres „methodologischen Nationalismus“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 6) in kritischer Selbstreflexion auseinandersetzen muss, um sich angesichts der Lebenswelten ihrer Klientel, aber auch in Bezug auf den eigenen Professionalisierungs- und Interventionsanspruch, grenzüberschreitend neu zu verorten (Vgl. Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 18f/ Homfeldt/ Schmitt 2011, 6f/ Reutlinger 2008, 235). „Eine transnationale Verortung Sozialer Arbeit eröffnet die Möglichkeit, Profession und Disziplin strukturell neu zu positionieren und nationalstaatliche Zuständigkeitszuschreibungen sowie starre Kategorisierungen von Kultur, Identität und Raum zu überwinden.“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 11) Durch eine solche Verortung könnte die „Sozialarbeit des Nordens“ sich nicht nur von einem begrenzenden nationalstaatlichen Referenzrahmen und damit zusammenhängenden Containerdenken sowie von einer potenziellen Instrumentalisierung durch politische Interessen befreien, sondern eben auch, wie anfangs vorgeschlagen, die Theorie und Praxis der „Sozialarbeit des Südens“ rezipieren und damit die herrschende „westliche Konzept-Dominanz“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 16) innerhalb der Profession überwinden sowie das eigene Methodenrepertoire und die professionelle Handlungsmächtigkeit erweitern (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 12ff). Denn die sogenannte „erste Welt“ sieht sich zunehmend einer Situation gegenübergestellt, der sie mit ihren sozialstaatlichen und sozialpädagogischen Instrumenten langfristig nicht mehr

⁹ Literaturhinweise (Auswahl): Pries, Ludger: Die Transnationalisierung der Sozialen Welt. Frankfurt am Main 2008. Reutlinger, Christian/ Baghdadi, Nadia/ Kniffki, Johannes (Hg.): Die soziale Welt quer denken. Transnationalisierung und ihre Folgen für die Soziale Arbeit. Berlin 2011.

gewachsen ist. Es kann nicht mehr vom einzelnen Problemfall ausgegangen werden, sondern es erscheint notwendig zu erkennen, dass sich Armutslagen im Sinne eines „neuen Prekariats“ (Vgl. Lutz/ Rehkla 2009a, 48) zunehmend auf ganze Personengruppen auswirken, dass also eine ausschließliche Einzelfallorientierung, der im Zuge der Sozialstaatsreformen auch zunehmend die sozialpolitische Grundlage entzogen wird, als überholt zu betrachten ist, und dass bisherige Traditionen der Sozialarbeit zu hinterfragen und zu erneuern sind (Vgl. Lutz/ Rehkla 2009a, 48f/ Bäcker/ Naegele/ Bispinck 2008, 161ff/ Scherer/ Müller 2003, 14ff/ Seithe 2010, 74ff). Gleichzeitig haben die Länder der sogenannten „dritten Welt“ eine Konzeption Sozialer Arbeit aufzuweisen, die

„[...] sich den gesellschaftlichen Realitäten angepasst und begriffen [hat], dass eine reine Fallorientierung kaum nachhaltige Entwicklungen hervorrufen kann. Wegen der weniger ausgebauten staatlichen Versorgungsstruktur hat sie sich zur Aufgabe gemacht, ganze Gemeinwesen zu befähigen und gleichzeitig an der Implementierung handlungsermächtigender Strukturen mitzuwirken. Diese Prozesse scheinen insbesondere angesichts der sich vollziehenden Transformationen und des Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Sicherheiten auch in den ‚Ländern des Nordens‘ von enormer Bedeutung zu sein.“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 16)

31

Und so könnte Soziale Arbeit im Sinne eines transnationalen, disziplinären Dialogs bzw. Diskurses die vielversprechende Möglichkeit wahrnehmen, durch eine solche Vernetzung konzeptuell und wissenschaftlich zusammenzurücken, so „...dass grenzüberschreitende Soziale Arbeit durch reflektierte Vergleiche von Konzepten und Handlungsmodellen neue Wissensbestände generiert [...]“ (Friesenhahn/ Kniephoff-Knebel/ Rickert 2009, 266) und eventuell eine global akute, soziale Ungleichheit bekämpfende Strategie entwickeln, womit sie, wie die oben genannten transnationalen Migrationshilfesysteme, ebenso ein Gegengewicht zur neoliberalen Globalisierung darstellen könnte. Dieser letzte Punkt wird so auch von Hans Günther Homfeldt und Caroline Schmitt mit Verweis auf Soziale Entwicklung als Referenzgrundlage einer transnationalen Sozialen Arbeit aufgegriffen und in 2.2.4 näher erläutert (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 20). Einem theoretischen Entwurf von Christian Reutlinger zufolge, könnte eine transnational verstandene Soziale Arbeit, gemäß der angesichts aktueller globaler Verhältnisse dringenden professionellen Neuverortung, das Konzept Soziale Entwicklung als orientierungsstiftende Rahmentheorie im Sinne einer emanzipativen Erweiterung von Fähigkeiten und Möglichkeiten in Erwägung ziehen (Vgl. Reutlinger 2008, 235ff). Dieses Konzept soll nun im folgenden Theorieteil dargelegt werden.

2.2 Soziale Entwicklung

Der Ansatz „Soziale Entwicklung“ ist im internationalen Kontext Sozialer Arbeit von grundlegender Bedeutung, während er im deutschsprachigen Raum bisher wenig Beachtung gefunden hat (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 3). Obwohl der Begriff der Entwicklung in Deutschland diskutiert und über alternative Entwicklungskonzepte nachgedacht wird (siehe z.B. „Sozialarbeit des Südens“ (Rehklau/ Lutz 2007), „Internationale Soziale Arbeit“ (Salustowicz 2007), „Gemeinwesenökonomie“ (Elsen 2007; Lindenberg/ Peters 2004)), muss konstatiert werden, dass dies kaum in Bezug zur nationalen Professionsdebatte über Soziale Arbeit gestellt wird und es im Grunde keinen eigenen Diskurs über Soziale Entwicklung gibt (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 3). Dabei könnte dieses Konzept als Orientierungsgrundlage einer transnationalen Sozialen Arbeit „[...] eine neue Entwicklungsperspektive jenseits wohlfahrtsstaatlicher Logik eröffnen“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 16), ohne dass dadurch nationale und lokale Gegebenheiten bedeutungslos, geschweige denn dass soziale Besonderheiten vereinheitlicht würden (Vgl. Reutlinger 2008, 237). Indem die klassische bzw. ursprüngliche nationalstaatliche und territoriale Ausgestaltung und normative Orientierung an „industriekapitalistischen Produktionsprozesse[n]“ (Reutlinger 2008, 237) sowie die damit verbundene, auf gesellschaftlicher Rollenteilung basierende Normalisierungsaufgabe im Sinne einer gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit hinterfragt und neu überdacht würden, könnte sich Soziale Arbeit durch eine transnationale Verortung, wie im vorhergehenden Teil erörtert, angesichts aktueller globaler Herausforderungen in Folge einer „postnationalen Konstellation“ (Seitz 2005, 60 in Reutlinger 2008, 237) neu positionieren und handlungsfähiger werden. Dies hätte allerdings auch zur Folge, dass die gesellschaftliche Legitimation (z.B. in Form des sogenannten doppelten Mandats von Hilfe und Kontrolle), das professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit, vor allem in Bezug auf die mehrheitlich reaktiven Methoden der reinen „Symptombekämpfung“ (Reutlinger 2008, 237), und ihre weitgehende Institutionalisierung im Rahmen von sozialstaatlichen Sicherungssystemen neu verhandelt bzw. konzipiert werden müssten (Vgl. Reutlinger 2008, 236ff). Doch „[o]bwohl sich in den zurückliegenden zehn Jahren der sozialpädagogische Blick in Deutschland, der Schweiz und Österreich zunehmend internationalisiert hat, vor allem bezogen auf Europa, bleibt die Fachdiskussion doch nach wie vor weitgehend national [...]“ (Homfeldt/ Reutlinger 2009, 2) In dieser Hinsicht kann also von einem vergleichsweise geringen bzw. noch am Anfang stehenden Erkenntnis- und Forschungsstand bezüglich Sozialer Entwicklung im deutschsprachigen Raum ausgegangen werden, den es zu erweitern gelten sollte.

Doch auch auf internationaler Ebene ist die forschungs-, theorie- und praxisbezogene Diskussion um Soziale Entwicklung bei weitem noch nicht abgeschlossen. Es kann kaum von einem einheitlichen, geschweige denn kontinuierlichen theoretischen und praktischen Konzept Sozialer Entwicklung ausgegangen werden. Vielmehr ist Soziale Entwicklung stets in einem dynamischen Prozess gewesen und hat heute weltweit vielfältige Erscheinungsformen. Insofern ist das Verhältnis zwischen Sozialer Entwicklung und Sozialer Arbeit auch nicht mit Leichtigkeit zu klären (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 4/ Midgley 2009b, 23). So beschreiben Hans Günther Homfeldt und Christian Reutlinger diese Problematik unter Verweis auf James Midgley wie folgt:

„Während einige Schreiber soziale Entwicklung als einen spezifischen Bereich von Sozialer Arbeit sehen, verknüpfen andere sie mit Aktivitäten im Gemeinwesen. Obwohl soziale Entwicklung ursprünglich mit staatlichen Sozialprogrammen verbunden gewesen sei, so sei sie gegenwärtig überwiegend im Aufgabenspektrum von Nichtregierungsorganisationen angesiedelt. Während oftmals soziale Entwicklung als gemeinwesenzentrierte Intervention angesehen werde, verbänden sie andere wiederum mit staatlicher Entwicklungspolitik.“ (Homfeldt/ Reutlinger 2009, 4)

Nichtsdestotrotz und ungeachtet der konzeptuellen Unklarheit, die in den vergangenen Jahren herrschte, beschreibt James Midgley im Gegenzug auch eine kürzliche Systematisierung der Theoriebasis Sozialer Entwicklung und die Erarbeitung fundamentaler Prinzipien (Vgl. Midgley 2009a, 160), die im übernächsten Teil 2.2.2 dargestellt werden sollen. Danach wird das Konzept unter Punkt 2.2.3 und 2.2.4 nochmal abschließend im Verhältnis zu Sozialer Arbeit und im Nord-Süd-Kontext betrachtet. Doch zunächst soll an dieser Stelle die Entstehungsgeschichte Sozialer Entwicklung kurz skizziert werden.

2.2.1 Geschichte Sozialer Entwicklung

Das Konzept Soziale Entwicklung entstand schrittweise ab den 1950/60ern im globalen Süden im Rahmen von Dekolonialisierung und Entwicklungshilfe, also der weitestgehend vom Westen implementierten Programme und Politiken für wirtschaftliches Wachstum und Industrialisierung, was im Grunde als Äquivalent zu Entwicklung betrachtet und im ersten Theorieteil schon erörtert wurde. Die von den Kolonialmächten bereits etablierten, aber vor allem auf städtische Bezirke, oder z.B. im Falle Südafrikas nur auf die weiße Bevölkerung, begrenzten, sozialen Sicherungssysteme erreichten entsprechend nur wenige Betroffene und ließen die weitaus gravierenderen Problemlagen ländlicher Regionen und ihrer Bewohner

außen vor bzw. schlossen strukturell bestimmte Bevölkerungsteile aus (Vgl. Midgley 2009b, 14/ Noyoo 2000, 459). Die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im globalen Süden sind, wie bereits besprochen, von 500 Jahren Kolonialgeschichte und knapp 60 Jahren Entwicklungszusammenarbeit gekennzeichnet, was die Übernahme westlicher, besonders nordamerikanischer Praktiken und Theorien unter Missachtung und Verdrängung lokaler und soziokultureller Verhältnisse, aber durch diese sozusagen epistemologische Kolonisation auch die Herausbildung eigener Konzepte zur Folge hatte, womit nicht nur auf akute Problemlagen reagiert, sondern auch die vermeintliche „Überlegenheit des Helfers und die Unterlegenheit des Hilfsbedürftigen“ (Reutlinger 2008, 239), also das angebliche Expertentum des Nordens und die Rückständigkeit des Südens hinterfragt wurde (Vgl. Reutlinger 2008, 238ff). In diesem Kontext erarbeiteten Sozialarbeiterinnen noch im Rahmen der britischen Kolonialverwaltung in Westafrika auf der Grundlage vorhandener, indigener Kooperationspraktiken im ländlichen Raum, community-basierte, partizipative und ganzheitliche, sprich sozial als auch ökonomisch ausgerichtete Methoden, die die Lebensstandards insbesondere der ländlichen Bevölkerung sowohl in mikro- als auch in makrostruktureller Hinsicht verbessern sollten. Diese neuartige, kultursensible, lokal und gemeinwesenorientierte, über die reine Symptombekämpfung hinausgehende und daher proaktive Kombination aus sozialen und ökonomischen Maßnahmen, die „[...] wesentlich besser auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zugeschnitten waren als die begrenzten Fördermaßnahmen, die in den Städten eingeführt worden waren“ (Midgley 2009a, 157), wurde bald als „Soziale Entwicklung“ bzw. „social development“ bekannt (Vgl. Midgley 2009b, 14/ Midgley 2009a, 157f/ Reutlinger 2008, 242).

Das übergeordnete Ziel stellt die Steigerung von individueller und gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit bzw. struktureller Freiheit dar. Das Konzept der Sozialen Entwicklung, das in seinen Ursprüngen bis in die Antike reicht und auf der Idee basiert, dass progressive soziale Veränderung durch zielgerichtetes Handeln erreicht werden kann, hat also einen Fokus auf der Verbindung von wirtschaftlichen und sozialen Projekten im lokalen Kontext und ist insofern ganzheitlich ausgerichtet. Diese Herangehensweise wurde allerdings erst ab den 1950ern durch die Rezeption dieser ursprünglich europäischen Idee im globalen Süden konstitutiv, da man dort erstmals gemeindebasierte, integrierte, sozioökonomische Programme konzipierte und in die Praxis umsetzte. Dass dies im Rahmen von beginnenden Entwicklungsmaßnahmen bzw. Wachstumsbemühungen stattfand und auch auf makrostruktureller Ebene zu mehr materiellem Wohlstand führen sollte, lässt den innovativen Aspekt einer sozialen Dimension von Entwicklung dennoch nicht minder wichtig erscheinen.

Dadurch wurde nämlich „[j]enes Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und gleichsam steigenden sozialen Ungleichheiten[, das] als ‚verzerrte Entwicklung‘ kritisiert [wird]“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 17), erstmals in Angriff genommen. In dieser Anfangszeit waren neben anderen Internationalen Organisationen, vor allem die Vereinten Nationen und die Weltbank zentrale Förderungs- und Unterstützungsinstanzen, die den Social-Development-Ansatz aufgriffen und seine Weiterentwicklung und Verbreitung gemäß „[...] einer Kombination von direkter Sozialer Arbeit und Community Development [...]“ (Reutlinger 2008, 243) vorantrieben. Bis in die 1970er hinein wurde Soziale Entwicklung als Programm gemeindebasierter Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung des Lebensstandards besonders vulnerabler und von Armut betroffener Personengruppen ausgebaut. Kritische Auseinandersetzungen um vorhandene Machtstrukturen und die Rolle von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen als zentrale Akteure der ökonomisch-sozialen Interventionen blieben dabei nicht aus. In den 1980ern kam es dann zu einem Einbruch in der schrittweisen Ausformung und Konsolidierung des Ansatzes, was vor allem im Aufkommen des neoliberalen Paradigmas und den damit einhergehenden sozioökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen begründet liegt. Die neue „Herrschaft des freien Marktes“ trieb die hochverschuldeten Länder des Südens in weitere Schulden und in die, unter Punkt 2.1.2 bereits beschriebenen, weitestgehend von Weltbank und IWF durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme, die schließlich und kurz gesagt in einem immensen Anstieg der Armutsrate mündeten. „Obwohl die Weltbank Soziale Entwicklung ursprünglich unterstützt hatte, setzte sie nun auf die Übernahme neoliberaler Wirtschaftspolitik und nutzte ihre Kreditvergabepolitik zunehmend zur Einführung von Marktansätzen in den Entwicklungsländern.“ (Midgley 2009a, 159) Doch in den 1990ern erfolgte wieder eine Rückbesinnung auf die dynamische Verbindung sozialer und wirtschaftlicher Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung und es wurde die bis dahin propagierte Armutsverringerung durch marktbasierter Ökonomie in Frage gestellt. Dies ist insbesondere dem von den Vereinten Nationen im Jahre 1990 veröffentlichten, ersten Weltentwicklungsbericht und dem UNO-Weltgipfel für Soziale Entwicklung 1995 zuzurechnen, ebenso wie der daraus resultierten Kopenhagener Erklärung über Soziale Entwicklung und dem damit verbundenen Aktionsprogramm, worin unter anderem ausdrücklich festgelegt wurde, „[...] den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung zu stellen und unsere Volkswirtschaften auf die wirksamere Deckung der Bedürfnisse der Menschen auszurichten.“ (UN 1995b, B. Grundsätze und Ziele, 26.a) Spätestens seit der Bestätigung und Erweiterung der vielfältigen, in der Kopenhagener

Erklärung verfassten Zielsetzungen durch die „Millennium Development Goals“ (MDG) der Vereinten Nationen im Jahre 2000, scheint Soziale Entwicklung heute wieder auf der internationalen Entwicklungsagenda zu stehen (Vgl. Midgley 2009a, 156ff/ Midgley 2009b, 14ff/ Homfeldt/ Schmitt 2011, 17/ Reutlinger 2008, 242ff/ UN 1995). Dabei ist, wie in 2.1.2 schon beschrieben, die erweiterte Definition von Armut relevant, die nicht nur materiellen Mangel, sondern auch den Mangel an Optionen und Zugängen bzw. an Möglichkeiten umfasst (Vgl. Stockmann 2010, 379).

Obwohl der Westen also einen großen theoretischen Einfluss auf Soziale Entwicklung hatte, wurde der Ansatz weitestgehend im globalen Süden konzipiert und praktisch erprobt und ist insofern als Konzept südlicher Sozialarbeit einzuordnen (Vgl. Midgley 2009a, 157ff/ Midgley 2009b, 12f/ Reutlinger 2008, 243f). „[D]ennoch kann diese Perspektive überall an die jeweils spezifischen soziokulturellen und sozialräumlichen Bedingungen angepasst und weiterentwickelt werden.“ (Reutlinger 2008, 243) Nicht zuletzt ist Soziale Entwicklung prinzipiell universalistisch und inklusiv angelegt, d.h. obwohl historisch auf extrem verwundbare Gruppen ausgerichtet, geht es heute um die Anhebung des Lebensstandards des gesamten Gemeinwesens und der Gesellschaft in ihrer Totalität. Alle sollen in den Entwicklungsprozess integriert und daran beteiligt werden. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und die Betonung der Menschenrechte bilden zudem gemäß den MDGs der Vereinten Nationen die ideologisch-politische Handlungsgrundlage (Vgl. Midgley 2009a, 157ff).

2.2.2 Theorie und Kernprogramme

Der Begriff „Soziale Entwicklung“ beruht zunächst auf der grundlegenden Idee, „[...] den sozialen Bedürfnissen von Menschen in Verbindung mit Prozessen wirtschaftlicher Entwicklung zu entsprechen [...].“ (Midgley 2009a, 155)

In theoretischer bzw. konzeptueller Hinsicht, gehören die durchaus idealistischen Ziele der generellen Steigerung des Lebensstandards und der Armutsbekämpfung sowie die Absicht, gleichwertige Solidargemeinschaften und friedliche, die Menschenwürde achtende Gesellschaften zu errichten, zum ersten, weitgehend anerkannten Prinzip Sozialer Entwicklung. Ein weiteres Prinzip steht für die Notwendigkeit eines fortschrittlichen sozialen Wandels, um die eben genannten Ziele überhaupt erreichen zu können. Dabei wird sozialer Wandel „[...] hier als Prozess definiert, der Interventionen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in einem dynamischen Prozess integriert.“ (Midgley 2009a, 161) Des Weiteren

haben die zwei Prinzipien Geltung, dass diese Interventionen zum einen zielgerichtet und geplant im Kontext lokaler, gemeindebasierter und demokratisch partizipativer Förderungsprogramme stattfinden, zum anderen zielgruppenübergreifend bzw., wie oben schon erwähnt, universalistisch und inklusiv, also nicht nur auf bestimmte, besonders benachteiligte Personengruppen ausgerichtet sein sollten, was einen makrostrukturellen Veränderungsanspruch ausdrückt. Schließlich beschreibt das fünfte und letzte Prinzip einen produktivistischen Aspekt Sozialer Entwicklung, vor allem in Form des sogenannten „Social Investment“, wonach, ganz allgemein gesprochen, soziale Gesichtspunkte bei materiellen oder finanziellen Investitionen miteinbezogen werden sollten. Hierbei geht es um die unmittelbare Wechselbeziehung zwischen sozialen und ökonomischen Wirkungen, die sich aus sozialen Entwicklungsmaßnahmen ergeben. Der Anspruch besteht darin, durch Interventionen und Investitionen immer beide Wirkungsbereiche abzudecken. So wäre beispielsweise die bloße Versorgung mit Nahrungsmitteln gemäß diesem Ansatz nicht produktivistisch, da dabei die emanzipative, befähigende Erweiterung von wirtschaftlichen Handlungs- und Beteiligungsräumen nicht berücksichtigt würde. Dieses letzte Prinzip hat ebenfalls einen, über das Individuum und das Gemeinwesen hinausgehenden, gesellschaftlichen Veränderungsanspruch (Vgl. Midgley 2009a, 161f/ Noyoo 2000, 454/ Patel 2009, 53).

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Prinzipien in die Praxis bestehen darüber hinaus entsprechende zentrale Kernprogramme Sozialer Entwicklung, die zwar variabel und nicht ausschließlich zum Einsatz kommen, die aber zum grundlegenden Instrumentarium des Ansatzes gehören. Hierzu zählen insbesondere Investitionen in Humanes und Soziales Kapital, also in Bildung und soziale Netzwerke, Investitionen in Beschäftigungs-, Stellenvermittlungs- und Mikrokreditprogramme sowie die Förderung von vermögensbildenden Maßnahmen in Form von subventionierten Sparanreizen zur gemeinwohlorientierten Verwendung (Vgl. Midgley 2009a, 163ff). Social Investment umfasst somit, durch den Auf- und Ausbau von Humanem und Sozialem Kapital sowie die Förderung von Vermögensbildung, regulärer Beschäftigung und beruflicher Selbstständigkeit, z.B. Investitionen in Bildungsmöglichkeiten und Angleichung von Bildungschancen (Humanes Kapital) sowie Investitionen in integrierte, soziale Netzwerke und partizipative Beziehungen in Gemeinwesen (Soziales Kapital). Aber auch die Einrichtung und Ausweitung von lokalen Stellenvermittlungs- und Beschäftigungsprogrammen mit entsprechenden sozialen Unterstützungssystemen sowie die Gründung von Mikro- bzw. Kleinunternehmen und die Vergabe von Mikrokrediten werden gefördert und unter „Social Investment“ subsumiert.

Schließlich bietet dieser Ansatz insofern vermögensbildende Maßnahmen, sprich subventionierte Sparanreize in Bezug auf Individuen und Communities an, als dass entstandene Gemeinschafts- oder Individualvermögen für soziale Zwecke, wie z.B. Bildung, Wohnraum oder Infrastruktur, eingesetzt werden können. Ganzheitlich umgesetzt sollen die genannten Kernpunkte des „Social Investment“-Ansatzes zu nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung führen (Vgl. Midgley 2009a, 163ff).

Soziale Entwicklung ist folglich ein weitgehend dynamischer Begriff, der vor allem an der „Handlungsmächtigkeit“ (Schröder 2011, 91) bzw. am Einflussbereich von Menschen innerhalb ihrer strukturellen Rahmenbedingungen ansetzt und auf die Erweiterung dieser Rahmenbedingungen, also entsprechend auf die Erhöhung von Chancen und Zugängen zielt. Diese community-orientierte Ausweitung von Möglichkeiten der Teilhabe und der Entwicklung bezieht sich im Grunde auf alle täglichen und strukturellen Bereiche, von Bildung und Arbeit über Wohnraum und Kultur bis hin zu Gesundheit und Familie. Es geht um soziale Integration, um ganzheitlichen Wandel und um die Stärkung von Gemeinschaft und Selbsthilfekräften. In einem Satz gesagt, besteht der Kern von Sozialer Entwicklung darin, eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen herbei zu führen, indem Armut und soziale Benachteiligung bekämpft werden. Dabei wird den Menschen von Anfang an Subjektstatus zugesprochen. Sie werden als handlungs- und entscheidungsfähige Akteurinnen ihrer Lebenswelt anerkannt, die anhand ihrer Ressourcen selbst und gemeinsam in der Lage sind, sozialen Wandel herzustellen und den benachteiligenden Status quo zu verändern (Vgl. Midgley 2009a, 160ff/ Schröder 2011, 90f/ Noyoo 2000, 454/ Patel 2009, 53).

Nicht zu vernachlässigen ist bei all dem die politische Dimension Sozialer Entwicklung, denn nur, wenn der gesellschaftliche und politische Wille zur strukturellen Veränderung durch (sozial-)politische Maßnahmen sowie eine grundlegende Rechtssicherheit und Gewaltfreiheit gegeben ist, kann Soziale Entwicklung im Sinne einer menschlichen Entwicklung tatsächlich in all ihren Facetten umgesetzt werden (Vgl. Noyoo 2000, 454/ Patel 2009, 56f).

„In einem sozialen Prozess müssen wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen geschaffen werden, welche die sozialen und menschlichen Bedürfnisse langfristig und nicht nur auf individueller Ebene befriedigen. Dieser soziale Prozess muss gleichzeitig die nachhaltige soziale und institutionalisierte Strukturveränderung in einem spezifischen sozialräumlichen und historischen Kontext bewirken.“
(Reutlinger 2008, 245)

2.2.3 Soziale Entwicklung und Soziale Arbeit

Die bisherigen Ausführungen und Argumente sind speziell vor dem Hintergrund der „Sozialarbeit des Südens“ zu verstehen, die sich, in Abgrenzung zur vorwiegend einzelfallzentrierten, klinischen und tendenziell defizitorientierten „Sozialarbeit des Nordens“, vor allem durch eine ganzheitliche, ressourcenbasierte Community- und Empowerment-Orientierung auszeichnet, wie unter Punkt 2.1.3 schon ausgeführt wurde (Vgl. Lutz/ Rehkla 2009, 39f/ Patel 2009, 53). Dass dies auch maßgeblichen Merkmalen Sozialer Entwicklung entspricht, wurde im vorhergehenden Abschnitt 2.2.2 aufgezeigt.

Ein professioneller Blick in den globalen Süden und eine Befassung mit dem Konzept „Soziale Entwicklung“ wäre durchaus naheliegend für die „Soziale Arbeit des Nordens“, wenn man in Betracht zieht, dass es wesentliche Gemeinsamkeiten in der allgemeinen Ziel- und Umsetzung gibt. So „[...] befass[en] sich Soziale Arbeit [wie Soziale Entwicklung] mit Armut und ihrer Bewältigung, mit Fragen sozialer Gerechtigkeit, mit Abbau von sozialer Ungleichheit, mit sozialer Integration und sozialer Inklusion.“ (Homfeldt/ Reutlinger 2009, 4) Geht man zudem von einem proaktivem Selbstverständnis Sozialer Arbeit aus, also einer eher breit angelegten Arbeitsweise, die strukturelle Benachteiligungsbedingungen zu bekämpfen versucht, statt einer reaktiven, also eher die Konsequenzen und Symptome struktureller Ungleichheit behandelnden Sozialen Arbeit, werden die theoretischen und praktischen Anknüpfungspunkte zu Sozialer Entwicklung deutlicher bzw. greifbarer. Denn letztere setzt unter anderem makrostrukturell an, indem versucht wird in einer Kombination aus individueller und gemeinwesenorientierter Befähigung und Partizipation, eine soziale und ökonomische bzw. eine umfassende strukturelle Veränderung respektive Verbesserung herbei zu führen (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 4f/ Noyoo 2000, 454, 461). Dabei wird der Fokus auf die möglichst selbstständige Bewältigung und Gestaltung von alltäglichen Lebensbedingungen im sozialen Nahraum, im Gemeinwesen, gerichtet, anstatt im begrenzten Rahmen sozialstaatlicher Institutionsmechanismen auf eine klassisch individuell ausgerichtete und eher verwaltende Art zu agieren (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 5/ Midgley 2009b, 16). Dass dies auch im „entwickelten Westen“ relevant sein dürfte, erscheint vor dem Hintergrund wachsender ökonomischer und sozialer Ungleichheit und zunehmend überlasteter Wohlfahrtssysteme im Grunde naheliegend, wenn nicht sogar offensichtlich (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 6/ Midgley 2009b, 23).

Den Vereinten Nationen zufolge wird menschliche Entwicklung „[...] als Prozess begriffen, der die Wahlmöglichkeiten der Subjekte erweitert.“ (Lutz/ Rehkla 2009a, 34)

Folgt man den Vorschlägen von Hans Günther Homfeldt und Christian Reutlinger, könnte sich Soziale Arbeit an dem „Mehr-Ebenen-Konzept“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 17) „Soziale Entwicklung“ orientieren und sich in Verknüpfung mit Agency-Theorien (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 13, 18) bzw. dem Capability Approach nach Amartya Sen (Vgl. Reutlinger 2008, 244) als transnationale Sozialarbeit verorten, die insofern als Entwicklungszusammenarbeit betrachtet werden könnte, als sie „[...] sich mit den im Zuge der Globalisierung von Welt entstehenden unterstützenden Netzwerkstrukturen auf Mikro-, Meso- und Makroebene [auseinandersetzt und sowohl] die Potentiale von Akteuren [als auch] strukturelle Probleme, die die jeweiligen Netzwerkstrukturen beeinflussen, [betrachtet].“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 18) Dabei setzt Agency als Analysemodell im wörtlichen Sinne an der „Handlungsfähigkeit“ von Subjekten in ihren gesellschaftlichen und politischen Bezugsrahmen an und stellt die systemische Frage, wie förderlich oder hinderlich diese soziostrukturellen Handlungsbedingungen für soziale Prozesse sind bzw. ob und wie es sie gegebenenfalls zu verändern oder zu bewahren gilt (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 13). Der Capability Approach stellt diese Frage ebenfalls und sieht strukturelle bzw. institutionelle (Macht-)Verhältnisse als konstituierenden Rahmen für die Handlungsmöglichkeiten und -freiheiten von Menschen, der Fokus wird jedoch auf die Ressourcen und Potenziale der Akteurinnen gelegt (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 13/ Reutlinger 2008, 244f). Entwicklung wird hier als die Ausweitung „substantieller Freiheiten“ (Reutlinger 2008, 245) verstanden, das heißt, dass sich Menschen durch eine selbstinitiierte und selbstbestimmte Entwicklung, jenseits einer rein ökonomisch ausgelegten Entwicklungsperspektive, von Armut, Ausgrenzung und Unterdrückung befreien und damit an Handlungsfreiheit gewinnen bzw. ihre Chancen erweitern können (Vgl. Reutlinger 2008, 244ff). Die Korrelation zwischen Struktur und individueller bzw. kollektiver Handlung hat einen grundlegenden Erkenntniswert für das Selbstverständnis Sozialer Arbeit und das Verständnis von Entwicklung. Letztere ist dabei im Kern prozesshaft, ergebnisoffen, dynamisch, insofern diskontinuierlich und in Abhängigkeit zu Raum und Zeit zu betrachten. Dies entspricht auch der unter 2.1.2 dargelegten begrifflichen Semantik und Definition von Entwicklung als u.a. rahmenbedingtes, dynamisches und vor allem endogenes Phänomen (Vgl. 2.1.2). Entwicklung muss also stets kontextuell gesehen und immer wieder neu hinterfragt und neu definiert werden. Angesichts hochkomplexer sozialer Realitäten erscheint der Anspruch einer Entwicklungstheorie mit universeller Reichweite zudem anmaßend (Vgl. Reutlinger 2008, 245f). Stattdessen könnte eine solchermaßen entwicklungsorientierte, struktur- bzw. kontextsensible Soziale Arbeit gemäß dem dialogischen Prinzip nach Freire auf mikrostruktureller Ebene den aktiven,

selbstbestimmten Subjektstatus von Individuen bzw. Gemeinschaften anerkennen, auf mesostruktureller Ebene gleichberechtigte und partizipative transnationale Partnerschaften auf- und damit Machtunterschiede zwischen Nord und Süd abbauen, sowie auf makrostruktureller Ebene ressortübergreifend mit Politik und Ökonomie neue professionelle Handlungs- und Spielräume aushandeln (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 19).

Eine transnationale, ermöglichende Soziale Arbeit, die strukturelle Zwänge bzw. Hindernisse berücksichtigt und parallel konkrete Handlungsräume schafft (Vgl. Reutlinger 2008, 246); die die Wechselwirkungen von globalen und lokalen Vorgängen, von makro- und mikrostrukturellen Phänomenen wahrnimmt und reflektiert (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 18); die sich also auf der theoretisch-konzeptionellen Basis von Sozialer Entwicklung, dem Analyseparadigma des Agency-Konzepts und der Ermöglichungsperspektive des Capability Approach neu verortet, würde nicht nur einen weitreichenden epistemologischen Süd-Nord-Transfer darstellen und damit die immer noch anhaltende Hierarchie der Nord-Süd-Beziehungen aufbrechen, sondern auch ein professionell handlungsermächtigendes Selbstverständnis als Soziale Entwicklungszusammenarbeit erlauben (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 18f). Durch eine solche Perspektive würde auch ein bloß materiell bzw. einkommensbezogen verstandener Armutsbegriff überwunden und die erweiterte, möglichkeitsorientierte Definition gemäß der MDGs der UN aufgegriffen werden (Vgl. 2.2.1/ Stockmann 2010, 379).

„Entwicklungszusammenarbeit bedeutet hier die analytische Betrachtung lokaler Prozesse in ihrer globalen Beeinflussung, die Betrachtung globaler Prozesse in ihrer Beeinflussung des Lokalen sowie die Betrachtung transnationaler Prozesse in ihren transnationalen Sozialräumen, die sich global wie lokal manifestieren.“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 18)

2.2.4 Soziale Entwicklung im Nord-Süd-Kontext

Folgendes Zitat von James Midgley verdeutlicht nochmal den Unterschied zwischen den professionellen Selbstverständnissen Sozialer Arbeit im globalen Norden und Süden sowie die Methodik Sozialer Entwicklung: „Social workers in the Global South often contrast with the profession’s conventional engagement with remedial practice and its reliance on psychotherapeutic counseling techniques, and they generally associate social development with small-scale community-based projects. [...] social development practice is largely

community-based and draws on the profession's long experience of mobilizing local people for cooperative endeavor.“ (Midgley 2009b, 16)

Midgley geht jedoch auch von einem zunehmenden professionellen Austausch zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden aus, der, seines Erachtens nach, zu einem tatsächlich kooperativen Dialog führen könnte (Vgl. Midgley 2009b, 12). Er macht diese Überzeugung unter anderem an konkreten Beispielen von internationalem Methoden- und Ideentransfer fest, wie z.B. die im informellen Sektor des globalen Südens, namentlich den Philippinen als Vorreiter, entwickelte technische und finanzielle Förderung von Kleinstunternehmen oder die in Mittel- und Südamerika konzipierten „bedingten Finanztransfers“ („conditional cash transfers“), die staatliche monetäre Hilfen mit Bedingungen wie dem Schulbesuch der Kinder der Familie verknüpfen und positive Ergebnisse gezeigt haben. Beides sind Ansätze Sozialer Entwicklung, die unter anderem in den USA rezipiert und mehr oder weniger erfolgreich adaptiert wurden. Die langfristigen Wirkungen der Maßnahmen dort bleiben abzuwarten (Vgl. Midgley 2009b, 19ff). Dass Soziale Entwicklungsprogramme dem jeweiligen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes bzw. einer Lokalität angepasst werden müssen, in diesem internationalen und nun zunehmend wechselseitigen Austausch jedoch ein großes Potenzial in Bezug auf die Weiterentwicklung sozialer Maßnahmenrepertoires liegt, wird als grundlegende Annahme begriffen (Vgl. Midgley 2009b, 18f/ Noyoo 2000, 454). Die oben dargestellten Überlegungen von Hans Günther Homfeldt und Christian Reutlinger et al., aber auch die Rezeption und Konzeptualisierung der „Sozialarbeit des Südens“ durch Christine Rehklaue und Ronald Lutz, stellen, meines Erachtens, ebenso einen wissenschaftlichen Süd-Nord-Transfer, die Rezeption und Weiterentwicklung des Konzepts Soziale Entwicklung sowie „[...] eine Markierung eines erstmaligen Lernens Sozialer Arbeit westlicher Industriestaaten von der des globalen Südens dar [...]“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 17) Dadurch wird, zumindest in einem ersten Ansatz, die grundlegende Problematik eines bisher nördlich dominierten, einseitigen Entwicklungsdiskurses in Angriff genommen, der „entwickelte“ und „unterentwickelte“ respektive „überlegene“ und „unterlegene“ Länder festlegt und damit inadäquat homogenisierend in Bezug auf letztere wirkt als auch ignorant gegenüber alternativen Entwicklungsvisionen bleibt (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 17). Der Bottom-up-Ansatz Soziale Entwicklung könnte dagegen, durch seine ergebnisoffene, flexible Entwicklungsperspektive und seine „[...] von der lokalen bis zur inter- und transnationalen Praxis [...]“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 17) reichende, multidimensionale Konzeption, nicht nur „[...] das Erkennen Grenzen überschreitender Phänomene in der sozialarbeiterischen

Profession“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 17) sowie die Berücksichtigung sozialer Aspekte im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklung vorantreiben, sondern im Sinne von anerkennendem Empowerment auch eine Diskursbeteiligung aller Akteurinnen jenseits nationalstaatlicher Positionen, Zuschreibungen und Begrenzungen begünstigen (Vgl. Homfeldt/ Schmitt 2011, 17f).

Soziale Arbeit wird dabei als potenziell wichtige Akteurin verstanden, da sie, wie bereits aufgeführt, sowohl theoretisch als auch methodisch große Ähnlichkeiten mit Sozialer Entwicklung aufweist. Zumindest im Rahmen eines proaktiven Professionsverständnisses. Zudem hat neben anderen Professionen vor allem die Soziale Arbeit zentrale Beiträge zur Repertoireerweiterung Sozialer Entwicklungsmaßnahmen geleistet und es liegt nahe, dass bei der Umsetzung der unter 2.1 aufgezählten Kernprogramme insbesondere Sozialarbeiterinnen beteiligt sind (Vgl. Midgley 2009a, 163/ Noyoo 2000, 461). Dennoch „[sollten] [d]ie Prinzipien, Maßnahmen und Programme Sozialer Entwicklung in einem höheren Maß in die allgemeine Praxis Sozialer Arbeit übernommen werden.“ (Midgley 2009a, 169) Denn sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden, hat der Ansatz „social development“ bisher weniger professionellen Anklang gefunden als im Sinne des damit angestrebten Gemeinwohls wünschenswert wäre. Nach wie vor bilden individuelle und familiäre Fallberatung den Kern Sozialer Arbeit, obwohl das Wissen um die strukturellen Bedingungen, besonders in Bezug auf Armut und folglich fehlende Teilhabechancen, die die einzelnen Fälle stets reproduzieren, vorhanden und im Grunde unumstößlich ist (Vgl. Midgley 2009a, 169/ Patel 2009, 54, 57). „Letztlich hat Soziale Arbeit die Verpflichtung, die Bedürfnisse armer und verwundbarer Menschen überall zu befriedigen. Soziale Entwicklung kann der Profession helfen, dieses Ziel zu erreichen.“ (Midgley 2009a, 170) Ein globaler, professioneller Dialog bzw. internationaler Erfahrungs- und Ideenaustausch könnte diesen Vorschlag maßgeblich vorantreiben (Vgl. Midgley 2009b, 23) und eine „[...] transnationale Soziale Arbeit [kann] durch die Orientierung am social development-Ansatz strukturelle Probleme wie die Ungleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in den Blick nehmen und damit ein Gegengewicht zu finanzwirtschaftlicher Dominanz auf der Makroebene darstellen.“ (Homfeldt/ Schmitt 2011, 20)

3 Forschungsprojekt

In den folgenden Abschnitten soll der forschungsmethodische Teil dieser Arbeit durch die Skizzierung der Forschungsfrage und des Untersuchungsdesigns sowie die Erläuterung der

theoretischen Grundlagen aller angewandten Methoden dargelegt werden, um abschließend das konkrete methodische Vorgehen anhand erster Auswertungsergebnisse zu beschreiben.

3.1 Fragestellung und Forschungsdesign

Die grundlegende Thematik dieses Forschungsprojekts bezieht sich auf das international bekannte und relevante Konzept „Soziale Entwicklung“ bzw. „social development“ (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 3), wobei der konkrete Gegenstand der methodischen Untersuchung im weitesten Sinne den Begriff der Entwicklung im Rahmen des institutionellen Kontextes von Internationaler Sozialer Arbeit bzw. Entwicklungszusammenarbeit betrifft.

Daher wurde das im theoretischen Fokus liegende Konzept „Soziale Entwicklung“, auf der Grundlage klassischer Literaturarbeit, in erster Linie auf die generelle theoretische Konzeption und das dabei zugrunde liegende Verständnis von Entwicklung hin betrachtet. Parallel dazu, sollte im praktisch-methodischen Projektteil herausgefunden werden, welche Entwicklungsperspektive eine Auswahl deutschsprachiger Organisationen im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einnehmen, ob und wie der Entwicklungsbegriff dort gehandhabt und in welchen Zusammenhang er gestellt wird bzw. was die Begriffsverwendung über eventuelle ideologische Ausrichtungen oder latente, inhaltliche Bezugsquellen verrät. Es sollte des Weiteren herausgearbeitet werden, welche Konsequenzen sich generell daraus für die entwicklungspolitische und -kooperative Praxis ergeben könnten. Die Ergebnisse sollten dann vor dem erarbeiteten, theoretischen Hintergrund Sozialer Entwicklung besprochen werden. Das maßgebliche Interesse dieses Projekts lag darin, möglicherweise verschiedene Verständnisse von Entwicklung zu untersuchen, aufzuzeigen und miteinander zu vergleichen sowie diese ins Verhältnis zu Sozialer Arbeit zu setzen.

Dies wurde methodisch anhand einer Dokumentenanalyse und einer qualitativen, strukturierend-zusammenfassenden und in diesem Fall diskursanalytisch orientierten Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring umgesetzt. Die hier zugrunde gelegten Dokumente umfassen auf der einen Seite die zum Zeitpunkt des Untersuchungsbeginns jeweils aktuellsten Jahresberichte sowie die Selbstbeschreibungen und Satzungspapiere drei deutscher, entwicklungspolitischer Organisationen, die in Punkt 3.3.1 noch vorgestellt werden. Auf der anderen, der theorie- und literaturbezogenen Seite wurden wissenschaftliche Beiträge einschlägiger Autorinnen im Spektrum Sozialer Entwicklung in Augenschein und als Diskussions- und Vergleichsrahmen für die Ergebnisse der systematischen Textanalysen

genommen. Die entsprechenden theoretischen Ausführungen haben im Theorieteil 2.2 stattgefunden, während die Ergebnisbesprechung und der vorgesehene Vergleich in Teil 4 zu finden ist.

Die konkrete Fragestellung dieses Forschungsprojekts beinhaltet auf dieser Grundlage folgende Teilaspekte: Welches Entwicklungsverständnis verbirgt sich hinter dem Begriff „Soziale Entwicklung“ bzw. „social development“, wie wird im Vergleich dazu Entwicklung im deutschsprachigen Organisationskontext der EZ verstanden und welche Bedeutung können beide Blickwinkel für die Soziale Arbeit haben?

Darüber hinaus besteht jedoch auch ein allgemeines Erkenntnisinteresse daran, Soziale Entwicklung als international etabliertes, aber im deutschsprachigen Raum kaum rezipiertes Konzept (Vgl. Homfeldt/ Reutlinger 2009, 3), näher zu beleuchten und in seinen theoretischen und praktischen Grundzügen zu erfassen. Dies wird von der Annahme getragen, dass eine Auseinandersetzung mit diesem Thema im Hinblick auf die professionelle Ausgestaltung Sozialer Arbeit im deutschsprachigen Raum potenziell erkenntnis- und lehrreich sein könnte, in jedem Fall aber sinnvoll im Sinne eines sprichwörtlichen Blickes über den Tellerrand ist. Diese Annahme fußt unter anderem auf dem von James Midgley vorgeschlagenen, globalen Dialog im internationalen Nord-Süd-Kontext und den Entwürfen einer transnational zu verortenden Sozialen Arbeit nach Hans Günther Homfeldt und Christian Reutlinger et al. (Vgl. Midgley 2009b, 12/ Homfeldt/ Schmitt 2011, 4ff/ Homfeldt/ Schröder/ Schweppe 2008, 7ff/ Reutlinger 2008, 235ff), worauf in den vorhergegangenen, theoretischen Teilen 2.1.4 und 2.2 eingegangen worden ist.

3.2 Methodologie

Im Folgenden sollen die verschiedenen methodischen Zugänge der Dokumenten-, Inhalts- und Diskursanalyse erst theoretisch erläutert werden, um sie dann in ihrer praktischen Umsetzung nachzuzeichnen. Dabei werden sowohl die Samplingentscheidung inklusive einer näheren Beschreibung der gewählten Organisationen als auch die prozesshafte Kategorienbildung, Kodierung und Auswertung des Datenmaterials beleuchtet, damit der Verlauf dieser Projektuntersuchung nachvollziehbar wird.

3.2.1 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse ist im Sinne eines „Untersuchungsplans“ bzw. Forschungsdesigns (Vgl. Mayring 2002, 40) „[...] ein klassisches Feld qualitativ-interpretativer Analyse“

(Mayring 2002, 46), kann jedoch auch als konkrete Forschungsmethode sowohl als Ergänzung zu anderen Untersuchungsverfahren als auch eigenständig durchgeführt werden (Vgl. Flick 2009, 322). Den theoretischen Hintergrund dieser Methode stellt die Ethnomethodologie nach Harold Garfinkel dar, deren Hauptannahmen, kurz gesagt, darin bestehen, dass soziale Wirklichkeit in interaktiven Kommunikationsprozessen von Menschen hergestellt wird, und dass diese Interaktionen strukturiert in einem gewissen Rahmen ablaufen, den sie aber gleichsam selbst konstituieren. Das zentrale Untersuchungsinteresse liegt in diesem Aspekt des kommunikativ hergestellten Rahmens bzw. Kontextes und seiner Bedeutung für die Organisation und Erzeugung sozialer Realität (Vgl. Flick 2009, 86ff, 331).

Dokumente werden dabei als „Mittel der Kommunikation“ (Flick 2009, 324) verstanden, da sie in der Regel zweck- und gebrauchsgeladen von einer bestimmten Person oder Institution und meist für bestimmte Rezipienten angefertigt werden (Vgl. Flick 2009, 324). Als Dokument kann grundsätzlich alles gelten, was Aufschluss über menschliches Denken, Handeln und Fühlen gibt, was demzufolge also gedeutet bzw. interpretiert werden kann. Dies umfasst unter anderem jegliche Art von Schriftstücken und Texten, aber auch Film- und Tonbandaufnahmen oder Gemälde, Skulpturen und andere Kunstobjekte (Vgl. Mayring 2002, 46f). Genauer definiert werden Dokumente zudem als „[...] standardisierte Artefakte, insoweit sie typischerweise in bestimmten Formaten auftreten: als Aktennotizen, Fallberichte, Verträge, Entwürfe, [...], Statistiken, Jahresberichte, [...], Briefe oder Gutachten.“ (Wolff 2000a, 509 in Flick 2009, 322), aber auch als nicht „[...] stabile, statische und vorab definierte Artefakte [...]“, die „[...] in Bezug auf Felder, Rahmen und Netzwerke von Handlungen [...]“ (Prior 2003, 2 in Flick 2009, 323) gesehen und analysiert werden müssen. „Statt sie als „Informationscontainer“ zu nutzen, sollten sie als „methodisch gestaltete Kommunikationszüge“ (S. 511) in der Herstellung von Versionen eines Ereignisses verstanden und analysiert werden.“ (Wolff 2000a, 511 in Flick 2009, 327) In diesem Sinne geht es nicht nur um den Inhalt von Dokumenten, sondern auch um ihre Gestaltung, die Art der Sprache und ganz zentral um die Funktion und Herkunft bzw. den Kontext ihrer Erstellung (Vgl. Flick 2009, 327f). „Sie stellen eine spezifische Version von Realitäten dar, die für bestimmte Zwecke konstruiert wurde.“ (Flick 2009, 327) Dieses Verständnis von Dokumenten wird in der vorliegenden Arbeit, in Anlehnung an den in 2.1.2.1 und 2.1.2.2 beschriebenen Zusammenhang von Kultur, Sprache, Diskurs und Macht, als Grundlage angesehen, auf welcher der Begriff „Entwicklung“ im Rahmen von drei ausgewählten deutschsprachigen Organisationen der EZ untersucht und erschlossen werden soll.

Die für dieses Projekt relevanten Dokumente, die unter 3.3.1 näher beschrieben werden, sind allesamt öffentlich zugänglich und zum größten Teil digital verfügbar. Dies ist insofern relevant, als dass Dokumente auch nach Autorschaft und Zugang unterschieden werden. Sie können daher gemäß ihrer Autorschaft entweder persönlicher oder offizieller Art sein, wobei offizielle Dokumente zusätzlich noch privater oder staatlicher Natur sein können, so ist z.B. eine Geburtsurkunde ein staatliches Dokument in privatem Besitz. Verschieden zugänglich sind sie des Weiteren, da entweder nur bestimmten Berufsgruppen Einsicht gewährt wird, z.B. Juristen oder Ärzten bei Gerichts- oder Krankenakten, oder aber jede interessierte Person sich ihrer annehmen kann, wenn es sich, wie im Falle der projektbezogenen Texte, um veröffentlichte Dokumente handelt (Vgl. Flick 2009, 323f).

Im Rahmen einer Dokumentenanalyse kann des Weiteren wie hier mit bereits vorhandenem Material oder aber mit dafür speziell erstelltem Material gearbeitet werden, wie z.B. vorab aufgetragenen und über ein Jahr gesammelten Tagebucheinträgen von ausgewählten Probanden (Vgl. Flick 2009, 323). Dabei gilt die Dokumentenanalyse als non-reaktives Forschungsverfahren (Vgl. Mayring 2002, 47; Flick 2009, 323), d.h. dass der Messvorgang bzw. die Erhebungssituation und das Verhalten der Forschenden keinen Einfluss auf die Entstehung des Untersuchungsmaterials ausüben, wie es etwa beim Interview als reaktive Erhebungsmethoden der Fall ist (Vgl. Diekmann 2005, 169). Obwohl bei der Dokumentenanalyse also der Einfluss der Forschenden auf die Erstellung des Untersuchungsmaterials ausbleibt, sind die persönliche Haltung und Perspektive, ihre Subjektivität, dennoch relevant und spielen eine umso größere Rolle bei der Auswahl des Datenmaterials. Da wie oben aufgeführt im Grunde alles als Dokument gelten kann, was menschlicher Hand entspringt und in irgendeiner Form festgehalten wird, ist die Materialvielfalt immens und die präzise Zusammenstellung und qualitative Interpretation der ausgewählten Dokumente daher von grundlegender Bedeutung (Vgl. Mayring 2002, 47).

Bei der Auswahl von Dokumenten und der Beurteilung ihrer Eignung für das Forschungsvorhaben nehmen nach Philipp Mayring Quellenkunde und -kritik einen wesentlichen Stellenwert ein, woraus sich überprüfbare Anhaltspunkte für den Erkenntniswert von Dokumenten ergeben. Diese Anhaltspunkte reichen von der Art des Dokuments, seinen äußeren und inneren Merkmalen über die hinter der Erzeugung des Dokuments liegenden Absichten (Intendiertheit) und seine Nähe zum Dokumentationsgegenstand bis hin zur Herkunft des Dokuments (Vgl. Mayring 2002, 47f). In ähnlicher Weise werden für die angemessene Wahl und Einschätzung von Dokumenten in Uwe Flicks Einführungsbuch in die

qualitative Forschung vier Kriterien nach Scott genannt, die ebenso wie Mayrings Ausführungen bei der Materialauswahl für dieses Projekt berücksichtigt wurden. Bei Scott ist es von Bedeutung, ob es sich um (1) Primär-, Sekundär- oder Tertiärquellen handelt, ob die Dokumente (2) genau, fehlerfrei und verlässlich sind, ob sie (3) entsprechend ihres Formats üblich sind, (4) ob sie inhaltlich gut nachvollziehbar sind und welche jeweilige Rolle sie für die Autor- und Leserschaft bzw. für Personen spielen, die eventuell Gegenstand eines Dokuments sind (Vgl. Flick 2009, 325f). Die vier Kriterien werden wie folgt aufgeführt:

1. *„Authentizität. Sind die Inhalte unverfälscht und unzweifelhaften Ursprungs?“*
2. *„Glaubwürdigkeit. Sind die Inhalte frei von Fehlern und Verzerrungen?“*
3. *„Repräsentativität. Sind die Inhalte typisch für das, wofür sie stehen und wenn nicht, ist das Ausmaß bekannt, in dem sie untypisch sind?“*
4. *„Bedeutung. Sind die Inhalte klar und verständlich?“*

(Scott 1990, 6 in Flick 2009, 325)

Bei der Zusammenstellung des Untersuchungsmaterials stellt sich des Weiteren die Frage, ob man „[...] ein repräsentatives Sample aus allen Dokumenten einer bestimmten Art erstellt oder [ob] Dokumente gezielt herangezogen werden [sollen], um einen bestimmten Fall zu rekonstruieren“ (Flick 2009, 326), und es muss darauf geachtet werden, welche Interdependenzen zwischen thematisch gleichartigen oder vergleichbaren Dokumenten bestehen und wie diese bei der analytischen Betrachtung zu berücksichtigen sind (Vgl. Flick 2009, 326). „Sampling-Entscheidungen orientieren sich am gezielten oder theoretischen Sampling“ (Flick 2009, 331), also an einer, wie bei dieser Untersuchung, vorab oder aber während des Forschungsprozesses nach und nach festgelegten Auswahl des Untersuchungsmaterials (Vgl. Flick 2009, 155, 158). Die gezielte Samplingentscheidung, die hier zugrunde liegt, wird unter 3.3.1 näher erläutert.

Zusammenfassend kann die Vorgehensweise bei der Dokumentenanalyse wie folgt beschrieben werden: „Die Dokumentenanalyse muss zunächst ihr Ausgangsmaterial in Bezug auf eine Fragestellung genau definieren, bevor sein Aussagewert eingeschätzt werden kann und sein Gehalt interpretiert und [...] erschlossen werden kann.“ (Mayring 2002, 49) Das Untersuchungsmaterial, das in den weiteren Ausführungen noch erläutert wird, ist dementsprechend gemäß der Fragestellung für geeignet befunden worden. „Als eigenständige Methode genutzt, eröffnen Dokumentenanalysen einen speziellen und manchmal auch begrenzten Zugang zu Erfahrungen und Prozessen.“ (Flick 2009, 331) Um diesen begrenzten

Zugang zu erweitern wird die Dokumentenanalyse um die qualitative Inhaltsanalyse ergänzt, die im folgenden Teil 3.2.2 eingehend erläutert wird.

Schließlich sind Dokumente „[...] für das Verständnis sozialer Realitäten in institutionellen Kontexten aufschlussreich.“ (Flick 2009, 331) Dieser letzte Aspekt begründet im Wesentlichen die methodische Entscheidung für die Dokumentenanalyse in der Annahme, auf diesem Weg, den gebräuchlichen Entwicklungsbegriff in den drei gewählten, deutschsprachigen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit anhand ihrer veröffentlichten Dokumente herausfinden und verstehen zu können sowie in dem Bewusstsein, dass ihr Herstellungs- und Verwendungsrahmen dabei stets besondere Beachtung finden sollte (Vgl. Flick 2009, 331).

3.2.2 Inhaltsanalyse

Als ergänzendes interpretatives Forschungsverfahren wurde für dieses Forschungsprojekt die Inhaltsanalyse gewählt, da es dabei sowohl bei einer quantitativ als auch bei einer qualitativ ausgerichteten Inhaltanalyse um die systematische Reduktion, Verdichtung und Ordnung von Daten nach bestimmten, reflektierten und für angemessen befundenen Gesichtspunkten geht, wodurch ein tieferes Verständnis, aber auch eine strukturierende Darstellung des Datenmaterials erreicht werden kann (Vgl. Schirmer 2009, 265f). Da die ausgewählten Dokumente relativ umfangreich sind (siehe 3.3.1) und es zudem um eher latente Sinnstrukturen geht, wurde diese Methode als angebracht erachtet, um das Textmaterial gemäß eines im weiteren Verlauf noch zu erläuternden Kategoriensystems in Bezug auf „Entwicklung“ zu bearbeiten.

Genauer gesagt, wurde hier als richtungsweisendes Textinterpretationsverfahren die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring in Augenschein genommen, die in großem Maße regelgeleitet und an quantitativen Merkmalen orientiert ist (Vgl. Flick 2009, 476). In Bezug auf das Datenmaterial, das, wie bei der Dokumentenanalyse ebenso vielfältig und schon vorhanden („natürliche Daten“) oder aber extra für die Analyse erhoben worden sein („generierte Daten“) kann (Vgl. Schirmer 2009, 266), besteht dennoch auch eine im qualitativen Sinne verfahrenstechnische Offenheit, denn „[q]ualitative Inhaltsanalyse will Texte systematisch analysieren, indem sie das Material schrittweise mit theoriegeleitet am Material entwickelten Kategoriensystemen bearbeitet.“ (Mayring 2002, 114) Auf diese Weise können folglich im Vorfeld formulierte, theoriegeleitete Hypothesen respektive Kategorien im

Untersuchungsverlauf anhand des Datenmaterials überprüft und verändert, gegebenenfalls auch ersetzt, revidiert oder ergänzt werden (Vgl. Mayring 2010, 59).

Die Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Methode, die allgemein ausgedrückt fixierte, also in irgendeiner Form festgehaltene Kommunikation zum Gegenstand hat, geht über die Analyse bloßer Kommunikationsinhalte hinaus und wirft ihr Augenmerk ebenso und in besonderem Maße auf latente bzw. ideologische Gehalte (Vgl. Mayring 2010, 11f). Kommunikation wird dabei als „Übertragung von Symbolen“ (Vgl. Watzlawick et al. 1969 in Mayring 2010, 12) verstanden, die in der Regel durch Sprache, aber auch durch Musik oder Bilder stattfinden kann (Vgl. Mayring 2010, 12). Das symbolische Kommunikationsmaterial, also die Texte, Fotografien, Gemälde oder Partituren, gilt insofern als fixiert, als dass es dokumentiert bzw. protokolliert und daher greifbar bzw. bearbeitbar ist (Vgl. Mayring 2010, 12). Nicht zuletzt ist die Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring, wie oben schon erwähnt, zwar eine stark regel- und theoriegeleitete, in erster Linie jedoch eine schlussfolgernde Methode, die das Untersuchungsmaterial im Kontext eines Kommunikationsprozesses, bei dieser Untersuchung also im Kontext des Entwicklungsdiskurses, betrachtet und auslegt bzw. interpretiert (Vgl. Mayring 2010, 13). „Da sie dabei nicht nur Inhalte der Kommunikation zum Gegenstand hat, bleibt der Begriff Inhaltsanalyse problematisch; genauer wäre wohl *kategoriengeleitete Textanalyse*.“ (Mayring 2010, 13)

Zudem erhebt die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring den Anspruch, „[dem] Problem der Auswertung [...] komplexeren sprachlichen Materials“ (Mayring 2010, 10) in der sozialwissenschaftlichen, vor allem aber in der theoriebildenden bzw. hermeneutischen Methodik, durch eine systematische, konkrete und intersubjektiv überprüfbare Interpretationsanleitung und die Aufstellung von entsprechenden Regeln zu begegnen, ohne dabei jedoch die Komplexität und sinnhafte Bedeutsamkeit des Untersuchungsmaterials zu vernachlässigen (Vgl. Mayring 2010, 9f). Insofern speisen sich die Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, in denen sie angewandt wird, und umfassen unter anderem quantitative Aspekte aus der Kommunikationswissenschaft, insbesondere das Kategoriensystem als Analysekernel, formale und semantische Sprachaspekte aus der Literaturwissenschaft, z.B. die Betrachtung von Syntax oder Wortbedeutungen, und qualitative Aspekte aus der Hermeneutik, vor allem die tiefgehende, verstehende Auslegung von verborgenen Sinnstrukturen (Vgl. Mayring 2010, 26ff). Des Weiteren wird die sogenannte Psychologie der Textverarbeitung zugrunde gelegt, wonach der Prozess eines Textverständnisses als Interaktion zwischen Leserin und Text, „[...]

als eine aktive Konstruktion von Bedeutungsstrukturen durch den Leser“ (Mayring 2010, 43) begriffen wird, worin die lesende Person das Textmaterial durch ihre Vorkenntnisse und Interessen selektiv organisiert, ergänzt, reduziert, verallgemeinert und letztlich zusammenfasst (Vgl. Mayring 2010, 43ff). Doch auch das interpretative Paradigma im Bereich der qualitativen Sozialforschung, vor allem der Soziologie, ist für die qualitative Inhaltsanalyse von Bedeutung und es wird auf die theoretischen Grundlagen des symbolischen Interaktionismus, der Ethnomethodologie und der Feldforschung verwiesen (Vgl. Mayring 2010, 32f). Ohne nun auf die jeweils theoretischen Einzelheiten einzugehen, besteht demnach zusammenfassend ein „Interesse an der Analyse von Deutung, Wahrnehmungen und komplexen Deutungssystemen“ (Hopf 1979, 18 in Mayring 2010, 33) sowie „von in sich strukturierten sozialen Gebilden und [...] Handlungskontexte[n] von Individuen“ (Ebd.), sodass in methodischer Hinsicht neben beobachtenden und interviewenden Verfahren, auch die Analyse von Dokumenten von hoher Relevanz ist (Vgl. Hopf 1979, 14f in Mayring 2010, 33). Zu ergänzen ist hierbei, dass die Forscherin die Herstellungsbedingungen eines Dokuments nur anhand von einer diesbezüglich erklärenden Theorie in Bezug auf die soziale Perspektive und Struktur der Verfasser einschätzen kann, wobei dennoch sprachliche Besonderheiten und latente Begriffsassoziationen des Verfassermilieus auch ohne theoretisches Vorwissen bestimmt werden müssen. Es geht also sowohl um eine fremdverstehende Perspektivübernahme als auch um ein am Alltagswissen orientiertes Verstehen. Schließlich ist die Tatsache zu beachten, dass keine Interpretation eines Dokuments endgültig ist, da sich durch die Fortführung von Überlegungen oder das Hinzuziehen neuer Informationen stets weitere Deutungsoptionen ergeben und somit eine Re-Interpretation möglich wird (Vgl. Mayring 2010, 34, 38).

Dabei besteht die anfangs genannte Systematik, die Reduktion und Verdichtung von Daten, sowohl im regelhaften Analyseablauf, der weiter unten noch näher beschrieben wird, als auch in der theorie- bzw. hypothesengeleiteten Interpretation des Materials (Vgl. Mayring 2010, 13). Darüber hinaus zeichnet sich die inhaltsanalytische Systematik durch das qualitative Kodieren aus, also dadurch, dass das Material nach Themen geordnet wird und diese Themen mit Codes versehen werden, was der Erstellung bzw. Verwendung von thematischen Kategorien gleichkommt (Vgl. Schirmer 2009, 105, 107). Unter qualitativem Kodieren, bei dem im Gegensatz zum quantitativen Kodieren die Originaltexte erhalten bleiben und dessen Techniken sich überwiegend auf die Vorlagen der grounded theory beziehen (Vgl. Schirmer 2009, 106f), ist jener Abstraktionsprozess zu verstehen, bei dem die vorliegenden Daten „[...] aufgebrochen, konzeptualisiert und auf neue Art zusammengesetzt werden. [...]“ (Strauss &

Corbin 1990/1996, 39 in Flick 2009, 388) Zudem steht in diesem Forschungsprojekt neben dem themenbezogenen Kodieren, welches materialimmanente Themen aufgreift und sortiert, das sogenannte analytische Kodieren als ausdrückliches Interpretationsinstrument im Vordergrund, da es im Sinne einer qualitativen Analyse „[...] die Herstellung von Kontext und die Reflexion von Bedeutungen [...]“ (Schirmer 2009, 107) in Bezug auf die Inhalte des Materials erlaubt (Vgl. Schirmer 2009, 107) und daher eine wichtige Rolle für die diskursanalytische Orientierung dieser Untersuchung spielt, worauf im folgenden Punkt 3.2.3 weiter eingegangen wird.

„Die Inhaltsanalyse ist eine Methode, die die Kombination quantitativer und qualitativer Techniken ermöglicht und nahelegt.“ (Schirmer 2009, 266) In diesem Sinne kann im Umgang mit dem Material und im Zuge der Kategorienentwicklung nach eher reduktiven, quantitativen Aspekten deduktiv vorgegangen werden, also so, dass das Datenmaterial in vorab theoretisch und hypothetisch festgelegte Kategorien eingeordnet wird, es kann aber auch nach eher hermeneutischen, qualitativen Aspekten induktiv verfahren werden, indem Kategorien im Untersuchungsprozess aus dem Datenmaterial heraus aufgestellt werden (Vgl. Schirmer 2009, 266). Unter Deduktion wird dabei verstanden, dass vom Allgemeinen, von der Theorie, auf das Besondere, auf den tatsächlichen Einzelfall, geschlossen wird, während man umgekehrt bei der Induktion vom Besonderen, vom konkret untersuchten, sozialen Geschehen, auf das Allgemeine, die Theorie schließt (Vgl. Schirmer 2009, 164f). Bei einem iterativen Vorgehen können jedoch auch deduktive und induktive Schlussfolgerungsformen kombiniert bzw. abgewechselt werden, um den jeweiligen methodischen Handlungsspielraum zu erweitern, und auf diese Weise sowohl eine strukturierende Auswertung durch quantitative Verfahrenstechniken als auch eine den Datenkontext in seiner Gesamtheit berücksichtigende, qualitative Perspektive zu erreichen (Vgl. Schirmer 2009, 164f, 266). Denn „[b]ei einer [rein] quantitativ ausgerichteten Analyse geht [im Gegensatz zur qualitativen Vorgehensweise] der Gesamtzusammenhang der Daten verloren.“ (Schirmer 2009, 267)

Im Falle der methodischen Kombination, die auch für die vorliegende Untersuchung in Anspruch genommen wurde, ist also ebenso eine zusammenfassende, systematische wie eine vertiefende, interpretative Beleuchtung der ausgewählten Dokumente möglich und es werden im Zuge des iterativen Verfahrens sowohl vorab formulierte als auch aus dem Material selbst stammende Themenfelder berücksichtigt. Man geht also in allen Forschungsphasen sowohl deduktiv als auch induktiv vor und hat auf diesem Wege unter anderem den oben schon genannten Vorteil, dass hypothetisch aufgestellte Kategorien im Zuge der Materialanalyse

revidiert, darüber hinaus jedoch auch neue, nicht bedachte Kategorien erschlossen werden können (Vgl. Schirmer 2009, 267).

In dieser inhaltsanalytischen Kombinationsmöglichkeit von qualitativen mit quantitativen Forschungsaspekten liegt auch die anfangs erwähnte Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring begründet, die ebendiesen, meiner Meinung nach, bereichernden Methodenmix mitbringt (Vgl. Mayring 2010, 48). Darüber hinaus unterteilt Mayring das Analyseverfahren gemäß der bereits genannten methodischen Regelgeleitetheit anhand eines allgemeinen Ablaufmodells in die folgenden neun Schritte:

1. Festlegung des Materials: Was und wie viel davon wird untersucht?
2. Analyse der Entstehungssituation des Materials: Woher, von wem, für wen ist es?
3. Formale Charakterisierung des Materials: Wie/ Welcher Art ist es?
4. Festlegung der Analyserichtung: Worauf liegt der Interpretationsfokus?
5. Theoretische Differenzierung der Fragestellung: Was ist die präzise, wissenschaftlich bzw. theoretisch fundierte Fragestellung?
6. Festlegung der passenden Analysetechnik/en, des konkreten Ablaufmodells und des Kategoriensystems: Welche/s Analyseverfahren (Zusammenfassung, Explikation, Strukturierung), konkreter Ablauf gemäß Fragestellung und Material, Auswertungskategorien?
7. Definition der Analyseeinheiten: Welche Materialausschnitte werden analysiert? („Kodiereinheiten“ dabei als kleinste, „Kontexteinheiten“ als größte auszuwertende Materialbestandteile).
8. Durchführung der Materialanalyse anhand des Kategoriensystems sowie Rücküberprüfung desselbigen an Theorie und Material: Anwendung der in Schritt 6 festgelegten Analysetechnik/en.
9. Zusammenstellung und Interpretation der Ergebnisse in Richtung der Fragestellung (Vgl. Mayring 2010, 52ff).

Diese etwas rigide erscheinende Schrittabfolge, die sich zum Teil mit der in Punkt 3.1 dargestellten, dokumentenanalytischen Vorgehensweise deckt, wurde für die Projektuntersuchung zwar als Orientierungshilfe, jedoch nicht als starre Vorlage genommen. Die in Schritt 6 genannten Analysetechniken, die im Sinne von interpretativen Auswertungsinstrumenten unabhängig voneinander angewendet werden können (Vgl. Mayring 2010, 65), werden unter Punkt 3.3.3 näher beschrieben.

3.2.3 Diskursanalytische Orientierung

„Diskurse sind bedeutungstragende Praktiken und Äußerungen, die Wirklichkeit hervorbringen [...]“ (Schirmer 2009, 152)

Da es in diesem Forschungsprojekt, neben der Aufarbeitung und Einordnung des Begriffs der Sozialen Entwicklung, seiner Herkunft und Bedeutung, vor allem darum gehen soll, entwicklungspolitische Kodizes in deutschsprachigen Organisations- bzw. Institutionskontexten der Entwicklungszusammenarbeit herauszufiltern, um diese beiden Analyseschritte im Anschluss miteinander zu verbinden, wurde bei der Interpretation bzw. Auswertung der ausgewählten Dokumente eine übergeordnete, diskursanalytische Perspektive eingenommen. Dies wurde deshalb in Betracht gezogen, weil mit einer diskursanalytischen Betrachtungsweise insbesondere die inhaltlichen Gewichtungen und die soziale Organisation von Themen in ausgewähltem Datenmaterial Beachtung finden (Vgl. Flick 2009, 428).

Die zentrale Theoriegrundlage der Diskursanalyse bildet der soziale Konstruktivismus (Vgl. Flick 2009, 430), wonach allgemein gesprochen „[...] die Wahrnehmung und Herstellung subjektiver und sozialer Wirklichkeiten [...] von kulturellen Sinnsystemen [gerahmt wird].“ (Flick 2009, 90) Es geht hierbei besonders um verdeckte und offenkundige, handlungsleitende Normen oder Prinzipien, die sich aus in der Regel unmerklichen, verborgenen Kultur- und Deutungsmustern ergeben (Vgl. Flick 2009, 90f). Dies knüpft an die Ausführungen in den Theorieteil 2.1.2.1 und 2.1.2.2 an und untermauert bereits die Entscheidung für diese übergeordnete Untersuchungsperspektive, da davon ausgegangen werden kann, dass Entwicklung je nach kulturellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen unterschiedlich aufgefasst wird und sich das in einer entsprechenden Praxis zeigt.

Methodisch hat die Diskursanalyse ihre Wurzeln unter anderem in der Konversationsanalyse (Vgl. Flick 2009, 428), die wiederum auch als eine mögliche Ausrichtung von Dokumentenanalysen herangezogen werden kann, sofern Dokumente als institutionelle Kommunikationsmittel und damit als „schriftlich vermittelte Interaktionen“ angesehen werden (Vgl. Wolff 2005, 508). Im Übrigen werden bei Stephan Wolff mit einem Verweis auf die schnelle theoretische und methodische Annäherung von Diskurs- und Konversationsanalyse ebendiese Begriffe sozusagen synonym verwendet (Vgl. Wolff 2005, 508, 513). Die Konversationsanalyse, die wie die Dokumentenanalyse auch auf dem ethnomethodologischen Theorieansatz basiert, umfasst jedoch vor allem die „formale Analyse von Alltags- und institutionellen Gesprächen“ (Flick 2009, 477), während die Diskursanalyse

ihr Augenmerk eher auf den Inhalt legt (Vgl. Flick 2009, 477), was für diese Untersuchung von besonderem Interesse war.

Insofern wurde diese kritische Auswertungsrichtung in der Dokumenten- und Inhaltsanalyse als nützlich und erkenntnisfördernd erachtet, weil es darum gehen sollte, zuerst die Herkunft und Bedeutung des Begriffs Soziale Entwicklung anhand von klassischer Literaturarbeit zu beleuchten und anschließend im forschungspraktischen Teil herauszufinden, in welchem Zusammenhang der Entwicklungsbegriff in deutschsprachigen Organisationskontexten steht und benutzt wird, was diese Begriffsverwendung über eventuell latente, ideologisch gefärbte Wissensbestände aussagt und welche Konsequenzen dies für die politische Praxis der Organisationen hat. „Die Analyse richtet sich auf den Kontext, die Variabilität und Konstruktionen im Text und schließlich auf die interpretativen Repertoires, die im Text verwendet werden.“ (Flick 2009, 429)

In diesem Zusammenhang ist auch das in Punkt 3.2.2 beschriebene analytische Kodieren relevant, da es, wie schon erwähnt, einen reflexiveren und kontextsensibleren Zugang zum Material ermöglicht (Vgl. Schirmer 2009, 107), wodurch in Kombination mit dem diskursanalytischen Blick insbesondere die inhaltlichen Gewichtungen und die soziale Organisation von Themen in ausgewähltem Datenmaterial Beachtung finden (Vgl. Flick 2009, 428).

Es ist an dieser Stelle jedoch darauf hinzuweisen, dass bei der vorliegenden Untersuchung keine Diskursanalyse im forschungsmethodischen Sinne durchgeführt wird, da die in der Literatur vorliegenden methodischen Anleitungen oder Modelle der Diskursanalyse vorwiegend ungenau sind und nicht expliziert werden (Vgl. Flick 2009, 431). Insofern wurde diese Forschungsmethode im Zuge eingehender Literatur- und Methodenrecherche, eines kurzen, thematischen Einführungsseminars zum Thema und nach Absprache mit den projektbegleitenden Lehrenden Prof. Dr. Ronald Lutz und Dr. Christine Rehlau als theoretisch zu voraussetzungsvoll, verfahrenstechnisch zu komplex und zeitökonomisch nicht umsetzbar, insofern also als ungeeignet für diese Untersuchung befunden. Nichtsdestotrotz sind die Idee und die Absicht einer diskursanalytischen respektive kritischen Betrachtungsweise des Untersuchungsmaterials insofern bestehen geblieben, als dadurch „[...] Themen wie Kritik, Ideologie und Macht stärker [ins] Zentrum [...]“ (Flick 2009, 430) gerückt und „[...] Texte als Elemente eines überindividuellen sozio-historischen Diskurses begriffen werden.“ (Keller 2004, 33)

3.3 Methodisches Vorgehen

Im den nun folgenden Abschnitten sollen anhand weiterer methodentheoretischer Ausführungen und exemplarischer Beispiele die praktisch umgesetzten Methodenschritte erörtert werden. Es wird mit der Darstellung des Samplings und einer näheren Beschreibung der ausgewählten Organisationen begonnen, um dann die Erstellung der Kategorien sowie den Kodierungs- und Auswertungsprozess zu erläutern. Hierbei erfolgt, besonders in den Profilbeschreibungen, schon eine erste interpretative Auswertung des Materials.

3.3.1 Sampling und Organisationsprofile

Das gezielte Sampling, also die vorab festgelegte Materialauswahl umfasst im theoretischen, auf Soziale Entwicklung bezogenen Literaturteil insbesondere wissenschaftliche Aufsätze der diesbezüglich einschlägigen Autorinnen Leila Patel, James Midgley und Ndangwa Noyoo (Vgl. Quellenverzeichnis), die hierfür eingehend studiert und im Theorieteil 2.2 erläutert worden sind, wobei dies hier nicht als Sampling im forschungsmethodischen Verständnis gilt. Das dementsprechende, ebenfalls gezielte Sampling im praktisch-methodischen Analyseteil des Forschungsprojekts, also „die systematische Auswahl von Untersuchungseinheiten“ (Schirmer 2009, 108) im Vorfeld der Untersuchung, umfasst insgesamt 11 Dokumente unterschiedlicher Seitenanzahl in Form von Theorie- und Satzungspapieren, Profil- bzw. Selbstbeschreibungen und Jahres- bzw. Unternehmensberichten der entwicklungspolitischen Organisationen AWO International (AWO), Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (BfdW-EED) und Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (Vgl. zur Übersicht Anhang III). Dabei werden diese Textquellen aufgrund ihres auf der Profilebene selbstreflexiven und auf der Berichtsebene berichterstattenden Charakters als potenziell aussagekräftig und untersuchungswürdig angesehen. Die umfangreichsten Dokumente sind dabei die Jahresberichte, die im Falle der AWO International 36 Seiten, bei BfdW-EED 80 und bei der GIZ, die ihren Bericht nicht Jahres-, sondern Unternehmensbericht nennt, 68 Seiten umfassen. Bei den beiden letzt genannten stammen die Berichte aus dem Jahr 2012, während der Bericht der AWO noch von 2011 ist, zum Zeitpunkt des Untersuchungsbeginns im Herbst 2013 jedoch die aktuellste verfügbare Version dargestellt hat. Die spezifische Organisationsauswahl wird im Sinne einer maximalen Kontrastierung (Vgl. Schirmer 2009, 96) mit der unterschiedlichen Größe, Ausrichtung und Reichweite der genannten Organisationen begründet. Die in den Unterpunkten 3.3.1.1 bis 3.3.1.3 folgenden Kurzbeschreibungen der drei Organisationen sollen dies veranschaulichen.

Es handelt sich bei diesem Sampling um drei sehr verschiedene Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit: eine kleine säkulare (AWO), eine mittelgroße christliche (BfdW-EED) und eine sehr große staatliche (GIZ). Dass diese Auswahl mehr als kontrastreich, eventuell gewagt sein könnte, wurde im Vorfeld reflektiert und mit der Projektleitung besprochen. Da es jedoch nicht um die Vergleichbarkeit der Organisationen an sich geht, sondern um die Frage nach ihrem Entwicklungsverständnis im Vergleich zum Entwicklungsblick im Konzept der Sozialen Entwicklung, es also um ein übergeordnetes, eher abstraktes Thema geht, nämlich dem gebräuchlichen, aber diffusen Begriff der Entwicklung, wurde das sehr gegensätzliche Sampling und die darauf basierende Untersuchung als durchaus umsetzbar und potenziell erkenntnisbringend für die in Punkt 3.1 dargelegte Fragestellung angesehen. Auf dieser Grundlage kann die Einordnung und Einschätzung eventuell handlungsleitender Entwicklungsvorstellungen und -annahmen erfolgen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit untrennbar von den jeweiligen Organisationsausprägungen sind, jedoch alle im Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stehen und insofern in ihrem hier relevanten, schriftlichen Ausdruck in Form der genannten Dokumente auch als interdependent zu betrachten sind (Vgl. 3.2.1).

Darüber hinaus sollte der durchaus gewollte Kontrast auch in Bezug darauf gesehen werden, dass die in diesem Bericht genannten und zitierten Autorinnen der Sozialen Entwicklung und das Konzept selbst vornehmlich aus dem globalen Süden stammen, während die genannten, deutschsprachigen EZ-Organisationen im globalen Norden zu verorten sind. Dass dabei zwei verschiedene, eventuell diametral entgegengesetzte Entwicklungsperspektiven für die vorliegende Untersuchung herangezogen wurden, ist ebenfalls im Vorfeld reflektiert, mit der Projektleitung diskutiert und letztlich als möglicherweise erkenntnisfördernd eingestuft worden.

In diesem Sinne wurden die ausgewählten Satzungs-, Theorie-, Profil- und Berichtstexte gemäß den, in Punkt 3.2.1 beschriebenen, ersten drei Kriterien nach Scott als verlässliche, formatgerechte und authentische Primärquellen qualifiziert, deren Inhalte gemäß dem vierten Kriterium klar und verständlich sind und von denen angenommen wird, dass sie der Erforschung der Fragestellung dienlich sind. Welche Bedeutung sie für die Autor- und Leserschaft bzw. für inhaltlich erwähnte Personen haben, ist schwer zu beantworten, da hier im Grunde nur Vermutungen angestellt werden können. Darauf soll zum Teil bei der nun folgenden Profilbeschreibung, jedoch besonders in den Punkten 3.3.2 und 3.3.3 eingegangen werden. Zunächst sollen die genannten Organisationen kurz vorgestellt und ihr

Selbstverständnis anhand der bearbeiteten Dokumente, vor allem der Profiltex-te, dargelegt werden¹⁰. Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Organisationen und entsprechend sehr verschieden umfangreicher Dokumente, fallen auch die Profilanalysen unterschiedlich lang aus. Dennoch wurden dabei äquivalente Ausmaße angestrebt.

3.3.1.1 AWO International

AWO International e.V. stellt als Fachverband des Wohlfahrtsverbands Arbeiterwohlfahrt für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe eine säkulare und vergleichsweise junge sowie kleine EZ-Organisation dar, die, seit ihrer Gründung 1998, mit acht Mitarbeitenden von Berlin aus, internationale Projekte (28 im Jahr 2012) organisiert sowie entwicklungspolitische Bildungs- und Beratungsarbeit durchführt, dabei mit aktuell 20 Partnerorganisationen zusammenarbeitet und überdies drei Regionalbüros in Nepal, Guatemala und Indonesien betreut (Vgl. AWO International Jahresbericht 2012, 1, 24/ AWO International „Über uns“).

Historisch ist der Wohlfahrtsverband 1919 als "Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD“ und Teil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Angesicht der frisch etablierten, ersten deutschen Demokratie, namentlich der Weimarer Republik, aber auch im Angesicht weit verbreiteter, existentieller Armut als Folge des gerade beendeten ersten Weltkrieges gegründet worden. Sie hatte einen starken sozialpolitischen und rechtlichen sowie einen ausgeprägten Not- und Selbsthilfefokus, was sich z.B. in der Organisation von Beratungsstellen, Werkstätten oder Essensausgaben ausdrückte (Vgl. Scheffler 2014). Dieser Fokus ist heute noch aktuell, was mit einem Blick in das Grundsatzprogramm der AWO belegt werden kann. Dort heißt es unter anderem:

„[...] [A]ufgrund ihrer geschichtlichen Wurzeln als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft [orientiert sich die AWO] am freiheitlich-demokratischen Sozialismus, am Grundgesetz und an den allgemeinen Menschenrechten als Grundprinzipien einer humanen Gesellschaft. Daraus leitet sie ihre Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ab.“ (AWO Bundesverband e.V. Grundsatzprogramm 1999/ 2005, 13)

¹⁰ Zitate und Verweise, die sich auf die Organisationstexte beziehen, werden wie folgt abgekürzt: AWO International (AWO) Jahresbericht 2011 = AWO JB 2011, AWO International Profiltex-te und Satzung = AWO Profil und AWO Satzung/ Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (BfdW-EED) Jahresbericht 2012 = BfdW JB 2012, BfdW-EED Profiltex-t online, Profiltex-t JB und EWDE-Satzung = BfdW Profil, BfdW JB und EWDE Satzung/ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Unternehmensbericht 2012 = GIZ UB 2012, GIZ Profiltex-te „Profil“, „Identität“ und „Orientierung zu den Menschenrechten“ = GIZ Profil und GIZ MR.

Diese Werteausrichtung und Ursprungsgeschichte spiegelt sich auch im Selbstverständnis des Fachverbandes AWO International wider. Die untersuchten Profiltex-te, die die zwei kurzen, für die Bearbeitung zu einem Dokument unter dem Titel „Profil“ zusammengefü-gten, Dokumente „Über uns“ und „Arbeitsfelder“ sowie die Vereinssatzung der AWO umfassen (Vgl. Angang III), zeigen eine starke Gewichtung der politisch-rechtlichen, anwaltschaftlichen Lobbyarbeit, der bewusstseinsbildenden Öffentlichkeits- bzw. Aufklärungsarbeit und der lokal, gemeinwesen- und partnerschaftsorientierten Vernetzungs- und Projektarbeit, die zudem besonders auf Not- und Selbsthilfe ausgerichtet ist (Vgl. AWO Profil, 1f/ AWO Satzung, 1). Der Profiltext „Über uns“ trägt dementsprechend den zusammenfassenden Titel: „*Armut bekämpfen - Strukturen aufbauen - bei Katastrophen helfen*“ (Vgl. AWO Profil, 1f) Interessanterweise finden das Grundgesetz und die Menschenrechte in keinem der ausgewählten Profildokumente eine Erwähnung (Vgl. AWO Profil, 1ff/ AWO Satzung, 1ff). Auch im Jahresbericht werden Grundgesetz und Menschenrechte nicht explizit genannt, es finden sich jedoch in der Projektübersicht für 2011 insgesamt neun Projekte, die unter anderem eine menschenrechtliche Ausrichtung aufweisen (Vgl. AWO JB 2011, 28f). Des Weiteren ergibt sich aus dem Jahresbericht ein den oben aufgeführten Grundsätzen des Wohlfahrtsverbandes entsprechendes Selbstbild dieser Organisation, das in ideologischer Hinsicht ganz zentral auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit aufbaut und insofern einen starken politischen Charakter aufweist (Vgl. AWO JB 2011, 4). So wird auf der Argumentationsgrundlage von weltweit ungleichen Macht- und Kapitalverhältnissen zugunsten des Nordens/ Westens, aber auch anhand einer identifizierenden Darstellung („*hier wie dort*“) der Zunahme von Ungleichheit zwischen Arm und Reich, von „*erdrückende[n] Probleme[n]*“, ein Plädoyer für Solidarität und soziale Gerechtigkeit sowie für das politische Engagement der „*einfachen Leute*“ gehalten (Vgl. AWO JB 2011, 3f). Gleichzeitig ist zum Teil aber auch eine inhaltlich und sprachlich undifferenzierte und wertende Darstellung des globalen Südens bemerkbar, z.B., wenn es da heißt: „*Für rund zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern [...] bedeutet das wachsende Not, Krankheit und oft frühzeitiger Tod.*“ (AWO JB 2011, 3) Der Begriff „*Entwicklungsländer*“, der an sich schon fragwürdig ist, weil darin die defizitäre Zuschreibung „*unterentwickelt*“ (Vgl. 2.1.2.2) enthalten ist, und die zusätzliche Verwendung der Begriffe „*Not, Krankheit, Tod*“, die eine Art passiven Opferstatus bezeichnen, tragen zu einer verkürzten und negativ wertenden Sicht auf den globalen Süden bei. Auf diesen Punkt der undifferenzierten Zuschreibungen wird unter 4.1.1 nochmal näher eingegangen.

Des Weiteren wird im Sinne einer sehr überhöhten Selbstlegitimation eine vermeintliche Unentbehrlichkeit von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vermittelt, bei der außerdem, am Beispiel der Humanitären Hilfe für Somalia, die gefährliche Seite von EZ hervorgehoben wird: *„Dennoch macht Hilfe einen Sinn, wenn die Menschen, um die es geht, nicht in Elend und Hoffnungslosigkeit versinken sollen. Ja, sie ist dringlicher denn je! [...] trotz der Sicherheitsrisiken [...] erfolgreich tätig sein [...].“* (AWO JB 2011, 21) Das hier hergestellte Bild einer riskanten und daher fast schon mutigen, aber vor allem einer notwendigen EZ, ohne die alle Hoffnung verloren wäre, enthält ebenfalls die negativen Zuschreibungen der Passivität und opferhaften Ohnmacht des globalen Südens, dem geholfen werden muss, und spiegelt, meines Erachtens, eine illegitime Selbstüberhebung wider. Die Humanitäre Hilfe für Somalia wird in diesem Textabschnitt als unumgänglich erachtet. Obwohl die erfolgreiche Arbeit einer einheimischen NGO durchaus dargelegt wird, erscheint die *„internationale Aufbauhilfe“* (AWO JB 2012, 21) unabdingbar, um die dortigen *„Defizite, die sich hierzulande kaum jemand vorzustellen vermag“* (Ebd.) abzubauen (Vgl. AWO JB 2012, 21).

Zusammenfassend ist die lokale, netzwerkpolitische Partnerschaftsorientierung im Rahmen der Projektarbeit jedoch das wesentlichste Profilvermerkmal von AWO International, während, neben den Menschenrechten, auch die Themen der Gendergerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit kaum erwähnt oder expliziert werden (Vgl. AWO JB 2011).

3.3.1.2 BfdW-EED

Die Aktion Brot für die Welt, ursprünglich 1959 von den Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) im Rahmen einer ökumenischen Spendenaktion gegründet (Vgl. Nuscheler 1996, 506), seit 2012 allerdings mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) der EKD fusioniert und nun unter dem Namen *„Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst“* (BfdW-EED) als Entwicklungs- bzw. Hilfswerk des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e.V. (EWDE) tätig, ist, im Vergleich zu AWO International, mit 367 Mitarbeitenden und 1.379 Projekten (2012) in über 90 Ländern weltweit, schon als größere und etabliertere EZ-Organisation einzuordnen, die insbesondere nach christlichen Werten agiert (Vgl. BfdW Jahresbericht 2012, 3, 14, 68, 74/ BfdW *„Über uns“*).

Die christliche Wertegrundlage wird in den Profiltextrn, die sich aus der Satzung des EWDE und den Selbstbeschreibungen auf der Homepage (*„Über uns“*) und im Jahresbericht 2012 (*„Organisation“*, 66ff) zusammensetzen, sehr deutlich. So versteht sich BfdW-EED als *„Teil*

der weltweiten Christenheit“ (BfdW Profil, 1) und begründet die eigene Arbeit mit dem Glauben an Gott, der Hoffnung auf eine gerechte Welt nach seinem Willen und der Nächstenliebe zum „*entrechteten und armen Nächsten*“ (Vgl. BfdW Profil, 1). Gemäß der Satzung des EWDE hat die Kirche den biblischen Auftrag, Gottes Liebe, die sich in Gestalt von Jesus Christus bestätigt zeige, theoretisch und praktisch zu verbreiten und somit in Form ihrer exekutiven Organe, also auch durch den BfdW-EED, das Evangelium zu verkünden, der Gesellschaft zu dienen und eine missionarische „*Weltverantwortung*“ wahrzunehmen (Vgl. EWDE Satzung, Präambel, 1). Die handlungsleitenden Ziele sind dabei, allen leidenden Menschen „*beizustehen*“, strukturelle Ursachen für Leid zu bekämpfen, ökumenisch und vernetzt zu agieren sowie „*Hoffnung auf das Heil, das in Jesus Christus allen Menschen verheißen ist*“ zu geben (Vgl. EWDE Satzung, Präambel, 1). Hier tritt, meines Erachtens nach, bereits deutlich ein fast schon anmaßender, universeller Geltungsanspruch zu Tage, der im weiteren Verlauf der Profiltexte durch die ideologische Dimension der Menschenrechte ergänzt und verstärkt wird. Das EWDE als Werk der evangelischen Kirche erfüllt seine „*diakonische[n] und volksmissionarische[n]*“ (EWDE Satzung, §5, Abs. 3, 3) Vereinsaufgaben sowie die Aufgaben der Humanitären Hilfe und des Entwicklungsdienstes unter anderem durch sein Werk BfdW-EED (Vgl. EWDE Satzung, §5, 3). Dabei richtet sich das Unterstützungsrepertoire von BfdW-EED in Form von finanzieller, personeller und fachlicher Hilfe, Katastrophen- und Notfallhilfe sowie eines Stipendienprogramms in erster Linie an ebenfalls christlich-menschenrechtlich orientierte und engagierte Institutionen oder Organisationen (Vgl. EWDE Satzung, §7, Abs. 2, 5). In enger Kooperation mit „*lokalen, oft kirchlichen Partnerorganisationen*“ (BfdW Profil, 1) wird dabei der Fokus auf Hilfe zur Selbsthilfe und die Bereiche Ernährungssicherung, Gesundheit, Bildung, Menschenrechte und Umweltschutz bzw. „*Bewahrung der Schöpfung*“ gelegt (Vgl. BfdW Profil, 1). Während der Arbeitsmittelpunkt in der Projektförderung in „*den Ländern des Südens*“ (BfdW Profil, 1) liegt, wird im Norden zum Zwecke der Prävention und strukturellen Veränderung in Kirche, Gesellschaft und Politik darüber hinaus bewusstseinsbildende, kritische Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit „*im Sinne der Armen [...] [und] einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise*“ (BfdW Profil, 1) geleistet (Vgl. EWDE Satzung, §7, Abs. 3, 5/ Vgl. BfdW Profil, 1).

Des Weiteren wird in einem Interview mit dem Leiter des Stabsreferates „*Grundsatz, Dialog und Theologie*“ von BfdW-EED die Gleichwertigkeit von Menschenrechtscharta und Bibel für das Selbstverständnis der Organisation BfdW-EED betont, wobei die „*Solidarität mit den Armen*“ (BfdW JB 2012, 67) sowohl mit der biblischen Verkündigung eines guten Lebens als

auch mit der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte begründet wird (Vgl. BfdW JB 2012, 67). Es wird in diesem Interview ein handlungsleitender Wertekatalog angeführt, der „*Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit*“ (BfdW JB 2012, 67) umfasst, wobei Barmherzigkeit hier als eine der wichtigsten Eigenschaften Gottes beschrieben wird, die im Grunde genommen im Mitgefühl wurzelt (Vgl. BfdW JB 2012, 67). Allerdings lautet die Erläuterung zu diesem Begriff im Text wie folgt: „*Es meint, sich leidenschaftlich vom Leiden anderer Menschen berühren zu lassen, ihre Schreie zu erhören und Erbarmen zu zeigen.*“ (BfdW JB 2012, 67) Diese Ausdrucksweise hat, meines Erachtens, eine melodramatische Konnotation, worin der Akt des Helfens jenseits der Anteilnahme etwas nahezu Gnädiges aufweist, was, meiner Meinung nach, einer paternalistischen Selbstüberhebung gleichkommt und den sogenannten „*Armen*“ (Ebd.), die zudem mit dieser Wortwahl als relativ undifferenzierbare Gruppe gehandhabt werden, eine passive Opferrolle aufdrängt. Dies wird im weiteren Verlauf der Aussage nochmal deutlicher: „*Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass den Schwächsten geholfen wird*“ (Ebd.), wobei zum Schluss doch eine emanzipative Komponente auftaucht, indem von Befähigung, Rechten und struktureller Veränderung gesprochen wird: „*Sie zu befähigen, aktiv für die Durchsetzung ihrer Rechte einzutreten, ist uns ebenso wichtig wie die Schaffung fairer wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen.*“ (BfdW JB 2012, 67) Während „*die Armen*“ bzw. „*die Schwächsten*“ nichtsdestotrotz als hilfebedürftige, objektivierte Andere dargestellt werden, appelliert der sprachliche Ausdruck sehr stark an die mitfühlenden, starken Hilfssubjekte, die in ihrer glaubensbegründeten Hilfsposition quasi „*Weltverantwortung*“ (EWDE Satzung, Präambel, 1) übernehmen und daher als geradezu „*gnadenvolle Barmherzige*“ erscheinen, die „*Gottes Willen*“ umsetzen und „*Hoffnung auf Heil*“ bringen (Vgl. EWDE Satzung, Präambel, 1).

Der darauf folgende, vage und, meines Erachtens nach, unangebrachte Vergleich von Kooperationspartnerschaften mit „*einer guten Ehe*“ (BfdW JB 2012, 67), bringt das sehr christlich-traditionelle, paternalistische Selbstverständnis von BfdW-EED erneut zum Ausdruck. Die Ehe-Metapher untergräbt die Komplexität internationaler Zusammenarbeit und stellt, meiner Meinung nach, eine extreme Vereinfachung der Verhältnisse dar, vor allem indem Kooperation im weiteren Verlauf als gemeinsames, lösungsorientiertes „*[A]ushalten*“ wahrzunehmender „*Meinungsverschiedenheiten*“ beschrieben wird (Vgl. BfdW JB 2012, 67). Der „*aktive Versuch*“ einer Partnerschaft „*auf Augenhöhe*“ (Vgl. ebd.), wirkt durch den Ehe-Begriff zudem unglaubwürdig, da dieser in seiner historischen und gegenwärtigen Betrachtung immer auch ungleiche und gewaltvolle Macht- und Unterdrückungsverhältnisse birgt und stets traditionelle Rollenbilder assoziiert werden können. Natürlich kann der Ehe-

Vergleich im Sinne eines bekannten und alltäglichen Konzepts dem besseren Verständnis der Leserschaft dienen, doch die Übertragbarkeit auf die Ebene entwicklungspolitischer Zusammenhänge bleibt sehr fragwürdig und es stellt sich zwangsläufig auch die Frage, wie die Partnerorganisationen die Arbeitsbeziehung eigentlich beurteilen und welche Rolle sie in dieser „Ehe-Beziehung“ einnehmen.

Schließlich stellt BfdW-EED die bedarfsbasierte personelle Unterstützung durch Fachkräfte als Zeichen von Solidarität für jene dar, die kein oder kaum eigenes Personal haben, was eine durchaus defizitäre Zuschreibung von Mangel (an Wissen und Fachkräften) und Hilfebedürftigkeit birgt. Obwohl eine ressourcenorientierte, emanzipative Selbsthilfeausrichtung der eigenen Arbeit erneut betont wird („*Menschen stark machen.*“ (Bfdw JB 2012, 68)), entsteht, auf der beschriebenen universellen Orientierungsgrundlage von Menschenrechten, Bibel und kirchlicher „*Weltverantwortung*“ (EWDE Satzung, Präambel, 1), der Eindruck einer ungleichen Einflussnahme, der dadurch verstärkt wird, dass die „*aktiven*“ und daher solidarischen Fachkräfte im Anschluss an ihre Reise als „*Brückenbauer*“ eine explizit handelnde, vermittelnde Funktion im Heimatland einnehmen, während die Rolle der „*armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen*“ unbeleuchtet bleibt (Vgl. BfdW JB 2012, 68). Gleichzeitig bleibt, zumindest in den Profiltexten, jedes Anzeichen für eine community-orientierte Arbeitsweise aus und die „*Hilfe für die Schwächsten*“ (BfdW JB 2012, 68) wird, jenseits davon, dass die Aktivitäten von BfdW-EED allen Menschen und beiden Geschlechtern gleichermaßen nutzen sollen (Vgl. BfdW JB 2012, 68), zum auffälligsten Kennzeichen des sehr religiösen Selbstverständnisses dieser Organisation, die sozusagen in der Hilfe für den sinnbildlichen Bettler ihre christliche Pflicht erfüllt, das Gewissen befriedigt und letztlich quasi sich selbst bzw. die eigene Seele rettet.

3.3.1.3 GIZ

Die 2011 aus der Fusion des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) hervorgegangene Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), kann als staatliches Dienstleistungsunternehmen und Entsendeorganisation mit 16.229 Beschäftigten in über 130 Ländern und einem Geschäftsvolumen von ca. zwei Milliarden Euro im Jahr 2012 als größte Organisation der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland angesehen werden, wobei der Entwicklungsdienst, der derzeit in rund 50 Ländern aktiv ist, nur einen Teilbereich des

Unternehmens ausmacht (Vgl. GIZ Unternehmensbericht 2012, 1/ GIZ „Entwicklungsdienst“).¹¹

Die Profiltex te der GIZ wurden für diese Untersuchung aus den online erhältlichen Dokumenten „Profil“, „Identität“ und „Orientierung zu den Menschenrechten“ zusammengesetzt (Vgl. Anhang III). Das Dokument „Identität“, das die kurzen Textteile „Vision“, „Mission Statement“ (Dt.: Aufgabenprofil, Firmensteckbrief) und „Unternehmenswerte“ umfasst, wurde mit dem Dokument „Profil“ aufgrund der jeweils geringen Länge, der ähnlichen Inhalte und für die praktischere Handhabung unter demselben Titel „Profil“ zu einem vierseitigen Textdokument zusammengefügt, während das Dokument zur Menschenrechtsorientierung aufgrund seines thematischen Fokus so belassen wurde.

In den Profiltex ten der GIZ wird ein Selbstverständnis als wertegeleitetes, dienstleistungsorientiertes Bundesunternehmen der internationalen Zusammenarbeit (Vgl. GIZ Profil, 1, 3) – der Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ wird hier nicht verwendet (Vgl. GIZ Profil, 1- 4), wohl aber im Bericht (Vgl. 4.1.3) – ersichtlich, das sich im Wertekanon von Grundgesetz, deutscher Gesellschaftordnung, Menschenrechten und Nachhaltigkeit verortet, dabei insbesondere eine ökonomische Ausrichtung hat (Vgl. GIZ Profil, 2) und die Interessen Deutschlands bzw. der deutschen Bundesregierung verfolgt (Vgl. GIZ Profil, 1, 3f). Als „weltweit führendes“ (GIZ Profil, 3), staatliches Dienstleistungsunternehmen der EZ mit vermeintlicher Nachhaltigkeitsexpertise (GIZ Profil, 1, 3), kooperiert die GIZ mit diversen nationalen und internationalen Regierungsinstitutionen, u.a. zahlreichen deutschen Bundesministerien (Wirtschaft, Verteidigung, Umwelt, Bildung), sowie öffentlichen und privaten Organisationen wie UNO oder Weltbank (Vgl. GIZ Profil, 2). Der wichtigste Auftraggeber ist jedoch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz BMZ (Vgl. GIZ Profil, 2), das bis Ende 2013 unter der Leitung von Dirk Niebel (FDP) stand und seitdem von Gerd Müller (CSU) geleitet wird (Vgl. Augustin/ Zeit Online 2013). Die ausdrücklich enge Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft wird als Chance und Beitrag zu einer entwicklungsorientierten Außenwirtschaft bzw. wirtschaftsbezogenen Entwicklungsarbeit ausgelegt (Vgl. GIZ Profil, 2). Das unternehmerische Selbstverständnis wird nicht zuletzt in der formellen Business-Sprache deutlich, die u.a. von Begriffen wie „*Know-how, Management, nachfrageorientiert, wirksam, aktiv, Dienstleister, flexibel, innovativ, nachhaltig, unternehmerisch verantwortungsvoll, kaufmännische Sorgfalt, [...]*“ (Vgl. GIZ Profil, 1-4) geprägt ist.

¹¹ Vergleichende Anmerkung: Während bei der GIZ die genaue Zahl der laufenden Projekte nicht zu ermitteln war, konnte die genaue Zahl der weltweit Beschäftigten von AWO International nicht festgestellt werden.

Der stark normative Unternehmenscharakter wird darüber hinaus darin deutlich, dass explizit direkte oder indirekte Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Partnerländern „mit teils erheblichen Defiziten bei der Umsetzung der Menschenrechte“ (GIZ MR, 1) angestrebt und realisiert werden (Vgl. GIZ MR, 1). Aber auch in der genannten Unternehmensfunktion als Vermittlungsinstanz bei „*unterschiedlichen Interessen in sensiblen Kontexten*“ (GIZ Profil, 3), wobei beide Begriffe vage bleiben bzw. ebenso wie die darauf folgende Aussage „*Zugänge schaffen für Wirtschaft und Zivilgesellschaft*“ (GIZ Profil, 3), nicht konkretisiert werden, ist ein normativer Aspekt zu erkennen. Es drängt sich die Annahme auf, dass hierbei konflikthafte Interessen und Ziele zwischen ökonomischen und gesellschaftlichen Bestrebungen ausgehandelt werden.

Und obwohl die GIZ den Anspruch erhebt, „*die Mitwirkung aller Beteiligten*“ (GIZ Profil, 1) sowie ihre Befähigung zur eigenständigen Fortführung von angestoßenen „*Entwicklungsprozessen*“ (GIZ Profil, 1) zu realisieren, damit also eine Komponente von partizipativem Empowerment durchscheint, lässt die „*intensive*“ (GIZ Profil, 2) Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und dem BMZ als zentralen Auftraggeber (Vgl. GIZ Profil, 2) vermuten, dass trotz menschenrechtlicher Grundorientierung (Vgl. GIZ MR, 1) die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Vordergrund stehen könnten (Vgl. GIZ Profil, 2). Insbesondere, wenn man bedenkt, dass bezüglich der engen Privatwirtschaftskooperation, wie oben schon erwähnt, von „*[...] einem sinnvollen Zusammenspiel von Entwicklungs- und außenwirtschaftlichen Aktivitäten*“ (GIZ Profil, 2) ausgegangen wird. Die Bestärkung ihres Engagements für verschiedene Ideale, die neben den Menschenrechten als maßgeblichem Referenzrahmen (Vgl. GIZ MR, 1), auch „*[...] Chancengleichheit, Integrität, [...] Rechtsstaatlichkeit und die politische Teilhabe der Bevölkerung*“ sowie „*eine marktfreundliche, ökologisch und sozial orientierte Wirtschaftsordnung*“ (GIZ Profil, 4) umfassen (Vgl. GIZ Profil, 4), wirkt dadurch, meines Erachtens nach, zweideutig und wie eine Pro-forma-Aussage. Darüber hinaus wird auch bei der Umsetzung des handlungsleitenden und zukunftsgerichteten Nachhaltigkeitsparadigmas im Sinne von „*sozialer Verantwortung, ökologischem Gleichgewicht, politischer Teilhabe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit*“ (GIZ Profil, 4), von einer professionell begleiteten, „*fairen Aushandlung*“ damit einhergehender Interessen- und Zielkonflikte gesprochen (Vgl. GIZ Profil, 4). Aber auch hier bleiben die Aussagen vage und dehnbar. Insgesamt ergibt sich, meiner Meinung nach, daraus die Vermutung, dass die Aushandlungen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft eher zugunsten der Wirtschaft ausfallen dürften.

Nicht zuletzt unterstützt sie ihre Kooperationspartner inhaltlich-programmatisch, planungspraktisch und bei der politischen Zielumsetzung auf „lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene“ (Vgl. GIZ Profil, 1) durch regionale, fachliche, logistische und managementbezogene Kompetenzen (Vgl. GIZ Profil, 1, 3) und flexible, innovative, netzwerkbasierte und befähigende Lösungsentwicklungen (Vgl. GIZ Profil, 1, 3), wobei sie in hohem Maße wirkungsorientiert ist und dahingehend in „[...] *partnerorientierte[r], transparente[r], effiziente[r] und kaufmännisch sorgfältige[r]*“ (GIZ Profil, 3) Art und Weise Ergebnisse sichert (Vgl. GIZ Profil, 3f). Ihre lange, internationale Netzwerkerfahrung gilt dabei als maßgebliche Grundlage für gute Partnerschaften in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Hinsicht (Vgl. GIZ Profil, 2). Neben ihrer genannten, aber nicht explizierten „*interkulturellen Kompetenz*“ (Vgl. GIZ Profil, 3), ist das die einzige ausdrückliche Erwähnung eines kulturellen Aspektes im Rahmen der Selbstbeschreibung. Dabei könnte sie durchaus ausführlicher auf die kulturelle Dimension ihrer Arbeit eingehen, da sie, wie bereits erläutert, von großer Reichweite ist und eine starke Werterhaltung einnimmt (siehe oben).

In der allgemeinen Aufzählung ihrer Arbeitsfelder, die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sicherheits- und Friedensförderung sowie Staats-, Demokratie-, Wiederaufbau und zivile Konfliktbearbeitung, aber auch Ernährungs-, Gesundheits- und Bildungssicherung sowie den Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen umfassen (Vgl. GIZ Profil, 1), werden Gesundheit, Bildung und Umwelt zwar erwähnt, diese Tätigkeitsbereiche bleiben im weiteren Textverlauf jedoch unerörtert oder nur geringfügig expliziert (Vgl. GIZ Profil, 1-4). Völlig außen vor sind des Weiteren die Themen Gendergerechtigkeit und Community-Orientierung sowie die Tätigkeitsbereiche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, während zu Bildungsarbeit lediglich der Nebensatz zu lesen ist: „[...] *weltweit aktiv sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit.*“ (GIZ Profil, 1) Das auffälligste Merkmal des Selbstverständnisses der GIZ bleibt die (privat-)wirtschaftliche Ausrichtung ihrer Arbeit.

3.3.2 Iterative Kategorienbildung und Kodierung

Die in 3.2.2 dargelegte iterative Kategorienbildung soll hier nun anhand der Darstellung des Entstehungsprozesses aller deduktiv und induktiv erstellten Kategorien und exemplarischen Beispielen nachvollzogen werden.

3.3.2.1 Deduktiv gewonnene Kategorien

Zunächst wurde im Vorfeld der Untersuchung auf der, in 2.1.2.1 beschriebenen, theoretischen Grundlage des „Hexagons der Entwicklung“ von Reinhard Stockmann, Ulrich Menzel und Franz Nuscheler (Vgl. Menzel/ Stockmann 2010, 5, 14/ Nuscheler 2005, 235, 245ff) auf deduktive Weise ein hypothetisches Kategoriensystem in Bezug auf „Entwicklung“ erstellt, das folgende Gesichtspunkte enthielt: „Politische Stabilität“, „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“, „Soziale Gerechtigkeit“, „ökologische Nachhaltigkeit“, „kulturelle Identität“ und „gesellschaftliche Partizipation“. Weil jedoch die Kategorie „Soziale Gerechtigkeit“ für zu ungenau bzw. für zu weit gefasst befunden wurde, sind daraus, nach Absprache und Beratung mit den projektbegleitenden Lehrenden Prof. Dr. Ronald Lutz und Dr. Christine Rehklaue, anhand des zu Hilfe genommenen „Human Development Index (HDI)“ des United Nations Development Programme (UNDP) (Vgl. UNDP 2011/ Nuscheler 2005, 190) die etwas präziseren Kategorien „Gesundheit und Bildung“ abgeleitet worden. Zudem wurden, ebenso nach Absprache, die Kategorien „politische Stabilität“ und „gesellschaftliche Partizipation“ aufgrund ihrer angenommenen Wechselbeziehung zu einer gemeinsamen Kategorie zusammengefasst und weiterhin die Kategorie „Gendergerechtigkeit“ im Anlehnung an die nun nicht mehr existente Kategorie „Soziale Gerechtigkeit“ festgelegt. Dabei wurde letzteres auch mit Blick auf die Vereinten Nationen entschieden, denn dem UNDP zufolge ist Gendergerechtigkeit bzw. -gleichheit nicht nur in menschenrechtlicher Hinsicht von maßgeblicher Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf das formulierte Ziel der nachhaltigen Entwicklung und der „Millennium Development Goals“ (Vgl. UNDP 2014). Der persönliche Fokus im Verlauf der Untersuchung wurde jedoch insbesondere auf die Kategorie „Kulturelle Identität“ gelegt (Vgl. 2.1.2.2), da es im Sinne der diskursanalytischen Orientierung und ihrer theoretischen Begründung grundlegend um die kulturell bedingte, unterbewusste Konstruktion, Betrachtung und Interpretation von Realität, also auch von Entwicklung, geht (Vgl. Flick 2009, 90f).

3.3.2.2 Induktiv gewonnene Kategorien

Des Weiteren ergaben sich aus der ersten Bearbeitung des Datenmaterials die zusätzlichen, induktiv gewonnenen Kategorien „Vernetzung und Kooperation“ sowie „Menschenrechte“, da der Vernetzungs- bzw. Kooperationsaspekt bei allen drei Organisationen schon in den Profiltexten eine wichtige, wenn auch unterschiedlich ausgelegte Rolle spielt (Vgl. AWO Profil, Satzung, 1/ BfdW Profil, EWDE Satzung, 1/ GIZ Profil 1) und die Menschenrechte besonders bei der Selbstbeschreibung von BfdW-EED und der GIZ von Bedeutung sind (Vgl.

BfdW Profil/ BfdW JB 2012, 67f/ GIZ Profil, 4/ GIZ MR). Die Kategorien „Öffentlichkeits-, Lobby- und Bildungsarbeit“ sowie „Community-Orientierung“ entstanden insbesondere durch die weitere Auseinandersetzung mit den Jahresberichten von AWO und BfdW-EED, da sich hier der gemeinwesenbezogene Aspekt vor allem im Rahmen der Projektarbeit und der entwicklungspolitische, bewusstseinsbildende Aufklärungs- bzw. Bildungsanspruch sowie der advokatorische Lobbyaspekt besonders im Rahmen der Inlandsarbeit als relevant erwiesen haben (Vgl. u.a. AWO Satzung, §§ 2+3, 1/ AWO Profil, 1f/ AWO JB 2011, 6f, 9/ BfdW Profil, 1/ EWDE Satzung, §7, Abs. 3, 5/ BfdW JB 2012, 32f/ BfdW JB 2012, 38). Schließlich sind im weiteren Verlauf der Materialanalyse noch die drei sehr kurz gehaltenen Kategorien „Schlagwort Nachhaltigkeit/ Nachhaltige Entwicklung“, „Evaluation/ Wirkungsorientierung“ und „Ansprache an die Leserschaft“ erarbeitet worden. Die erste dieser letzten drei Kategorien wurde aus dem Eindruck heraus aufgestellt, dass die Vokabel „nachhaltig“ bzw. „Nachhaltigkeit“ vor allem bei BfdW-EED und der GIZ sehr oft verwendet wird und dies beachtenswert sei. Die Absicht, alle Texteinheiten, die mit diesem Wort arbeiten, zusammenzutragen, basierte erst auf einem Impuls, dann auf der Annahme, dass trotz der Benutzung desselben Begriffs eventuell verschiedene Deutungen dahinter oder aber eine letztlich inhaltsleere Begriffsverwendung aufgedeckt werden könnten. Während alle drei Organisationen schon in ihren Profiltextrn („Über uns“, „Arbeitsfelder“, „Über uns“, EWDE-Satzung, „Profil/ Identität“, „Menschenrechtsorientierung“) den Nachhaltigkeitsbegriff verwenden (Vgl. AWO Profil, 1/ BfdW Profil, 1/ EWDE Satzung Preamble, 1/ GIZ Profil, 1/ GIZ MR, 1), scheint es so, als ob die Häufigkeit des Schlagwortes „Nachhaltigkeit/ Nachhaltige Entwicklung“ proportional zur Größe der Organisation bzw. zum Umfang ihres Berichtes ist. So wird es im 36-seitigen Bericht der AWO insgesamt 11 Mal, im 80-seitigen Bericht von BfdW-EED 32 Mal und im 68-seitigen Bericht der GIZ 37 Mal in jeweils unterschiedlichen Kontexten verwendet. Auffällig ist jedoch, dass sich die GIZ durch ihr „*umfassendes, deutsches Know-How*“ (Vgl. GIZ Profil, 1/ GIZ UB 2012, 32) gewissermaßen schon als Experte für „*globale Zukunftsfragen der nachhaltigen Entwicklung*“ (GIZ UB 2012, 32) darstellt, während die AWO das Wort „nachhaltig“ wenig und überhaupt nicht in Verbindung mit „Entwicklung“ erwähnt, sondern z.B. in Bezug auf Landwirtschaft und soziale Strukturen (Vgl. AWO JB 2011, 3, 6, 9).

Die GIZ dagegen rahmt „nachhaltige Entwicklung“ mit betriebswirtschaftlichem Vokabular, was erneut einen generell ökonomischen Fokus der Organisation vermuten lässt. Hierzu die folgenden ausschnitthaften Beispiele: „*Wir bieten nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an.[...]*“ (GIZ Profil, 1) und: „*Die GIZ*

bietet ihren Auftraggebern funktionsfähige und nachhaltig wirksame Lösungen für politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse.“ (GIZ UB 2012, 1)

Bei BfdW-EED wird das Schlagwort in fast ebenso hohem Maße verwendet wie bei der GIZ, nur dass es hier insofern eine kritischere Konnotation aufweist, als dass es insbesondere im Kontext von „*enttäuschenden Klimakonferenzen*“, „*des Versagens der Global Governance*“ und der Diskussion um Alternativen und „*Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft*“ (BfdW JB 2012, 7) gehandhabt wird (Vgl. BfdW JB 2012, 7), aber auch als individuell umsetzbare Haltung, die „*im eigenen Haus*“ beginnt und deren Voraussetzung Bildung ist (Vgl. BfdW JB 2012, 7, 18). In folgendem Textausschnitt und Zitat einer Projektpartnerin von BfdW-EED wird diese Betrachtungsweise und Begriffsverwendung sichtbar: „*Der schwierige Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. ‚Wie viel Mensch verträgt die Erde? Wo ist die Grenze für den globalen Ressourcenverbrauch? Wie viel Wachstum ist noch nachhaltig?‘ Sunita Narain, Gründerin des indischen Zentrums für Wissenschaft und Umwelt (CSE) und Projektpartnerin von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, stellt die entscheidenden Fragen. [...] Ohne einen wahrhaft radikalen Umbau der Wirtschaft [...] erben die nächsten Generationen eine bedrohte und zutiefst ungerechte Welt.“ (BfdW JB 2012, 41)*

Als Schlagwort ist die Vokabel jedoch ebenso wie bei der GIZ im gesamten Bericht verstreut zu finden (Vgl. BfdW JB 2012, 6f, 18, 22f, 28, 34, 40-47, 75ff). Nicht zuletzt spielt der Begriff „Nachhaltigkeit“ auch bei der Projektarbeit mit Partnerorganisationen eine Rolle, da deren Projektanträge im Rahmen der Qualitätssicherung u.a. darauf geprüft werden, ob sie „*auf Nachhaltigkeit angelegt [sind].“ (BfdW JB 2012, 28)*

Die „Evaluationskategorie“ basiert vor allem auf den Berichten von AWO und BfdW-EED, da in deren Jahresberichten in je eigenen Kapiteln auf das Thema eingegangen wird, indem sie den Evaluierungsablauf beschreiben und begründen, dabei aber keine konkreten Evaluationsergebnisse aufführen (Vgl. AWO JB 2011, 24f/ BfdW JB 2012, 28f). Im Gegensatz dazu gibt es im Bericht der GIZ kein eigenes Kapitel zur „Evaluation/Wirkungsorientierung“. Es wird nur „Das Jahr 2012 in Zahlen“ (GIZ UB 2012, 50) aufgeführt, während jedoch durchweg die Rede von Wirksamkeit und Wirkungen ist und sehr häufig die Worte „wirkungsvoll/ -orientiert“, „wirksam“ fallen (Vgl. GIZ UB 2012, 3, 5-11, 14-16, 18, 21, 28, 30-34, 40, 41, 46). Schon der Titel des Unternehmensberichtes: „*GIZ. Lösungen, die wirken.*“ (GIZ UB 2012, 1) spricht im Grunde genommen für sich und die Selbstbetrachtung als erfolgreiches, weil wirkungsvolles Unternehmen, das „*[...] funktionsfähige und nachhaltig wirksame Lösungen [...]*“ (GIZ UB 2012, 1) bietet und sich

„[...] noch besser auf dem Markt der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung etabliert.“ (GIZ UB 2012, 5) Will man etwas über die Evaluationsmaßnahmen und Wirkungsorientierung der GIZ erfahren, kann man jedoch im Internet auf den ausführlichen „Evaluierungsbericht 2010-2012“ (GIZ EB 2010-12) (Vgl. Quellenverzeichnis) zurückgreifen. Hier wird das Ausmaß der Organisation sichtbar, da es einen eigenen Wirkungsbericht gibt, der mit 61 Seiten fast genauso umfangreich ist wie der Unternehmensbericht mit 68 Seiten. Schon der Einleitungssatz auf der ersten Seite verdeutlicht die Relevanz von Evaluationssystemen: *„Die wichtigste Frage in der internationalen Zusammenarbeit lautet: Entfalten die Aktivitäten die gewünschten positiven Wirkungen? Und zwar nachhaltig – über das Ende einer Maßnahme hinaus?“* (GIZ EB 2010-12, 1), während folgender Satz die Reichweite der GIZ als Bundesunternehmen mit eigenem Evaluationsinstitut aufzeigt: *„Auch unser unabhängiges Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist erfolgreich an den Start gegangen.“* (GIZ UB 2012, 5) Interessanterweise fallen die Evaluationsergebnisse weniger positiv aus, als es der Unternehmensbericht 2012 vermuten lässt. Die durchschnittliche Gesamtnote bei einer Notenskala von 1-6 liegt bei 2,4, wobei der Faktor „Nachhaltigkeit“ mit 2,6 am Schlechtesten abschneidet (Vgl. GIZ EB 2010-12, 6ff). Damit tut sich, meiner Meinung nach, ein Widerspruch auf zwischen der propagierten „Nachhaltigkeits-Expertise“ im Unternehmensbericht (Vgl. GIZ UB 2012, 1, 32) und dem tatsächlichen nachhaltigen Wirkungsgrad (Vgl. GIZ EB 2010-12, 9).

Die Kategorie „Ansprache an die Leserschaft“ schließlich entstand aus den Überlegungen zur Bedeutung der Berichte für die Autor- bzw. Leserschaft heraus, was im Kontext der Materialauswahl ein Kriterium nach Scott ist (siehe 3.2.1). Da es vereinzelte Stellen in den Berichten gibt, in denen die Lesenden direkt oder indirekt angesprochen werden, wurden diese Textstellen schließlich zusammengetragen, um einen Überblick und so einen Eindruck über mögliche Absichten und Wirkungen zu bekommen. So können die organisationsbezogenen Dokumente in Hinsicht auf die Autorschaft, meines Erachtens nach, als unternehmerische Selbstbeschreibungen und Geschäftsberichte eingeordnet werden, die im Sinne von betrieblichen Eigeninteressen und quasi Werbung, aber auch im Sinne von Transparenz, Legitimation und Glaubwürdigkeit gegenüber der Leserschaft respektive eventuellen Finanzierungsinstanzen (Spenden, Steuern) erstellt und veröffentlicht werden. Dies wird z.B. schon an folgenden Auszügen aus den Vorworten der Jahres- bzw. Unternehmensberichte von AWO International und GIZ deutlich:

„Liebe Freundinnen und Freunde von AWO International, [...]. Durch unsere Präsenz vor Ort können wir umsetzen, was wir uns auf die Fahnen geschrieben haben: nachhaltige, dem Partnerprinzip verpflichtete Projektarbeit und Humanitäre Hilfe. (...) Wir laden Sie ein, im Jahresbericht von Menschen zu lesen, mit denen wir uns auf den Weg gemacht haben, und danken Ihnen für Ihre Wegbegleitung und Unterstützung.“ (AWO JB 2011, 3f)

„Liebe Leserinnen und Leser, [...] Wir sind noch wirksamer geworden – im Interesse der deutschen Steuerzahler und unserer Partner. Deutschlands Engagement in der internationalen Zusammenarbeit genießt bereits weltweit ein hohes Ansehen. [...] ‚Deutsche Zusammenarbeit‘ wird ebenso wie einst ‚made in Germany‘ auf dem weltweiten Markt der internationalen Zusammenarbeit zu einem Gütesiegel [...].“ (GIZ UB 2012, 4f)

Auch das, meiner Meinung nach, bemerkenswerte Detail, dass die GIZ ihren Jahresbericht explizit und ausschließlich Unternehmensbericht nennt, sagt schon Wesentliches über das Selbstverständnis dieser staatlichen Organisation als sozusagen erfolgreiches Unternehmen auf dem EZ-Markt aus (Vgl. GIZ UB 2012, 5). Wie diese Informationsdokumente jedoch auf darin genannte Personen oder Personengruppen wirken, ist schwer einzuschätzen, weil auch nach Abschluss dieses Forschungsprojekts jede Deutung nur einer Annahme bzw. Vermutung gleichkommen kann, da in diesem reaktiven, rein textbezogenen Projektverfahren keine direkten Eindrücke, Meinungen oder Absichten abgefragt werden. Nichtsdestotrotz sind stark verallgemeinernde, implizite und explizite Defizitzuschreibungen und dadurch scheinbar notwendige Hilfemaßnahmen, wie in den Profilbeschreibungen schon ansatzweise ersichtlich wurde, kaum zu bestreiten und, meines Erachtens nach, in dieser Form keineswegs positiv einzuschätzen. An diesen Gedankengang wird in den ausführlichen Auswertungsteilen unter 4.1 noch angeknüpft.

Die „treue“ (BfdW JB 2012, 2), quasi unentbehrliche (Vgl. BfdW JB 2012, 48) und der Organisation „verbundene“ (AWO JB 2011, 31) Leserschaft wird hingegen vor allem in den dankenden Vorworten und den Finanzierungskapiteln direkt angesprochen, wobei hier besonders von BfdW-EED und GIZ der Fokus auf die zweckgemäße und effektive Verwendung der finanziellen Mittel gelegt wird (Vgl. BfdW JB 2012, 3, 29, 48/ GIZ UB 2012, 4f, 50). Alle drei Organisationen haben ein je eigenes Kapitel zur Finanzierung (Vgl. AWO JB 2011, 32f/ BfdW JB 2012, 48ff/ GIZ UB 2012, 50f). Im Bericht von BfdW-EED ist auffällig, dass noch vor dem Vorwort ein Appell an die Leserschaft und ihre quasi unverzichtbare Unterstützung steht, der wie folgt lautet: *„Mit vereinten Kräften setzen wir uns dafür ein, Hunger und Armut zu überwinden. Dabei brauchen wir Ihre Unterstützung!*

Bitte halten Sie uns auch in Zukunft die Treue!“ (BfdW JB 2012, 2) Hier wird, meines Erachtens, auch an das Gewissen appelliert, indem von „*vereinten Kräften*“ sowie „*Hunger und Armut*“ die Rede ist und um „*Treue*“ gebeten wird, ganz im Rahmen der christlichen Referenzgrundlage der Organisation, auf die in der Organisationsbeschreibung unter 3.3.1.2 eingegangen worden ist und die in der Darstellung ihrer Entwicklungsperspektive in Punkt 4.1.2 noch von Bedeutung sein wird. Eine Auflistung der endgültigen Kategorien ist in Anhang I zu finden.

3.3.2.3 Kodierleitfaden

Um den Überblick über die vorab und während dem Forschungsprozess erarbeiteten Kategorien zu behalten und gemäß der inhaltsanalytischen Auswertungstechnik der Strukturierung, die in Teil 3.3.3.2 noch eingehend erläutert wird, wurde ein tabellarischer Kodierleitfaden erstellt, in dem jede Kategorie inhaltlich definiert und mit Ankerbeispielen, also konkreten kategoriebezogenen Textstellen, untersetzt wurde. Zudem wurden für jede Kategorie entsprechende Kodierregeln aufgestellt, was der Abgrenzung der jeweiligen Kategorien voneinander und der präziseren Zuordnung des umfangreichen Datenmaterials dient. Auf diese Weise wurden alle kategorialen Bestimmungsmerkmale übersichtlich gebündelt und es ergab sich sozusagen eine Orientierungshilfe für die jeweiligen Entscheidungen bei der Kodierung des Datenmaterials, die im Laufe der Untersuchung und der induktiven Kategorienbildung stetig erweitert wurde (Vgl. Mayring 2010, 92, 103). Der Kodierleitfaden ist unter Anhang II beigefügt.

3.3.2.4 Thematisches und analytisches Kodieren

Schließlich wurde das Datenmaterial auf der Grundlage der deduktiv und induktiv erstellten Kategorien und mit Hilfe des Kodierleitfadens sowohl thematisch, sprich inhaltlich, als auch analytisch, sprich diskursreflexiv und kontextsensibel kodiert (Vgl. hierzu 3.2.2). Die inhaltliche Kodierung erklärt sich zumindest für einige Kategorien relativ anschaulich durch den Kodierleitfaden. So wurden Textstellen, die beispielsweise von Beschäftigungs- oder Gesundheitsmaßnahmen handeln entsprechend in die Kategorien „*Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*“ oder „*Gesundheit und Bildung*“ eingeordnet. Hierzu das folgende Beispiel:

„ÄGYPTEN. Endlich Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. Neun von zehn Arbeitslosen in Ägypten sind jünger als 30 Jahre. Die Jugend des Landes in Lohn und Brot zu bringen, hat für die ägyptische Regierung daher oberste Priorität. Die dazu nötige

Reform der Arbeitsmarktpolitik unterstützt die GIZ im Auftrag des BMZ – mit ersten Erfolgen: Verbände der Privatwirtschaft und staatliche Einrichtungen arbeiten nun eng zusammen, um jungen Menschen Beschäftigungsperspektiven zu bieten. Bislang gab es das nicht. Diese Aktivitäten sind eng verknüpft mit dem ägyptischen „Nationalen Beschäftigungspakt“ – einer Initiative der deutsch-ägyptischen Privatwirtschaft, die die GIZ im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt. Im Rahmen dieser Beschäftigungsoffensive hat die GIZ das erste Jobcenter Ägyptens mit aufgebaut. Wer Arbeit sucht oder anbietet, findet hier professionelle Beratung und Vermittlung. Bereits mehr als 500 Jugendliche sind über das Jobcenter vermittelt worden, und es dient als Modell für drei weitere.“ (GIZ UB 2012, 18)

Dies ist ein ungekürzter Textbaustein, der genauso im Bericht, sozusagen als Projektbeispiel, nachzulesen ist und ziemlich eindeutig unter die Kategorie „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ fällt. Da es dabei jedoch auch um eine makrostrukturelle Maßnahme in Form einer arbeitspolitischen Reform seitens der ägyptischen Regierung geht, hat diese Aussage ebenso eine politische Dimension und wird folglich auch unter die Kategorie „Politische Stabilität und gesellschaftliche Partizipation“ kodiert. Hierdurch wird deutlich, was oft der Fall ist, nämlich dass eine Texteinheit unter mehrere Kategorien fallen kann, weil sie verschiedene inhaltliche Dimensionen betrifft. Es wird zudem ersichtlich wie in einer Kodiereinheit sowohl mikro- bzw. meso- (Jobcenter) als auch makrostrukturelle (Reform) Themeninhalte vorkommen können, das heißt, dass sowohl auf Individuen als auch auf Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik abzielende Projektmaßnahmen unter dasselbe Themenfeld kodiert werden können. Das Beispiel leitet aber auch zur Erläuterung des analytischen Kodierens über, das weitaus schwieriger darzustellen ist, da es dabei sozusagen um das geht, was zwischen den Zeilen steht. So könnte man am angeführten Beispiel ablesen, dass die GIZ eine wesentliche Rolle bei diesem „notwendigen, reformatorischen Durchbruch“ in der ägyptischen Arbeitsmarktpolitik spielt, denn erst durch ihr Mitwirken, so erscheint es, sind Staat und Privatwirtschaft erstmals in Kooperation getreten und haben somit „*endlich Hoffnung*“ auf neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Auch die Sprache ist bei dieser Lesart von besonderer Bedeutung, denn die Begriffe „*endlich*“, „*Hoffnung*“ oder „*Lohn und Brot*“ suggerieren geradezu Not und Elend sowie die stark herbeigesehnte Hilfe zur Veränderung, die zwar von innen initiiert ist, jedoch von außen scheinbar ergänzt werden muss. Dabei bleiben jegliche historisch-strukturellen Bedingungen, die zu dieser hohen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch zur Reforminitiative geführt haben unerläutert, während die hergestellte Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Staat als einzigartige,

arbeitsplatzschaffende Errungenschaft dargestellt wird. Letzteres geschieht zudem in einer Art und Weise, die eventuelle Vorteile, die sich aus dem „Nationalen Beschäftigungspakt“ für die deutsche Privatwirtschaft ergeben, z.B. in Form eines neuen Wirtschaftsstandorts oder Absatzmarktes, völlig unberücksichtigt lässt.

Es ließe sich wahrscheinlich noch mehr aus dieser Textstelle herauslesen, doch stattdessen soll ein weiteres Beispiel zur Veranschaulichung der unterschiedlichen Kategoriendimensionen im Zusammenhang mit dem analytischen Kodieren herangezogen werden, vor allem in Hinsicht auf die stärkere Berücksichtigung des Textaufbaus, sprich des Kontextes von dadurch umso bedeutungsträchtigeren Aussagen. So lassen sich im Bericht der GIZ folgende Kapitelüberschriften nachlesen:

1. „*Entwicklungsländer. Wandel erfolgreich gestalten.*“ (GIZ UB 2012, 13)
2. „*Schwellenländer. Nachhaltige Entwicklung mit neuen Partnern realisieren.*“ (GIZ UB 2012, 27)
3. „*Industrieländer und Europäische Union. Wirksame Lösungen für die Zukunft entwickeln.*“ (GIZ UB 2012, 33)

Diese Textausschnitte, die jeweils regionalspezifische Themenfelder einleiten und, wie man an der Seitenzahl erkennen kann, nicht unmittelbar zusammenhängen, wurden der Kategorie „Kulturelle Identität“ zugeordnet und dadurch in einen interessanten Zusammenhang gebracht. Der Grund für diese Kategorisierung liegt darin, dass sie implizit, wenn nicht auch explizit, und jenseits der jeweiligen Kapitelinhalte, eine sehr deutliche Hierarchisierung zwischen den vermeintlich „entwickelten“, „unterentwickelten“ und sozusagen „semientwickelten“ Ländern herstellen und dadurch ein bestimmtes Selbst- und Fremdbild konstruiert wird. Während es die sogenannten „Entwicklungsländer“ noch „erfolgreich“ zu verändern gilt, werden die sogenannten „Schwellenländer“ dagegen schon als potenzielle Kooperationspartner in Betracht gezogen und die sogenannten „Industrieländer“ sind sozusagen in übergeordneter Position in der Lage, Zukunft zu gestalten und Antworten respektive „Lösungen“ dafür bereitzuhalten. In diesen kontextualisierten Aussagen werden die „Entwicklungsländer“ zu quasi passiven (Hilfs-)Objekten degradiert, indem ein scheinbar notwendiger „Wandel“ propagiert wird, den es zudem „zu gestalten“ gilt, den sie also nicht einmal selbst bewältigen können, während die „Industrieländer und die EU“, worin auch die GIZ und die Autorinnen ihres Berichts zu verorten sind, in einer Art Selbstüberhöhung als einflussnehmende, weil lösungsfähige Subjekte dargestellt werden. Dazwischen befinden sich die „Schwellenländer“ als bereits aufsteigende, aber noch nicht gleichwertige Semi-Subjekte,

die jedoch vor allem auf wirtschaftlicher und nicht etwa auf politischer Ebene diesen Status erhalten. Diese Interpretationen werden weiter untermauert, wenn der Kontext dieser Überschriften auch noch in Augenschein genommen wird. Dazu zählen weitere Kapitelüberschriften, die dazugehörigen Fotografien¹² und die konkreten Kapitelinhalte. Zu Überschrift 2 z.B. gehören diese weiteren zwei Titelaussagen: „*Allianzen. Wir öffnen Türen zu neuen Märkten.*“ (GIZ UB 2012, 26) und „*Wir entwickeln Lösungen ‚made in Germany‘ für den weltweiten Markt der internationalen Zusammenarbeit.*“ (GIZ UB 2012, 27) Im weiteren Kapitelverlauf geht es um klimatechnologische Wirtschaftskooperationen mit Brasilien und Südafrika (Vgl. GIZ UB 2012, 27ff). Neben Überschrift 1 ist unter anderem zu lesen: „*Chancen. Wir setzen mit unseren Partnern globale Vereinbarungen in nationale Politiken um - zum Wohl der Menschen.*“ (GIZ UB 2012, 12) Im Hintergrund sind ausschließlich Fotografien von nicht weißen Menschen zu sehen, die auf der einen Seite aus der Sicht der Referierenden in einem Seminarraum sitzend zu sehen sind (fast nur Frauen), auf der anderen Seite, mit Ausnahme zweier Anzug tragender Männer, im landwirtschaftlichen Rahmen in Pose für die Kamera stehen (nur Männer) (Vgl. GIZ UB 2012, 12f). Das darauf folgende Kapitel behandelt die Thematik transparente Rohstoffbewirtschaftung und Exportförderung in Westafrika, Zentralasien und Lateinamerika als „*große Chance zur Entwicklung*“ (GIZ UB 2012, 15) dieser „Entwicklungsregionen“ (Vgl. GIZ UB 2012, 15ff). Um diese Ausführungen ein wenig abzukürzen, sei nun nur noch auf eine Zusatzüberschrift zu Aussage 3 hingewiesen. Dort steht: „*Wir bieten deutsches Know-how für globale Zukunftsfragen der nachhaltigen Entwicklung.*“ (GIZ UB 2012, 32) Im Hintergrund sind ausnahmslos Bilder von weißen Menschen zu sehen, darunter eine großformatige Fotografie, die eine in konzentrierter, aber freundlicher Denkerpose da sitzende Studentin mit Stift in der Hand zeigt, vielleicht als Verkörperung einer „Zukunftsentwicklerin“ (Vgl. GIZ UB 2012, 32f). Im folgenden Text geht es dann um Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im europäischen Raum (Vgl. GIZ UB 2012, 34f). Im Übrigen und dazu passend war „*Zukunftsentwickler*“ (GIZ UB 2012, 61) auch das Jahresthema der GIZ für 2012 und 2013. Der entsprechende Slogan lautete: „*Wir machen Zukunft. Machen Sie mit.*“ (GIZ UB 2012, 61) und es wurden unter diesem Motto in Kooperation mit dem BMZ und der KfW Bank diverse Informations- und Austauschveranstaltungen in Berlin, Bonn und Brüssel organisiert, um allgemein über Themen wie Klimawandel, Energie und Ernährungssicherung zu diskutieren, aber auch um

¹² An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Bildsprache in den drei Organisationsberichten eine eigenständige Untersuchung wert wäre, die in diesem Rahmen aus Zeit- und Platzgründen leider nicht durchgeführt werden konnte. Dieses Forschungsdesiderat basiert auf dem Eindruck, dass die in den Berichten verwendeten Fotografien den hierarchischen Nord-Süd-Diskurs widerspiegeln und insofern aufgrund der visuellen Wirkungsmacht in entscheidender Weise mittragen.

über die Modernisierung des Energiesektors in Subsahara-Afrika zu sprechen. Ob hierzu auch afrikanische Teilnehmerinnen eingeladen wurden, bleibt ungesagt (Vgl. GIZ UB 2012, 61).

3.3.3 Auswertung

Zur interpretativen Auswertung des kodierten Datenmaterials, wurden die inhaltsanalytischen Techniken der Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung mit unterschiedlicher Gewichtung, aber in Kombination angewandt. Philipp Mayring schlägt zwar die Festlegung auf nur eine Analysetechnik je nach Fragestellung und Untersuchungsmaterial vor und stellt die drei Auswertungsinstrumente als jeweils eigenständige Techniken dar (Vgl. Mayring 2010, 65), verweist jedoch selbst z.B. bei der Erklärung der inhaltlichen Strukturierung auf die Verfahrensregeln der Zusammenfassung, da bei dieser Strukturierungstechnik gleichermaßen resümierende Schritte unternommen werden müssen (Vgl. Mayring 2010, 98). Damit stellt sich, meiner Meinung nach, eine Interdependenz zwischen den verschiedenen Techniken heraus, sodass sich eine Kombination durchaus anbietet. Da zudem sowohl deduktiv als auch induktiv Kategorien gebildet worden sind, wobei ersteres der Strukturierungstechnik und letzteres der Zusammenfassungstechnik zugeordnet wird (Vgl. Mayring 2010, 66), erschien es naheliegend in der Auswertung auf beide Techniken zurückzugreifen.

76

Darüber hinaus ist auch die Explikationstechnik in die Auswertung miteinbezogen worden, da diese als „Kontextanalyse“ zum Ziel hat, unverständliche Textteile durch die Inanspruchnahme von zusätzlichem Material, oder aber als „enge Kontextanalyse“ durch die Betrachtung des direkten Textkontexts innerhalb desselben Schriftstückes, besser verstehen bzw. erklären zu können (Vgl. Mayring 2010, 65f). Während die Technik der Zusammenfassung darauf abzielt, das Material zu reduzieren und zum Zwecke der Überschaubarkeit zu abstrahieren, ohne dabei maßgebliche Inhalte verloren gehen zu lassen, werden mit Hilfe der Strukturierung nur bestimmte Gesichtspunkte des Materials beleuchtet (Vgl. Mayring 2010, 65f).

Die Kombination aller drei Auswertungstechniken wird letztlich mit dem Anspruch begründet, das vorhandene Datenmaterial aufgrund seines Umfangs und seiner thematischen Vielfalt sowohl reduzieren und strukturieren, aber aufgrund der inhaltlichen Zusammenhänge auch in seinen Einzelheiten verstehen zu wollen.

In den folgenden drei Abschnitten sollen die Umsetzung der genannten Techniken nochmal näher erläutert und anhand exemplarischer Beispiele nachvollziehbar gemacht werden.

3.3.3.1 Zusammenfassung

Im Zuge der zusammenfassenden Auswertung, die einer schrittweisen Abstraktion und gleichzeitigen Reduktion der Dokumente gleichkommt (Vgl. Mayring 2010, 65ff), wurden die einzelnen Kodiereinheiten, also die den jeweiligen Kategorien zugeordneten Textabschnitte, paraphrasiert, das heißt mit anderen Worten frei, aber sinngemäß wiedergegeben bzw. „[...] in eine knappe, nur auf den Inhalt beschränkte Form umgeschrieben“ (Mayring 2010, 69), wobei nebensächliche, also inhaltlich nicht aussagekräftige Formulierungen weggelassen wurden (Vgl. Mayring 2010, 69). Danach wurden die paraphrasierten Textteile pro Kategorie generalisiert, sprich verallgemeinert (Vgl. Mayring 2010, 69), um abschließend alle kategorienbezogenen Generalisationen in einem letzten Resümee zusammenzutragen und so einen Gesamtüberblick über die Aussagen der jeweiligen Berichte und Profiltexzte zu erhalten. Dabei war es aufgrund der Materialmenge und der sehr zahlreichen Kodiereinheiten nötig, inhaltsähnliche generalisierte Paraphrasen zu bündeln, ohne jedoch außer Acht zu lassen, dass „[...] die als Kategoriensystem zusammengestellten neuen Aussagen das Ausgangsmaterial noch repräsentieren [sollten].“ (Mayring 2010, 69) Auf diese Weise wurden die Berichte und Profiltexzte also durch Paraphrasierung und Generalisation reduziert. An folgendem Beispiel soll dies veranschaulicht werden:

77

Kodiereinheit: *„Die Bündelung unserer Kräfte im Zentrum der Hauptstadt erhöht unsere politischen Beratungsmöglichkeiten und verstärkt die Wirkung unserer Arbeit – dies gilt nicht nur für die Advocacy-, sondern auch für die Projektarbeit. Gut vernetzt können wir uns noch besser für die Rechte der Armen und Benachteiligten in Deutschland und in der Welt einsetzen und sie in ihrem Streben nach gesellschaftlicher Teilhabe und einem menschenwürdigen Leben unterstützen.“* (BfdW JB 2012, 8)

Paraphrasierte Generalisation: Neuer Organisationssitz Berlin als Chance für größere Reichweite und Wirkung von Lobby- und Advocacy-, aber auch von Projektarbeit, da bessere Vernetzung und räumliche Nähe zu vielfältigen Akteuren (Vgl. BfdW JB 2012, 8).

3.3.3.2 Explikation

Durch die Inanspruchnahme der Explikationstechnik, also der Berücksichtigung des Textzusammenhangs oder aber anderweitiger Materialien, konnten verschiedene Textstellen besser nachvollzogen bzw. erklärt werden. Explikation bedeutet nichts anderes als „Erklärung“ bzw. „Erläuterung“. Diese Technik wurde zwar eher am Rande, jedoch sowohl im Sinne einer „engen Kontextanalyse“, also in Bezug auf berichtimmanentes Zusatzmaterial,

als auch im Sinne einer „weiten Kontextanalyse“, also in Hinsicht auf extra herangezogenes Zusatzmaterial, benutzt (Vgl. Mayring 2010, 88). Insofern wurden neben den ausgewählten Jahresberichten und Profiltextrn, auch zusätzliche Dokumente über die Organisationen, ihre Entstehungsgeschichte und ihren Werdegang in Augenschein genommen, damit bestimmte, z.B. ideologisch oder religiös gefärbte Aussagen besser eingeordnet werden konnten. Allerdings war die getroffene, sozusagen doppelte Auswahl von Profil- als auch Berichtstextrn im Rahmen der „engen Kontextanalyse“ zum größten Teil schon aussagekräftig und erklärend genug. Ein Beispiel hierfür wäre der in 3.3.2.4 beschriebene Zusammenhang der Kapitelüberschriften im GIZ Unternehmensbericht, wodurch unter anderem das speziell marktwirtschaftliche Selbstverständnis der Organisation verdeutlicht wurde. Aber umgekehrt hatte auch die Profilanalyse dieses Unternehmens eine große Erklärungskraft in Bezug auf die mehrheitlich ökonomisch ausgerichtete Arbeit, die im Bericht dargestellt wird. Auf der anderen Seite konnten im Sinne einer weiten Kontextanalyse z.B. die starke sozialpolitische Ausrichtung von AWO International bzw. Aussagen wie „[...] werden ‚einfache‘ Leute politisch [...]“ (AWO JB 2011, 4) im Anbetracht ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterwohlfahrt und deren links- und parteipolitischen Ursprung im Rahmen der Arbeiterbewegung zu Anfang des 20. Jahrhunderts sowie der Betrachtung des Grundsatzprogramms der AWO (Vgl. 3.3.1.1) besser eingeordnet werden. Oder es wurde zur näheren Beleuchtung der Wirkungsorientierung der GIZ ihr Evaluierungsbericht herangezogen (Vgl. hierzu 3.3.2.2).

3.3.3.3 Strukturierung

Diese Technik gilt gemäß Mayring als wesentlichstes Instrument der Inhaltsanalyse, da es anhand von theoriebegründeten Strukturierungsaspekten respektive vorab gebildeten Kategorien versucht, Ordnung in das Untersuchungsmaterial zu bringen und dieses nur nach bestimmten Kriterien zu analysieren (Vgl. Mayring 2010, 92). Indem „Struktur in Form eines Kategoriensystems an das Material herangetragen [wird]“ (Mayring 2010, 92), kann dies gelingen. Diese Analysetechnik wird darüber hinaus noch in weitere Ausprägungen unterteilt, die von der formalen über die inhaltliche bis hin zur typisierenden und skalierenden Strukturierung reichen (Vgl. Mayring 2010, 94). Da es beim vorliegenden Forschungsprojekt insbesondere um eine inhaltliche Strukturierung ging, soll unter Vernachlässigung der anderen Strukturierungsformen nur diese kurz mit folgendem Zitat dargelegt werden: „Ziel inhaltlicher Strukturierungen ist es, bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen. Welche Inhalte aus dem Material extrahiert werden sollen, wird durch theoriegeleitet entwickelte Kategorien [...] bezeichnet.“ (Mayring 2010,

98) Diese deduktiv, also theoretisch vorab erstellten Kategorien wurden bereits in Teil 3.3.1.1 erläutert und haben zur Strukturierung des Materials beigetragen. Allerdings waren sie keine starre Schablone, mit der die Berichte und Profiltex te thematisch unterteilt wurden, da, wie schon mehrmals erwähnt, auch induktiv, also aus den Texten selbst heraus, Kategorien gebildet worden sind und insofern eine gewisse Offenheit im Kategoriensystem vorlag.¹³

4 Theoriebezogene Diskussion der Ergebnisse

Im Folgenden sollen die Ergebnisse der dokumenten- bzw. inhaltsanalytischen Untersuchung diskursanalytischer Prägung dargelegt und diskutiert werden. Dazu werden zunächst die jeweils herausgearbeiteten Entwicklungsverständnisse von AWO International, BfdW-EED und GIZ sowie des Konzeptes Soziale Entwicklung erläutert, um diese anschließend zu vergleichen bzw. ins Verhältnis miteinander und zur Sozialen Arbeit zu setzen.

4.1 Verschiedene Entwicklungsperspektiven in der EZ

Die folgenden interpretativen Ausführungen haben sich vor allem aus der Analyse der oben genannten Jahresberichte ergeben. Im Voraus soll an dieser Stelle noch auf formale bzw. sprachliche Aspekte der jeweiligen Dokumente hingewiesen werden. So zeichnet sich der, im Layout traditionell „sozialistisch“ Rot gehaltene, Bericht von AWO International, meines Erachtens, durch eine leicht verständliche, eher informelle und zum Teil undifferenzierte Ausdrucksweise sowie kurze übersichtliche Texteinheiten und viele großformatige Bilder (49 Fotos in 36 Seiten) aus (Vgl. AWO JB 2011). Der in den auffälligen Farben Orange und Schwarz gestaltete Bericht von BfdW-EED beinhaltet ebenfalls zahlreiche Fotografien (50 Fotos in 80 Seiten), überschaubare Textabschnitte und ist in einfacher, aber mitunter durchaus pastoraler und stark an die Leserschaft appellierender Sprache verfasst, die zum Teil auch provokative Züge aufweist und punktuell mit Bibelzitate n gespickt ist (Vgl. BfdW-EED JB 2012). Zuletzt hinterlässt der Bericht der GIZ, der in seriösem Dunkelrot und Grau design t ist, als namentlicher Unternehmensbericht den Eindruck eines ebensolchen expliziten Geschäftsberichtes, der sich in erster Linie durch eine formelle Business- und Politiksprache in ebenfalls kurz gehaltenen Textspalten und eine Vielzahl an Bildern und Bildcollagen (84 Fotos in 68 Seiten) auszeichnet (Vgl. GIZ UB 2012). Diese Eindrücke und Behauptungen wurden unter 3.3.1 und 3.3.2.2 in den Profil- und Kategorienbeschreibungen schon umrissen und sollen in den folgenden Abschnitten mit weiteren Beispielen unterlegt werden. Allerdings

¹³ In Absprache mit der Projektbegleitung wird das während der Untersuchung erstellte Material, das die Kodierungen, Paraphrasen und Generalisationen der Analysedokumente umfasst, aus Platzgründen nicht an diese Arbeit angehängt.

sei hier auch erwähnt, dass die untersuchten Dokumente aufgrund ihres zweckmäßig berichterstattenden Charakters nur als ausschnittshafte Informationsquellen in Hinsicht auf die drei EZ-Organisationen angesehen und insofern keineswegs als erschöpfend, wohl aber als aussagekräftig eingeschätzt werden. Wie in den methodologischen Abschnitten 3.2.1 und 3.2.2 erläutert, handelt es sich bei dieser Analyse um eine selektive, reduktive, mitunter ergänzende und verallgemeinernde Organisation von Textmaterial, die unweigerlich mit der persönlichen Haltung und Subjektivität der Forscherin zusammenhängt und insofern nur eine mögliche und mitnichten endgültige Interpretation darstellt.

4.1.1 AWO: Entwicklung durch Solidarität

Das Entwicklungsverständnis von AWO International charakterisiert sich entsprechend des in 3.3.1.1 dargestellten Selbst- und Fremdbildes insbesondere durch eine politisch-rechtliche und gemeinwesenorientierte Ausrichtung, die ganz zentral den Fokus auf lokale Projektpartnerschaften und die Stärkung der Zivilgesellschaft legt (Vgl. AWO JB 2011, 9ff, 28f). Insgesamt sind 20 Projekte in Bezug auf Gemeinwesenentwicklung und 21 Maßnahmen zur Kinder- und Jugendförderung im Projektüberblick für 2011 verzeichnet, die somit, neben den 21 Humanitären und Nothilfeprojekten, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll, den größten Anteil der EZ von AWO International ausmachen (Vgl. AWO JB 2011, 28f). So wird in der *„dem Partnerprinzip verpflichtete[n] Projektarbeit“* (AWO JB 2011, 3), auf mikrostruktureller Ebene vor allem im Bereich der politischen und präventiven Bildung sowie im Gemeinwesen angesetzt, während makrostrukturell besonders in Form von Lobby- und Kampagnenarbeit gearbeitet wird (Vgl. AWO JB 2011, 6f, 8f, 10f, 14f).

Hierzu sei das Beispiel einer politischen Lobby- und Aufklärungskampagne im Rahmen des Projektes *„Mit nachhaltiger Landwirtschaft gegen Bauernselbstmorde“* (AWO JB 2011, 6) in Kooperation mit einer indischen Partnerorganisation namens AFARM (*„Action for Agricultural Renewal in Maharastra“*) erwähnt, womit die Situation der Kleinbäuerinnen in dieser Region wirtschaftlich, infrastrukturell sowie bildungs- und umweltbezogen verbessert werden soll. Es geht dabei um den Ausbau bzw. die Umsetzung bereits zugesicherter, staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für diesen ländlichen Raum (Vidarbha), der von erheblichen Ernteaufschlägen, hoher Verschuldung durch die Einführung chemischer Düngung und genetisch modifizierten Saatgutes sowie mangelnder landwirtschaftlicher Beratung und der Abhängigkeit von privaten Unternehmen geprägt ist, was insgesamt eine sehr hohe Selbstmordrate unter den Kleinbäuerinnen zur Folge hatte. Ergebnisse der stark lokal vernetzten und partizipativen Kampagne, die unter direkter Einbindung der Betroffenen selbst

und weiterer lokaler NGOs Kundgebungen und Protestmärsche umfasste, waren unter anderem ein staatliches Hilfspaket über 300 Millionen Euro, das finanzielle Hilfen für die Kleinbäuerinnen und die Festlegung von Mindestabnahmepreisen für bestimmte Produkte vorsieht, sowie die Einrichtung einer dauerhaften Kommission für die betroffenen Trockengebiete. Die zivilgesellschaftliche Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit erzeugte genug politischen Druck, um eine strukturelle Veränderung herbeizuführen, deren langfristige Einhaltung jedoch weiterhin kritisch von AFARM begleitet wird. Hier sei noch hinzugefügt, dass das Projekt gemäß der stichpunktartigen Übersicht am Textrand auch explizit Frauen als Zielgruppe hat, was in der Beschreibung jedoch nicht aufgegriffen wird. Diese bleibt eher allgemein und konzentriert sich auf das tragische Selbstmordphänomen und die gesellschaftspolitischen Hintergründe und Aktionen. Auch die dem Projekttitel nach anzunehmenden, direkten ökologischen Maßnahmen nachhaltiger Landwirtschaft werden nicht weiter expliziert (Vgl. AWO JB 2011, 6ff).

Weitere Beispiele beziehen sich auf die gemeinwesen- respektive community-orientierte und präventive sowie rechtliche Bildungsarbeit im Rahmen zweier Kooperationsprojekte mit Partnerorganisationen in Mittelamerika. Dabei werden in Zusammenarbeit mit SODEJU („Sociedad Civil para el Desarrollo de la Juventud“) in Guatemala und mit ADM („Asociación de Desarrollo Municipal“) in Nicaragua zum einen Gewaltpräventions- und rechtliche Aufklärungsprogramme, zum anderen kommunale Entwicklungsprozesse gefördert (Vgl. AWO JB 2011, 12-15). Im Rahmen der erst genannten Kooperation werden, unter Einbindung lokaler Jugendorganisationen in verschiedenen Gemeinden, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zielgruppenübergreifend über Kinderrechte aufgeklärt und in gemeinsamer, kooperativer Vernetzung für ihre ressortübergreifende Durchsetzung arbeiten. Zudem sollen durch Weiterbildungsangebote Arbeitsmarktzugänge für junge Menschen verbessert und in Workshops jugendliche Multiplikatorinnen ausgebildet werden, die in ihrem Quartier dann selbstständig Bildungsarbeit in Bezug auf Kinder- und Menschenrechte, Gesundheit, Konfliktbewältigung und Geschlechtergerechtigkeit leisten. Aufgrund dieser bewusstseinsbildenden und sensibilisierenden Aufklärungs- und Bildungsarbeit konnte die Gewaltrate reduziert und die Bildungs- und Beschäftigungssituation von Jugendlichen vor Ort verbessert werden (Vgl. AWO JB 2011, 12f). Das zweite Kooperationsbeispiel sieht den Aufbau, die Einbindung und Mitwirkung lokaler Jugendgruppen im Rahmen von kommunaler Entwicklungsplanung vor, wodurch der Ausbau und die Organisation demokratischer Teilhabe und Mitgestaltung von Jugendlichen etabliert werden und so insgesamt demokratische Strukturen gestärkt werden sollen. So werden Jugendlichen dabei unterstützt, sich zu

vernetzen und ihre Belange zu artikulieren sowie diese in die kommunalen Gremiensitzungen einzubringen. Auch hier ist die Aufklärung über Kinder- und Jugendrechte sowie der Aufbau eines generationsübergreifenden, kooperativen Dialogs zwischen Jugendlichen und Erwachsenen von grundlegender Bedeutung (Vgl. AWO JB 2011, 14f).

An einem letzten Beispiel, das die allgemeine Situation der Projektarbeit in Nepal (die am Textrand aufgelisteten konkreten Projekte werden nicht erläutert) angesichts politischer Instabilität und „geringe[r] Regierbarkeit“ (AWO JB 2011, 8) in dieser vergleichsweise (seit 2006) „junge[n] Demokratie“ (AWO JB 2011, 9) anhand eines Interviews mit dem Leiter des dortigen Regionalbüros beschreibt, wird ein allen Projekten in Südasien zugrunde liegender, dreigliedriger, integrierter Methodenansatz dargestellt, der die generelle Herangehensweise von AWO International nochmal anschaulich zusammenfasst (Vgl. AWO JB 2011, 8f). Demnach werden in enger Kooperation mit den lokalen Partnerorganisationen

„[...] erstens de[r] Aufbau nachhaltiger sozialer Strukturen[,] zweitens Einkommen schaffende Maßnahmen bzw. Maßnahmen zur Sicherung der Existenzgrundlage der jeweiligen Zielgruppe [u]nd drittens [...] Lobby- und Netzwerkarbeit [gefördert bzw. unterstützt], damit die Projektbegünstigten mittelfristig ihnen zustehende Rechte und Ansprüche z.B. aus staatlichen Wohlfahrtsprogrammen selbst einfordern können.“
(AWO JB 2011, 9)

So lässt sich, meiner Meinung nach, insgesamt ein grundlegend emanzipatives, community-orientiertes und gesellschaftspolitisches Entwicklungsverständnis ableiten, das einen starken lokalen und dem Zitat nach ganzheitlichen Selbsthilfe-Fokus hat, insofern die Potenziale und Ressourcen betroffener Personen aufgreift und soziale Netzwerke auf- und ausbaut, aber auch politische Strukturen berücksichtigt bzw. benachteiligende Strukturbedingungen zu verändern versucht. Auch in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit dieser Organisation wird dieser makrostrukturelle Blick sichtbar, indem durch umfassende Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Form von Kampagnen, Demonstrationen und Projekten (z.B. „Das letzte Hemd“ oder „Umfairteilung“ (AWO JB 2011, 4)) nach dem Motto „Global lernen – fair handeln“ (AWO JB 2011, 22) ein solidarisches Bewusstsein für globale Zusammenhänge, Abhängigkeiten und lokale bzw. regionale Verantwortlichkeiten hergestellt werden soll. Dabei geht es der Organisation nicht nur um globale soziale Gerechtigkeit und beispielsweise das Engagement für Fairtrade-Produkte, sondern auch um faire Verhältnisse in Deutschland selbst, z.B. im Sinne einer gerechten Umverteilung des Reichtums (Vgl. AWO JB 2011, 4, 22f).

Während die Kategorien „politische Stabilität und gesellschaftliche Partizipation“, „Gesundheit und Bildung“, „Community-Orientierung“, „Vernetzung und Kooperation“ sowie „Öffentlichkeits-, Lobby- und Bildungsarbeit“ im relativ kurzen Berichtverlauf teils implizit, teils explizit von großer Bedeutung für das Entwicklungsverständnis von AWO International sind, fallen die Kategorien „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ und „ökologische Nachhaltigkeit“ im Text etwas weniger und die Kategorien „Gendergerechtigkeit“ und „Menschenrechte“ fast gar nicht ins Gewicht (Vgl. AWO JB 2011). Nur im generellen Projektüberblick werden acht Frauenförderungsprojekte aufgelistet (Vgl. AWO JB 2011, 28f), ebenso wie diverse Menschenrechtsprojekte (Vgl. 3.3.1.1). Die Kategorie „Kulturelle Identität“ ist, wie in 3.3.2.1 bereits erläutert, aufgrund der Aussagekraft in Bezug auf die Konstruktion von Selbst- und Fremdbildern der Organisationen sozusagen als übergeordnete Kategorie gehandhabt worden. Allerdings taucht der Begriff „Kultur“ auch in keinem Teil des Jahresberichtes auf, womit auf eine scheinbare Ausblendung kultureller Aspekte geschlossen werden kann. Auf implizite und explizite Be- und Zuschreibungen in diesem Kontext wurde in 3.3.1.1 schon eingegangen. Zur Veranschaulichung soll jedoch nochmal ein auffälliges Zuschreibungsbeispiel im Kontext der mitunter sehr allgemein gehaltenen Argumentationsstruktur des Berichts thematisiert werden.

Angesichts seines geringen Umfangs, ist wohl auch der Informationsgehalt des berichterstattenden Dokumentes begrenzt. Dennoch wird es als relevant angesehen, hier auf die minimale bzw. ausschnitthafte oder aber fehlende Erläuterung der konkreten Projekte hinzuweisen. Während in Bezug auf die oben beschriebenen Jugendförderungsprojekte relativ greifbare Maßnahmen dargelegt werden, wird das Projekt in Indien, das ganz zu Anfang umrissen wurde, nur in seiner politischen, jedoch nicht in seiner nachhaltigen bzw. ökologisch-landwirtschaftlichen Dimension erörtert (Vgl. AWO JB 2011, 6f, 12-15). Des Weiteren bleiben zwei Projektmaßnahmen in Nepal, die sich den Stichpunkten am Textrand zufolge auf ehemalige „Leibeigene“ und auf Jugendliche beziehen, völlig unbeleuchtet. Es werden lediglich die schwierigen politischen Verhältnisse in Hinsicht auf das Fortbestehen der Projektarbeit sowie die allgemeine Projektmethodik, die oben zitiert wurde, beschrieben (Vgl. AWO JB 2011, 8f).

Ebenso wird ein Projekt in Indonesien, das durch nachhaltige Landwirtschaft die Zivilgesellschaft stärken soll und wohl speziell auf Kleinbäuerinnen und Fischerinnen zugeschnitten ist, mit keinem Wort konkretisiert (Vgl. AWO JB 2011, 10f). Stattdessen werden diesbezüglich vor allem die allgemeinen Auswirkungen politischer und religiöser

Rahmenbedingungen auf die Projektarbeit veranschaulicht, wobei diese zum Teil sehr undifferenziert skizziert werden, vor allem in Hinsicht auf die „*islamistischen Kräfte*“ und „*die Verbreitung ihrer radikalen Ideen*“ (AWO JB 2011, 11). So heißt es nach einem sehr kurzen historischen Abriss: „*Insgesamt ist eine schleichende Islamisierung*“ öffentlicher Einrichtungen in Indonesien „*deutlich sichtbar*“ (AWO JB 2011, 11) und es wird die „*spürbare*“ Abnahme der „*Toleranz gegenüber Andersdenkenden*“ (AWO JB 2011, 11) festgestellt. Dies wird jedoch, aus meiner Sicht und im Anbetracht der Schwere der Aussage, nicht ausreichend bzw. nachvollziehbar belegt, während zudem die begrifflich nicht definierte „*Islamisierung*“ gleichzeitig „*schleichend*“ und „*deutlich sichtbar*“ ist, was sprachlich ein Widerspruch in sich ist. Stattdessen werden nur regionale Unterschiede in Bezug auf die Severität der religiösen Glaubenspraxis, vor allem in Bezug auf Frauen, beschrieben, wobei in beiden Regionen und den beschriebenen Beispielen, bei genauerem Lesen, sowohl strikte als auch weniger strikte Auslegungen des Islam nebeneinander bestehen, es also, aus meiner Sicht, keine grundlegenden regionalen Kontraste aufzuzeigen gibt, wie es der Text suggeriert (Vgl. AWO JB 2011, 11). Außerdem wird die subjektive „*Islamisierungs*“-Aussage im Text direkt wieder relativiert, indem von einem insgesamt nach wie vor „*politisch moderate[n] Islam*“ (AWO JB 2011, 11) die Rede ist. Zugleich wird aber auch konstatiert, dass „*[...] die junge Demokratie [...] zumindest mittelfristig durch Islamisten (noch) nicht grundlegend gefährdet [ist].*“ (AWO JB 2011, 11), es also dennoch eine potenzielle „*Islamisierungsgefahr*“ zu befürchten gibt. Am Ende dieses diffusen Kapitels wird noch betont, welche „*besondere Herausforderung*“ (Ebd.) und schwierige Aufgabe die Projektarbeit im dargelegten Kontext darstellt, die aber „*von zentraler Bedeutung [ist], wenn Wirkung in [den] Projektregionen erzielt werden soll.*“ (Ebd.) Ohne auf die erwähnte Wirkung einzugehen, wird zudem von „*[e]rste[n] Erfolge[n]*“ gesprochen, wonach „*gute Beispiele aus den Projektorten des Regionalbüros auf besonders islamistisch geprägte Nachbarorte ausstrahlen.*“ (Ebd.) Auch hier erfolgt keine Konkretisierung. Es wird lediglich erwähnt, dass „*[d]ie Chance für eine gute Zusammenarbeit [...] bei den moderaten muslimischen Gruppierungen, den Fraueninitiativen und den Jugendgruppen [liegt].*“ (Ebd.) So wird auf der Grundlage sehr allgemeiner, stereotyper („*frauenfeindlicher, undemokratischer, rückständiger Islam*“) und auch widersprüchlicher Ausführungen die positive und implizit angesichts „*strenger Islamisten*“ geradezu unverzichtbare EZ hervorgehoben, die aber, wie gesagt, mit keinem Wort näher verdeutlicht wird (Vgl. AWO JB 2011, 10f).

Vor diesem Hintergrund kann wohl kaum von einer ausführlichen oder sehr eindeutigen Darstellung der Projektpraxis die Rede sein und es wird nochmal eine fehlende Sensibilität

bezüglich „kultureller Identität“ ersichtlich, die der, in 3.3.1.1 genannten, Konstruktion des „Anderen“, dem geholfen werden muss, sehr zweckdienlich ist. Auch wenn dies nicht beabsichtigt wird oder unbewusst geschieht, reproduzieren gerade Verallgemeinerungen wie die eben beschriebene doch die herrschaftsförmige Ungleichheit zwischen Nord und Süd. Dies verstärkt sich dadurch, dass am Ende jeder Projektbeschreibung, ob präzisiert oder nicht, der positive, verbessernde Effekt der EZ von AWO International in den jeweiligen Regionen bekräftigt wird (Vgl. AWO JB 2012, 6-15). Diese Selbstdarstellung und Selbstlegitimation sollte, besonders angesichts der geringen Information und unter Verweis auf die kulturelle Dimension von Entwicklung (Vgl. 2.1.2), kritisch betrachtet werden und ist, nach meinem Erachten, durchaus fragwürdig. Zu ergänzen wäre hierbei aber auch, dass neben den hier und in 3.3.1.1 dargestellten, impliziten und expliziten, objektivierenden und stereotypisierenden Zuschreibungen gegenüber den Menschen im Süden, dennoch auch ein ressourcenorientierter Subjektblick im erörterten Entwicklungsverständnis erkennbar wird, der politisch und rechtlich aktivieren will und damit eine emanzipative, strukturelle Dimension eröffnet. Der aufgezeigte Fokus auf generelle politische Umstände, der die konkrete Projektarbeit im Bericht teilweise hintergründig werden lässt, könnte im Sinne einer positiven Interpretation, auch als Indiz für eine eher makrostrukturelle Entwicklungsperspektive der Organisation gelesen werden, die ihre lokalen Aktivitäten stets in einen Gesamtkontext einbettet. Indessen wird aber im gesamten Bericht von AWO International, trotz des Strukturblickes, nur im Vorwort und im Rahmen der Inlandsarbeit explizit kritisch auf globale wirtschaftspolitische Machtverhältnisse eingegangen (Vgl. 3.3.1.1) und es ist nirgends das Wort „Klimawandel“ oder „Umweltschutz“ nachzulesen, genauso wie das ökonomische Wachstumsparadigma unerwähnt bleibt (Vgl. AWO JB 2011). Im Vorwort wird jedoch, wenn auch wieder ohne nähere Erläuterung, der globalisierungskritische Slogan des Weltsozialforums aufgegriffen, wenn es da heißt: *„Das Netzwerk AWO ist — mit all seinen Grenzen — eine Plattform für Engagement, ein Netzwerk für solidarisches Handeln, ein Ausdruck dafür, dass eine andere Welt möglich ist!“* (AWO JB 2011, 4/ Vgl. weltsozialforum.org)

4.1.2 BfdW-EED: Entwicklung durch Nächstenliebe

Der Bericht von BfdW-EED lässt ebenfalls auf eine sowohl mikro- als auch makrostrukturelle, tendenziell emanzipatorische und generell kritische, aber gegenläufig auch durchaus paternalistische Entwicklungsperspektive schließen, wodurch das entstandene Profilbild zum einen bestätigt, zum anderen aber auch maßgeblich erweitert wird (Vgl. 3.3.1.2). So werden im Rahmen der vorgestellten Projektarbeit, die ausdrücklich *„Hilfe zur*

Selbsthilfe“ (BfdW JB 2012, 10) leisten will, in Kooperation mit kirchlichen und nicht kirchlichen (50:50) Partnerorganisationen vor Ort, meist multidimensional wirkende Maßnahmen in Bezug auf unter anderem Bildung, Ernährung, Infrastruktur, Umwelt und Gesundheit, aber auch auf die langfristig eigenständige, mitunter existenzsichernde Einforderung von Rechten durchgeführt (Vgl. BfdW JB 2012, 16-27).

Ein Beispiel hierzu wäre ein Umweltschutzprojekt unter dem Titel „*Der lange Kampf um den Chaco*“ (BfdW JB 2012, 27), das in Kooperation mit der kirchlichen Partnerorganisation ASOCIANA („Acompañamiento Social de la Iglesia Anglicana de Argentina“) im Norden Argentiniens (Provinz Salta/ Chaco) durchgeführt wird. Darin werden indigene Gemeinschaften beim Kampf um den Erhalt ihres Lebensraums und für ihre Landrechte als Ursprungsbevölkerung gegenüber der Regierung und multinationalen, profitorientierten Großkonzernen unterstützt. Durch Lobby- und Beratungsarbeit für die bereits vernetzten und aktiven Betroffenen wurden weitere weitläufige Waldrodungen mit dem Ziel der monokulturellen Nutzung (Soja, Zuckerrohr, etc.) und der Energieerzeugung, wovon vor allem China und Europa profitieren, verhindert sowie rechtliche Ansprüche durchgesetzt (Vgl. BfdW JB 2012, 27). Unter Verweis auf den Klimawandel, für den mehrheitlich „*die reichen Industrienationen verantwortlich*“ sind, unter dem „*jedoch vor allem die Armen in den Entwicklungsländern [zu leiden haben]*“ (BfdW JB 2012, 26), wird hier eindeutig eine system- bzw. machtkritische Position bezogen, die jedoch am Ende der allgemeinen Einleitung und vor der Projektdarstellung mit einem Bibelzitat und damit mit einer religiösen Motivation begründet wird: „*Denn wir glauben: Gott hat uns aufgegeben, die Erde zu bebauen und zu bewahren.*“ (BfdW JB 2012, 26)¹⁴ Dies ist in Hinsicht auf das christlich-kirchliche Organisationsprofil eventuell bedenkenswert, da dadurch glaubensbedingt „heilbringende“ und insofern potenziell bevormundende Hilfe legitimiert werden kann, in der zudem letztlich eigennützige Motive im Sinne einer gottgewollten Nächstenliebe als christliche Pflicht und dem damit verfolgten eigenen „Seelenfrieden“ handlungsleitend sein können; auch dann, wenn „Hilfe“ vielleicht gar nicht erwünscht ist (Vgl. 3.3.1.2). Ebenso bemerkenswert und, meines Erachtens, kritisch zu betrachten ist die Aussage: „*Die Sojabohnen landen in den Trögen von Schweinen und Rindern, während im Chaco jene hungern, denen das Land gehört: die indigene Bevölkerung. Sie verlieren mit dem Wald nicht nur ihre Jagdgebiete und Sammelreviere für Früchte und Honig, sondern auch ihre Identität.*“ (BfdW JB 2012, 27) In diesem Zitat, das wie das Bibelzitat, eine positive

¹⁴ Vgl. Genesis/ 1. Buch Mose 2, 15: „Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ (www.die-bibel.de).

Parteinahme für Umweltschutz und indigene Menschen untermauern soll, steckt gleichzeitig eine stark verkürzte und, meines Erachtens, abwertende, exotistisch anmutende Beschreibung der indigenen Bevölkerung als sozusagen primitive Personengruppe, die scheinbar nur „jagen und sammeln“ geht und die es, im Zitat implizit ausgedrückt, vor Hunger und Ausbeutung zu retten gilt, was einen sehr stark paternalistischen Charakter aufweist. Dies wird durch das weiter unten angeführte Zitat eines betroffenen Aktivisten nochmals unterstrichen: *„Zum Glück beraten uns diese Fachleute auf unserem langen Weg.“* (BfdW JB 2012, 27) So verstärken diese Äußerungen die anhand der Profiltexpte unter Punkt 3.3.1.2 schon beschriebene Konstruktion der „armen“ Hilfebedürftigen, die aber *„zum Glück“* vermeintlich selbstlose, kompetente Hilfe von außen erhalten, obwohl eigene Initiativen ja auch schon bestehen. Zugleich erinnert dieses sprachlich konstruierte Fremdbild an den im Vergleich zur „westlichen Zivilisation“ als „rückständig“ und „unterentwickelt“ wahrgenommenen und deklarierten globalen Süden, dem es bei seiner Entwicklung nach westlichem Modell zu helfen gilt (Vgl. 2.1.2). So wird hier eine überheblich bevormundende Haltung, aus meiner Sicht, deutlich erkennbar und es stellt sich die Frage wie maßgeblich diese für die damit verbundene Praxis ist. Gleichzeitig ist in der Projektarbeit von BfdW-EED jedoch auch eine politisch-rechtliche, emanzipatorische, lokal und community-orientierte Entwicklungsperspektive erkennbar, die makrostrukturelle, benachteiligende Zusammenhänge berücksichtigt und zu verändern versucht.

Diese Ambivalenz zwischen explizitem Projekthinhalte und sprachlichen Implikationen in der Projektdarstellung wird auch in einem weiteren Projektbeispiel unter dem fragwürdigen Titel *„Gesundes Essen für die Armen“* (BfdW JB 2012, 17) deutlich. Darin sollen *„Kleinbauernfamilien in ihrem alltäglichen Überlebenskampf“* (BfdW JB 2012, 16) in Brasilien unterstützt werden, indem sie unter anderem in ökolandwirtschaftlicher, diversifizierender Bodennutzung weitergebildet werden und durch Lobbyarbeit lokale Vermarktungschancen und damit Unabhängigkeit *„vom Diktat der großen Tabakunternehmen“* (BfdW JB 2012, 16) erhalten. Dies wird von BfdW-EED in Kooperation mit einer kirchlichen Partnerorganisation namens FLD (*„Fundação Luterana de Diaconia“*) realisiert, die wiederum die konkret agierende Organisation CAPA (*„Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor“*) fördert, und zeigt das Engagement gegen *„den zunehmenden ‚Landraub‘ durch Großkonzerne und Staaten“* (BfdW JB 2012, 16) und für mehr Handelsgerechtigkeit sowie den sozial gerechteren Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln (Vgl. BfdW JB 2012, 16f). Obwohl auch hier eine makrostrukturell begründete Parteilichkeit für die Kleinbäuerinnen in Brasilien ergriffen wird, bekommt das kooperative EZ-Projekt

durch die Sprachwahl der Beschreibung eine unabdingbare, sozusagen „überlebenswichtige“ Relevanz, sodass ein Eindruck der Unverzichtbarkeit in Bezug auf die Hilfemaßnahmen vermittelt wird. Auch das einleitende Zitat eines Kleinbauern untermauert dies: *„Früher kam ich mir vor wie ein Sklave“, sagt Alex Menconca unter seinem breitkrepigen Strohhut. „Wir arbeiteten ohne Unterlass.“*“ (BfdW JB 2012, 17) Der Sklaverei-Vergleich vermittelt erneut den Eindruck einer rettenden EZ-Praxis, womit auch nochmal das religiöse Motiv hervortritt.

Dabei verläuft der Argumentationsaufbau in der Projektdarstellung nach einem wiederkehrenden Muster: Erst wird ein globales Problem anhand von statistischen, erschütternden und daher Aufmerksamkeit erregenden Zahlen in einer überdimensionierten, farbigen Überschrift und mit ziemlich allgemeinen und verkürzten, oft plakativen und zum Teil sehr zugespitzten Aussagen über die Ursachen, Verantwortlichen, Betroffenen sowie die eigenen Ansichten und Aktivitäten eingeleitet. Darauf folgt eine pastorale Parole (*„Denn wir glauben: .../ sind sicher: .../ der Überzeugung: .../ der Meinung: ...“*, s.o.: Bsp. Bibelzitat), um in das konkrete Projektbeispiel überzugehen, das unter einem pointierten Titel (u.a. *„Aufklärung rettet Leben“*, *„Jeder Tropfen zählt“*, s.o.) anhand personalisierter Einzelporträts von Projektbegünstigten die jeweiligen Maßnahmen und deren Erfolge umreißt (Vgl. BfdW JB 2012, 16-27). Dieser Aufbau – globales Problem, generelle Ursachen/ Wirkungen, BfdW-EED-Projekt – suggeriert eine vermeintliche Einfachheit der Problematik und ihrer Lösung, die komplexe Zusammenhänge nicht direkt ausblendet, aber doch stark herunter bricht und dabei oft ein Bild allgemeiner, abstrakter, „großer und mächtiger Täterinnen“ im Norden (Großkonzerne, Staaten, Industrienationen) und personalisierter, „kleiner und schwacher Opfer“ im Süden (Mädchen, Frauen, Kinder, Alte) zeichnet (Vgl. BfdW JB 2012, 16f, 18, 22f, 26). Dies ist, meines Erachtens, auf der einen Seite im Rahmen eines in erster Linie informativen Jahresberichtes für die Selbstlegitimation vor der spendenden Leserschaft nachvollziehbar (Vgl. 3.3.2.2), auf der anderen Seite und vor dem Hintergrund der impliziten Rollenzuschreibungen jedoch auch oft zu vereinfachend, mitunter sehr klischee- bzw. schablonenhaft und daher irreführend und als problematisch einzuordnen.

Ein Alphabetisierungsprojekt in Sierra Leone wird z.B. mit der Überschrift *„Fast 800 Millionen Menschen weltweit können weder lesen noch schreiben.“* (BfdW JB 2012, 18) eingeleitet. Danach beschreibt der allgemeine Einleitungsabsatz insbesondere die Bildungsbenachteiligung von Mädchen, die *„[...] keine Chance bekommen, eine Schule zu besuchen [...], [o]ft früh heiraten müssen und (.) mit 15 oder 16 Jahren zum ersten Mal Mutter [werden]: So wird ihre Armut in die nächste Generation weitergegeben.“* (BfdW JB

2012, 18) Die Darstellung einer Kreislaufproblematik wie hier ist im BfdW-Bericht auch ein gängiges Stilmittel der Veranschaulichung (Vgl. BfdW JB 2012, 18f, 20f, 22f). Und obwohl Schilderungen wie diese nicht völlig inkorrekt sind, können sie in der Reduktion (es wird nirgends im Bericht explizit bzw. vertiefend auf die Genderproblematik eingegangen) doch zu stereotypen Generalisationen, wie im eben angeführten Zitat, oder einer, meines Erachtens, unangemessenen Wortwahl wie der folgenden im ebenfalls kreislaufartigen Kontext von Trinkwasserzugang führen: *„In den Slums vieler Städte des Südens [...] Frauen und Mädchen, die zumeist für das Heranschaffen des Wassers zuständig sind, holen es [...] manchmal sogar in brackigen Tümpeln. Infektionen durch verschmutztes Wasser schwächen die Arbeitskraft der Erwachsenen und sind einer der Gründe für die hohe Kindersterblichkeit.“* (BfdW JB 2012, 22) Schließlich wird das zu Anfang genannte Bildungsprojekt in Sierra Leone mit folgendem Satz betitelt *„Das Ende der Ohnmacht“* (BfdW JB 2012, 19), was den Bruch des „Teufelskreises“ und wieder die schon genannte Unverzichtbarkeit der „heilbringenden“ Hilfsprojekte suggeriert. Der Einleitungssatz, auch hier das Zitat einer Betroffenen, weist zudem eine christliche Motivation der Projektbegünstigten auf, die mitunter auch an anderen Stellen im Text zum Ausdruck gebracht wird (Vgl. BfdW JB 2012, 21) und, meiner Meinung nach, einen weiteren Legitimationsaspekt für die kirchliche Organisationsarbeit darstellt: *„Im Gottesdienst nach vorne zu treten und vor der ganzen Gemeinde die Lesung zu übernehmen: Das war immer ein Traum von mir.“* (BfdW JB 2012, 19)

Durch diesen Kapitelaufbau hinsichtlich der Projekte wird insgesamt eine hohe Effektivität bzw. Lösungsfähigkeit der EZ von BfdW-EED in Bezug auf die vorher überspitzt und verkürzt dargestellten Weltprobleme suggeriert. Damit entsteht der Eindruck einer schon erwähnten Unentbehrlichkeit der Hilfemaßnahmen, was insgesamt einer überhöhten Selbstlegitimation und objektivierenden Zuschreibung von Hilfsbedürftigkeit respektive Hilflosigkeit hinsichtlich der Menschen im globalen Süden gleichkommt. Die eigene wirkmächtige und verändernde Position der Organisation steht im Kontrast zur eher passiv-schwachen Position der „Armen“, die zwar in den Einzelporträts als durchaus selbstwirksame Personen auftreten, deren Stärke in der Darstellung jedoch sehr in die Projektmaßnahmen eingebettet wird und somit nie als ganz eigenständig erscheint. Auch wenn es nicht explizit gesagt wird, vermittelt die Textstruktur den Anschein einer globalen Rolle und Reichweite von BfdW-EED, ganz im Sinne der in 3.3.1.2 schon erläuterten, bibelbegründeten

„Weltverantwortung“ (EWDE Satzung, Preamble, 1) dieses kirchlichen Hilfs- und Entwicklungswerkes.

Schließlich stellt sich nochmal die Frage nach der deklarierten „*Begegnung auf Augenhöhe*“ (BfdW JB 2012, 44, 67) in Bezug auf die Kooperationspartnerschaften (Vgl. 3.3.1.2). Im Kontext der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, wozu unter anderem auch Lern- und Partnerschaftsreisen gezählt werden, spricht die Organisation in der Beschreibung eines Treffens zweier Partnergemeinden aus Deutschland und Nicaragua von ebendieser „*Begegnung auf Augenhöhe*“ (BfdW JB 2012, 44). Dabei werden die Besucherinnen aus Nicaragua jedoch wiederholt als „*Nicas*“ bezeichnet, ein Spitzname, den sie sich zwar selbst geben, der aber kaum in einen offiziellen Kontext gehört und, meines Erachtens, die Augenhöhe bzw. die subjekthafte Gleichwertigkeit der Gäste untergräbt, indem es einer Art Verniedlichung gleichkommt und damit eine latente paternalistische Überheblichkeit zum Ausdruck bringt. Entsprechend wird vom „[...] *Aufenthalt der ‚Nicas‘[...]*“ (BfdW JB 2012, 44) gesprochen, während im Gegensatz dazu gleich darauf ein Diakon zitiert wird, der „*das Geheimnis der langjährigen Freundschaft*“ wie folgt beschreibt: „*‘So eine Partnerschaft braucht Menschen, die bereit sind, den eigenen Horizont zu erweitern und die potenziellen Partner nicht als Almosenempfänger zu betrachten. ‚Begegnung auf Augenhöhe‘, das ist unser Zauberwort!’*“ (BfdW JB 2012, 44) Im weiteren Textverlauf allerdings heißt es erneut: „*So unternahmen ‚Nicas‘ und Deutsche eine gemeinsame Wanderung durch Wälder und Moore im Nationalpark Harz [...]*“ (BfdW JB 2012, 44f), wobei die Gruppe, die im Rahmen dieses „*Begegnungsprogramms*“ (BfdW JB 2012, 44) vor allem ein gemeinsames Theaterstück entwickelt hat, im Sinne der Nachhaltigkeit auch noch etwas über Klimaschutz lernen konnte. Zudem wird der Ort in Deutschland mehrfach genannt, wohingegen völlig unklar bleibt aus welcher Region in Nicaragua die Reisegruppe stammt. Das Lernen auf Augenhöhe findet außerdem nur unidirektional für die Besucherinnen in Deutschland statt, nicaraguanische Theatermethoden werden den Deutschen scheinbar nicht vermittelt (Vgl. BfdW JB 2012, 44). Stattdessen entsteht der Eindruck eines einseitigen Erfahrungswertes für die Reisenden aus dem globalen Süden, wenn es da heißt: „*‘Wir spielen bei uns sehr viel Theater‘, so ein junger Nicaraguaner, ‘nun haben wir professionelle Techniken gelernt und nehmen sie mit in die Heimat.’*“ (BfdW JB 2012, 45) Dies stellt, aus meiner Sicht, eine Entsprechung zum herrschaftsförmigen, unidirektionalen Wissenstransfer von Nord nach Süd dar (Vgl. 2.1.2/ 2.1.3) und widerspricht grundlegend dem Anspruch der Gleichberechtigung.

Nichtsdestotrotz zeigt BfdW-EED insbesondere im Rahmen der ausgedehnten entwicklungspolitischen Bildungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch im gesamten Berichtverlauf, immer wieder eine ebenso kritische Haltung und einen bewusstseinsbildenden Anspruch in Bezug auf globale Zusammenhänge und Machtverhältnisse. Anhand von „Seminaren, Veranstaltungen, Aktionen, Filmen und Broschüren“ (BfdW JB 2012, 44), durch „die Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen“ (BfdW JB 2012, 42) und einen erfahrungsbasierten, vernetzten, beratenden und anwaltschaftlichen „Politikdialog“ (BfdW JB 2012, 40), will die Organisation nicht nur über die „Ungleichverteilung von Macht und Wohlstand in der Welt“ (BfdW JB 2012, 38) aufklären und „ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge schaffen“ (BfdW JB 2012, 38) sowie „zum Dialog zwischen Nord und Süd und zu entwicklungspolitischem Lernen beitragen“ (BfdW JB 2012, 44), sondern ebenso ihrem Anspruch genügen, „[...] für eine gerechtere Lebens- und Wirtschaftsweise einzutreten [...]“ (BfdW JB 2012, 38) So wird unter Verweis auf „die Globalisierung der sozialen Frage“ (BfdW JB 2012, 6), auf den Klimawandel und auf bislang weitestgehend ergebnislose Klimaschutzverhandlungen der internationalen Gemeinschaft, deutliche Kritik am aktuellen ressourcenintensiven und sozial ungerechtem Wirtschaftsmodell geübt und eine nachhaltigkeitsorientierte Transformation bzw. ein „sozialökologische[r] Umbau“ (BfdW JB 2012, 41) von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Durchsetzung sozialer Sicherheit als armutsreduzierendes Menschenrecht gefordert. Hierbei ist auch die erstmalige zivilgesellschaftliche Kooperation von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Kirche erwähnenswert, in dessen Zuge BfdW-EED im Rahmen eines interdisziplinären, ressortübergreifenden „Transformationskongress[es]“ unter dem Motto „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“ (BfdW JB 2012, 7) mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Deutschen Naturschutzring, dem sozialwissenschaftlichen Institut der EKD und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Fragen und Ziele eines sozialökologischen, demokratischen und ökonomischen Wandels diskutiert hat (Vgl. BfdW JB 2012, 6f, 41/ Vgl. 3.3.2.2).

Eine direkte Wachstumskritik wird im Bericht jedoch nicht geäußert, nur ein Mal wird indirekt über das Zitat einer Projektpartnerin die Frage gestellt: „Wie viel Wachstum ist noch nachhaltig?“ (BfdW JB 2012, 41). Wie bei der Erläuterung der Nachhaltigkeitskategorie in 3.3.2.2 schon angedeutet, wird, besonders angesichts des ressourcenintensiven Wachstums der Schwellenländer, wodurch dort zwar eine Reduktion der Armut, jedoch auch eine Zunahme sozialer Ungleichheit erfolge (Vgl. BfdW JB 2012, 39), für „neue Wege eines lebensdienlichen Wirtschaftens“ (BfdW JB 2012, 39) plädiert und die „Verbreitung eines

neuen Leitbildes armutsüberwindender, zugleich aber kohlenstoffarmer und nachhaltiger Entwicklung [...] in einer Reihe strategischer Schwerpunktländer“ (BfdW JB 2012, 7) initiiert. Zudem erklärt Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin der Organisation, das Leitbild der nachholenden Entwicklung für gescheitert und spricht sich für die gemeinsame Entwicklung „*neue[r] Visionen [.] wie wir gut leben können, ohne auf Kosten des fernen Nächsten oder künftiger Generationen zu wirtschaften*“ (BfdW JB 2012, 41) aus. Obwohl dies der Idee von Nachhaltigkeit entspricht (Vgl. 2.1.2) und hier von einer gemeinsamen Erarbeitung neuer Entwürfe die Rede ist, lässt die Schilderung einer strategischen „*Verbreitung eines neuen Leitbildes*“ doch auch an die „*volksmissionarischen Aufgaben*“ bzw. an die „*missionarische Weltverantwortung*“ in der EWDE-Satzung denken (Vgl. 3.3.1.2). Bei allem wird die Rolle des Nordens zwar nicht ignoriert, wie folgendes Zitat zeigt: „*Als Angehörige eines wohlhabenden Industrielandes haben wir oftmals Teil oder ziehen gar Nutzen aus der Ungleichverteilung von Macht und Wohlstand in der Welt.*“ (BfdW JB 2012, 38) Allerdings werden doch maßgebliche historische Umstände vernachlässigt oder außen vor gelassen, wie etwa das westliche Entwicklungsversprechen an den Süden seit den 1950er Jahren oder der durch koloniale Ausbeutung und ungleiche internationale Arbeitsteilung bedingte Reichtum des Nordens (Vgl. 2.1.2). So erscheint es fast anmaßend, wenn der aktuelle Bundespräsident Joachim Gauck im Kontext des 50-jährigen Jubiläums staatlich-kirchlicher Kooperation 2012 mit folgendem Satz zitiert wird: „*Es sei schlicht unmöglich, überall auf der Welt innerhalb weniger Jahrzehnte einen materiellen Wohlstand zu erreichen, wie er in Europa über Generationen aufgebaut werden musste.*“ (BfdW JB 2012, 43) Hier ist zudem die implizite Annahme herauszulesen, Europa hätte eine Vorbildfunktion im Sinne eines modellhaften Wohlstandssystem. Ebenso vermessen erscheint mir die Äußerung „*Kirchen leisten wirkungsvolle Entwicklungsarbeit [...], [die] zehntausende Arme erreich[t]*“ (BfdW JB 2012, 8), da dies unter anderem mit einem im Vergleich zu staatlichen EZ-Organisationen oftmals größeren Handlungsspielraum weltweit vernetzter, kirchlicher Hilfswerke „*in Krisenländern oder Staaten mit autoritären Regierungen*“ (BfdW JB 2012, 43) begründet wird. Aber auch hier wird der historische Umstand ignoriert, dass die Reichweite der Kirchen ebenso auf die Kolonialzeit zurückgeht bzw. auf der christlich-kolonialen Missionierung weiter Teile des globalen Südens basiert.

Zuletzt wird in Bezug auf die aufgestellten Entwicklungskategorien deutlich, dass insbesondere gesellschaftspolitische, ökologische und wirtschaftliche Aspekte sowie die Bereiche Gesundheit und Bildung, Öffentlichkeits-, Lobby- und Bildungsarbeit sowie Vernetzung und Kooperation gewichtig sind, während die Genderproblematik und die

Menschenrechte zwar in einem allgemeinen Kontext auftauchen, aber nicht expliziert oder vertieft werden. Die Dimension der „kulturellen Identität“ ist indessen durch die diversen impliziten Zuschreibungen außerordentlich maßgeblich, wird aber stark ausgeblendet bzw. nicht expliziert, auch wenn das Wort „Kultur“ im Bericht, vor allem im Rahmen des Freiwilligendienstes, auf den hier nicht eingegangen worden ist¹⁵, durchaus nachzulesen ist. Darüber hinaus ist die Kategorie „Community-Orientierung“, die sich induktiv aus dem Textmaterial ergeben hat, auch zweifellos relevant, da die Projektarbeit mehrheitlich gemeinwesenbezogen und lokal ausgerichtet ist.

So ergibt sich insgesamt ein ambivalentes Bild in Bezug auf die Entwicklungsperspektive von BfdW-EED, die einerseits wirtschafts- und gesellschaftskritische sowie reformatorische Züge, besonders im Kontext politischer Lobby-, Advocacy- und Bildungsarbeit, und die schon erwähnte, emanzipatorische sowie politisch-rechtliche Community-Orientierung aufweist, andererseits aber von einem gemäß des Profils religiös bedingten, historisch konstruierten und stark paternalistischen Fremdbild geprägt ist. Die fundamentale Wertegebundenheit der Organisation stellt, aus meiner Sicht, ebenso wie die historische Rolle der christlichen Kirche, ihre Motivation und Praxis in Hinsicht auf mögliche, paternalistische Wirkungen für und auf die Betroffenen durchaus in Frage, da damit unbewusst ungleiche Machtverhältnisse reproduziert und somit entgegen des ausdrücklichen Anspruchs von BfdW-EED verfestigt werden könnten.

4.1.3 GIZ: Entwicklung durch Wachstum

Das herausgearbeitete Selbst- und Fremdverständnis der GIZ ist zu weiten Teilen schon in der Profilbeschreibung unter 3.3.1.3 und aus der beispielhaften Erläuterung der induktiven Kategorien sowie des analytischen Kodierens unter 3.3.2.2 und 3.3.2.4 ersichtlich geworden. Darin wurde die GIZ insgesamt als staatliches (BMZ) und sehr normatives (Menschenrechte, Grundgesetz, deutsche Gesellschaftsordnung, Nachhaltigkeit) Dienstleistungsunternehmen der EZ porträtiert, das sich insbesondere durch die enge Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft auszeichnet und EZ selbst nicht zuletzt als Markt versteht (Vgl. 3.3.1.3/3.3.2.2). Ebenso wurde in den obigen Ausführungen schon deutlich, dass im Bericht sprachlich als auch formal eine klare Hierarchisierung zwischen dem globalen Norden und

¹⁵ Obwohl es interessant wäre, wenn man allein dieses Zitat einer Teilnehmerin des Freiwilligendienstes von BfdW-EED liest: „*Was ich nie vergessen werde, ist das ‚kambodschanische Lächeln‘.*“ (BfdW JB 2012, 35) Dies wird durch die dazugehörige Fotografie, die fast schon klischeehaft die blonde Freiwillige beim Unterricht einer kambodschanischen Schulklasse zeigt (Vgl. BfdW JB 2012, 35), und folgenden Erläuterungssatz ergänzt: „*Die Leute wirkten immer unbeschwert. Heute weiß sie, dass sich hinter dem Lächeln der freundlichen Menschen oft große soziale und wirtschaftliche Not verbirgt.*“ (BfdW JB 2012, 35).

dem globalen Süden herauszulesen ist (Vgl. 3.3.2.4). Im Folgenden soll diese erste interpretative Analyse, die auf ein maßgeblich ökonomisches Entwicklungsverständnis schließen lässt, auf der Grundlage des ausgewerteten Unternehmensberichtes erweitert und mit zusätzlichen Beispielen unterlegt werden.

Allem voraus sei auf die weit auseinander gehende Gewichtung der Kategorien verwiesen. Während die Bereiche Wirtschaft und Politik (vor allem aber Wirtschaft) im Bericht mit Abstand am relevantesten sind, ist ökologische Nachhaltigkeit im Sinne des neuen Leitbildes der EZ (Vgl. 2.1.2) das dritt wichtigste Themenfeld neben Vernetzung und Kooperation. Dagegen sind „Gesundheit und Bildung“ sowie „gesellschaftliche Partizipation“, die eigentlich zur Politikategorie zählt, weniger bedeutsam, während die Kategorien „Gendergerechtigkeit“, „Community-Orientierung“, „Menschenrechte“ und „Öffentlichkeits-, Lobby- und Bildungsarbeit“ im Bericht gar keine Rolle spielen, obwohl letztere in den Profiltextrn zumindest erwähnt wird, wenn auch nur in Bezug auf Bildungsarbeit, und den Menschenrechten sogar ein eigenes Profildokument gewidmet ist (Vgl. 3.3.1.3). Kulturelle Aspekte werden im Unternehmensbericht der GIZ, ebenso wie im Profil (Vgl. Ebd.), nur ganz am Rande genannt bzw. in diesen wenigen Ausnahmen vor allem in einen ökonomischen Kontext eingebettet. Das ist beispielsweise der Fall, wenn im Rahmen eines Stipendienprogramms für Nachwuchsführungskräfte die asiatische „*Arbeitskultur*“ bzw. die „*lokale Wirtschaftskultur*“ (GIZ UB 2012, 37) vermittelt werden soll, um „*[k]ompetent für das Geschäft mit Fernost*“ (Ebd.) zu werden (Vgl. GIZ UB 2012, 37). Mit Verweis auf das herkunftsheterogene Personal der GIZ und seine vielfältigen Expertisen, wodurch außerdem die „*Wettbewerbsfähigkeit*“ des Unternehmens auf „*unterschiedlichen Märkte[n]*“ (GIZ UB 2012, 55) gestärkt wird, werden „*maßgeschneiderte und kulturell angepasste Lösungen*“ für die „*Kunden, Auftraggeber und Partner*“ (Ebd.) der GIZ propagiert (Vgl. GIZ UB 2012, 55). Dies ist allerdings nur eine Randbemerkung im letzten Teil des Berichts und umfasst nicht einmal eine halbe Seite (Vgl. Ebd.). Insofern wurde die Kategorie „Kulturelle Identität“ wieder im Hinblick auf den korrelativen Zusammenhang zwischen Kultur, Sprache und Diskurs als übergeordnetes Analyseinstrument angewandt (Vgl. 2.1.2.1/ 2.1.2.2/ 3.3.2.1).

In diesem Zusammenhang könnte das eben zitierte Beispiel schon als sehr aussagekräftige Bestätigung des anfangs skizzierten Entwicklungsverständnisses der GIZ eingeschätzt werden, da von „*Kunden*“, „*Märkten*“ und „*Wettbewerbsfähigkeit*“ gesprochen wird, die von einem expertenhaften, kulturell diversen Personal getragen werden, während gleichzeitig offenkundig wird, wie nebensächlich letztlich die kulturelle Dimension, indem sie scheinbar

nur als Mittel zum Erreichen einer ökonomischen Zielsetzung verstanden wird. Diese Zielsetzung ist explizit schon im Vorwort nachzulesen, wenn es in Bezug auf die eigene, fusionierte Unternehmensentwicklung heißt: „*Mit zahlreichen Investitionen haben wir die strategischen Weichen für künftiges Wachstum gestellt.*“ (GIZ UB 2012, 6) Der ökonomische (Wachstums-)Fokus zeigt sich weiterhin in zahlreichen Äußerungen, die zum Teil schon in vorhergehenden Kapiteln (s.o.) dargelegt wurden, und durchzieht im Grunde alle Aktivitätsbereiche der GIZ, denn „*[p]rivatwirtschaftliches Engagement und die Entwicklung eines Landes hängen unmittelbar zusammen*“ (GIZ UB 2012, 45), wie es die Organisation ihrer Überzeugung nach explizit ausdrückt. Und so sind auch insgesamt fast keine genuinen Bildungs- oder Gesundheitsprojekte im Bericht zu finden, da nahezu alle bildungsbezogenen Maßnahmen, die im Bericht aufgeführt sind, in der Regel einer übergeordneten wirtschaftlichen oder nachhaltigkeitsbegründeten, ökologisch-wirtschaftlichen Zielsetzung dienen und sich meist auf die Fort- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung von Fach- und Führungspersonal für „*neue Märkte*“ (GIZ UB 2012, 31) beziehen (Vgl. GIZ UB 2012, 30f, 37, 40, 42). Nur zwei Ausnahmen sind diesbezüglich nachzulesen, wobei erstere wohl eher eine sicherheits- und außenpolitische Dimension aufweist, da es sich um ein Alphabetisierungsprojekt, inklusive rechtlicher Trainings für die afghanische Polizei handelt, womit die GIZ, „*neben dem Bau von Polizeigebäuden*“ (GIZ UB 2012, 17), das Innenministerium des Landes im Hinblick auf den Rückzug der Internationalen Gemeinschaft unterstützen will. Zudem lautet der Titel dieses halbseitigen Textabschnittes „*Das Abc der Polizeiarbeit*“ (Ebd.), was wieder einen kulturell abwertenden Aspekt enthält, da der Eindruck einer Unterrichtsstunde für eine Grundschulklasse vermittelt wird (Vgl. GIZ UB 2012, 17). Die andere Ausnahme, die als einziges Beispiel (in 68 Berichtseiten!) sowohl Gesundheit als auch Bildung ohne direkte, explizite Wirtschaftsinteressen umfasst, ist ein Gesundheitsprojekt mit dem Titel „*Fit für die Schule*“ (GIZ UB 2012, 18), worin die GIZ die philippinische Regierung bei der Umsetzung eines staatlichen Basisgesundheitsprogramms gegen Zahnkrankheiten und Würmer für Schulkinder berät (Vgl. GIZ UB 2012, 18). Ansonsten ist Gesundheitsförderung kaum relevant bzw. eher ein „Nebenprodukt“ der wirtschaftlichen Aktivitäten, z.B. wenn durch die Einführung energieerzeugender Abfallverwertung und Biogastechnologie in Brasilien auch mehr Wasser- und „*Siedlungshygiene*“ (GIZ UB 2012, 30) für „*die ländliche Bevölkerung*“ (Ebd.) erreicht werden soll (Vgl. GIZ UB 2012, 30).

Ein repräsentatives, wirtschaftsorientiertes Bildungsbeispiel, das auch dem oben genannten Stipendienprogramm ähnelt und im Text den Titel „*Türöffner für neue Märkte*“ (GIZ UB

2012, 31) trägt, wäre das von der GIZ koordinierte Managerfortbildungsprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums *„Fit for the Partnership with Germany“* (Ebd.), worin Führungskräfte aus diversen Schwellenländern und aus Deutschland, mit dem Ziel *„im Ausland wirtschaftlichen Erfolg [zu] haben“* (Ebd.), jeweils für die gegenseitige *„Geschäftsanbahnung und Zusammenarbeit“* (Ebd.) qualifiziert werden (Vgl. GIZ UB 2012, 31). In Bezug auf ökologische Qualifizierungsmaßnahmen, die unter die ideelle Zielsetzung des Klimaschutzes gestellt werden, geht es jedoch, aus meiner Sicht, ebenso und insbesondere um wirtschaftliche Interessen, z.B., wenn unter anderem und wie oben schon erwähnt, *„eine großflächige Umsetzung der Biogastechnologie in Brasilien“* (GIZ UB 2012, 30) erfolgen soll, die vom Bundesumweltministerium (BMU), dem BMZ, der KfW und der GIZ getragen wird. Hierfür werden brasilianische Behörden beraten und fortgebildet, sprich qualifiziert, um die vorhandenen *„Wissenslücken [...] zu schließen“* (Ebd.). Doch vor allem wird im Rahmen dieses EZ-Programms *„deutsches Know-how“* (GIZ UB 2012, 32) bzw. deutsches Technologiewissen exportiert und somit ein neuer Absatzmarkt für diese Branche, namentlich den Energiesektor, erschlossen (Vgl. GIZ UB 2012, 30). Denn *„[d]ie GIZ hat ihr Portfolio an den Themen ausgerichtet, in denen Deutschland international eine Vorreiterrolle einnimmt“* (GIZ UB 2012, 6) und *„verknüpf[t] die Interessen der Wirtschaft mit den entwicklungspolitischen Zielen Deutschlands.“* (GIZ UB 2012, 44) Mehr als deutlich kommt diese Ausrichtung auch in folgendem Zitat in Bezug auf Kenia zum Tragen, wo es heißt: *„Neue Märkte für deutsche Solartechnologie“* (GIZ UB 2012, 19) Dabei wird die Solartechnik aufgrund neuer *„Entwicklungspartnerschaften“* (Ebd.) mit deutschen Unternehmen im Rahmen des BMZ-Programms develoPPP.de¹⁶ als *„Entwicklungspotenzial“* (Ebd.) für das Land dargestellt, während die GIZ im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums die nationale Politik dabei berät, *„[...] investitionsfördernde rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.“* (GIZ UB 2012, 19) Hier zeigt sich anschaulich die von politischen Interessen geleitete und ökonomisch eigennützige Dimension der EZ der GIZ als Bundesunternehmen, da generell eine stark rohstoffbezogene, privat- und energiewirtschaftliche Orientierung erkennbar wird, was sich mit den Interessen der Bundesregierung deckt, deren Schwerpunktsetzungen vor allem die Bereiche Klima und Umwelt sowie die Förderung der Privatwirtschaft und die Rohstoffförderung umfasst (Vgl. GIZ UB 2012, 1, 4, 11). Es geht dabei im Endeffekt ganz zentral um den Aufbau neuer makrostruktureller Wirtschaftskooperationen und -netzwerke (Vgl. GIZ UB 2012, 31, 42) und um die *„[...] Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit“* (GIZ UB

¹⁶ Anm. der Autorin: PPP bedeutet "Public Private Partnership". develoPPP.de ist seit 1999 ein Förder- und Beratungsprogramm des BMZ, um „Entwicklungspartnerschaften“ mit der Privatwirtschaft abzuschließen (Vgl. GIZ UB 2012, 7/ www.developp.de).

2012, 19), wobei gesetzliche und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für ökonomische Entwicklung im Sinne von Wachstum durch klima- und investitionsfreundlichere sowie korruptionsbekämpfende Maßnahmen verbessert werden sollen (Vgl. GIZ UB 2012, 15f, 19, 28ff, 42).

Um den privatwirtschaftlichen Entwicklungsfokus, aber auch die kulturellen Zuschreibungen, zu verdeutlichen, sollen hier zwei konkretere Kooperationsbeispiele sogenannter „*Entwicklungspartnerschaften*“ (s.o.) zwischen der GIZ und verschiedenen Unternehmen angeführt werden. Das erste Beispiel, das ebenfalls im Rahmen des develoPPP.de-Programms durchgeführt wird (s.o.), beschreibt ein „*einzigartiges Entwicklungsprogramm*“ (GIZ UB 2012, 47) in Kooperation mit dem Chemiekonzern BASF und dem Agrarproduzenten Cargill, wodurch der „*nachhaltige*“ Anbau von „*lokal produziertem, hochwertigem Kokosnussöl*“ (GIZ UB 2012, 47) auf den Philippinen im Sinne einer „*Wertschöpfungskette*“ (Ebd.) für alle Beteiligten verbessert werden soll. So wird mehr Einkommen, ein vergünstigter Zugang zu Krankenversicherung und damit eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen für die 2500 betroffenen Kleinbäuerinnen propagiert, während es jedoch in erster Linie um das Kokosnussöl als Produktionsrohstoff für BASF geht, das mit Hilfe der „*qualitätssteigernden*“ (Vgl. GIZ UB 2012, 47f) Verarbeitungsmaschinen von Cargill gewonnen und verarbeitet wird. Und obwohl hier lokale Organisationen scheinbar eingebunden sind (wobei nur eine ökonomische Stiftung genannt wird), die die eigenständige Fortführung des Projektes sowie die Selbstorganisation der Kleinbäuerinnen sicherstellen sollen, stellt sich, aus meiner Sicht, unweigerlich die Frage nach der emanzipativen Komponente dieses Projektes und seiner sozialen, aber auch tatsächlich ökologischen Nachhaltigkeit. Vor allem da das gesamte Programm, das von BASF kofinanziert wird, von einem einzigen „*Entwicklungshelfer*“ bzw. Mitarbeiter der GIZ koordiniert und begleitet wird, der wohl kaum alle sozialen und inhaltlichen Bedürfnisse und Belange der Betroffenen aufgreifen, geschweige denn deren emanzipative Selbstorganisation fördern und dies alles dann auch noch mit den Interessen der Konzerne ab- bzw. ausgleichen können wird, sofern dies überhaupt zu seinem Aufgabenbereich gehört, der nicht näher erläutert wird (Vgl. GIZ UB 2012, 46ff). Zudem trägt das Kapitel den Titel „*Von der Kokosnuss zum hochwertigen Öl*“ (GIZ UB 2012, 46) und weist damit erneut eine abwertende Konnotation auf, die in latenter Weise dem in 2.1.2 beschriebenen Entwicklungsverständnis entspricht, welches unter Entwicklung den Aufstieg von einem „*primitiven*“ zu einem „*zivilisierten*“ bzw. „*modernen*“, sprich industrialisierten bzw. technologisierten Zustand begreift. Dieser Eindruck wird zudem durch den völlig kontextfreien wie, meines Erachtens, kalkulierten Informationseinschub verstärkt, dass die

begünstigte Region eine sei, „die immer wieder unter religiös motivierten Unruhen zu leiden hat“ (GIZ UB 2012, 47), wodurch die Entwicklungsintervention von GIZ & Co. sozusagen eine zusätzliche zivilisatorische Legitimationskomponente erhält (Vgl. GIZ UB 2012, 46ff).

Das zweite Beispiel wird im Bericht vergleichsweise kurz umrissen und ist eine „Errungenschaft“ von GIZ International Services (IS), einer extra steuerpflichtigen Privatsektor-Abteilung, die seit 2002 „die kommerziellen Aktivitäten der GIZ bündelt“ (GIZ UB 2012, 2) (Vgl. GIZ UB 2012, 2, 7, 11). Es bezieht sich auf eine infrastrukturelle Maßnahme der GIZ im Auftrag des Ölkonzerns Shell in Gabun. Hier sollen durch den Bau „eine[r] Straße für die Zukunft“ (GIZ UB 2012, 49) nicht nur transitorische Arbeitsplätze geschaffen und die generelle Güterversorgung verbessert werden, sondern insgesamt langfristige Einkommensquellen und „neue Märkte“ entstehen, indem die betroffenen Dorfgemeinschaften durch die Verkehrsanbindung bessere Vermarktungsmöglichkeiten für ihre Waren erhalten (Vgl. GIZ UB 2012, 49). Doch auch wenn das Bauunternehmen von kleinen bis mittleren einheimischen Unternehmen realisiert wird (Vgl. ebd.), bleibt die scheinbar profitable Kooperation mit einem der weltweit größten und nicht gerade für seine Umweltfreundlichkeit bekannten Ölkonzerne grundsätzlich fraglich, ebenso wie die ökonomischen Motive der GIZ mehr als kritisch zu betrachten sind. Gleichzeitig verweist der oben zitierte Titel in diesem Kontext wieder auf das schon dargelegte Selbst- und Fremdbild der GIZ, wonach die ökonomisch bzw. materiell verstandene Zukunfts- bzw. Entwicklungsgestaltung vom Norden ausgeht und dem Süden zu verändernde Rückständigkeit zugeschrieben wird (Vgl. 3.3.2.4), die es in diesem Fall sozusagen mit einer Straße des Aufschwungs zu beheben gilt.

Dass bei der GIZ letztlich wirtschaftliches Wachstum das zentrale Ziel von Entwicklung darstellt, wird in folgendem Zitat in Bezug auf die EZ mit der Mongolei ersichtlich:

„In der Mongolei, einem der rohstoffreichsten Länder der Welt, engagiert sich die GIZ im Auftrag des BMZ in der Integrierten Mineralischen Rohstoffinitiative (IMRI). IMRI unterstützt das Land dabei, die Voraussetzungen für ein rohstoffbasiertes, nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum zu schaffen, das zu mehr Beschäftigung und Einkommen für die Bevölkerung beiträgt. Unter anderem heißt das: entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen, mehr qualifizierte Facharbeitskräfte für den Rohstoffarbeitsmarkt und fähige Beschäftigte in staatlichen Institutionen, um Gesetze und Verträge im Rohstoffsektor kompetent gestalten und kontrollieren zu können. Bei IMRI kooperiert

eine Vielzahl von deutschen und mongolischen Partnern aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft, Ministerien und anderen staatlichen Institutionen. Ergänzt werden die Aktivitäten von IMRI durch ein Vorhaben, das die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchführt. Es hat zum Ziel, rechtliche Rahmenbedingungen für die nachhaltige Entwicklung des mongolischen Rohstoffsektors zu schaffen, die globalen Standards entsprechen.“ (GIZ UB 2012, 16)

Obwohl im Rohstoffkontext generell positive Folgewirkungen für die Bevölkerung (mehr Einkommen, Arbeitsplätze und weniger Konflikte), ebenso wie ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen, angestrebt werden (Vgl. GIZ UB 2012, 15), wird hier, aus meiner Sicht, die in 3.3.1.3 geäußerte Vermutung, dass Aushandlungen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft eher zugunsten der Wirtschaft ausfallen dürften, dadurch bestätigt, dass vor allem makrostrukturelle Marktanpassungen von Politik und Recht relevant sind, um den Rohstoffabbau für externe Interessen zu erleichtern, während zivilgesellschaftliche Aspekte nebensächlich bleiben. Auch das folgende Zitat unterlegt dies anschaulich: „[...] Bei diesem Aushandlungsprozess zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützt die GIZ die Regierungen der Partnerländer.“ (GIZ UB 2012, 15) Meiner Meinung nach findet hier eine eindeutige Parteinahme für den Staat statt, da ausschließlich „Regierungen“ in Form von Politikberatung unterstützt werden sollen, während nicht explizit die Unterstützung für die Zivilgesellschaft zum Ausdruck gebracht wird. Dass unterdessen eine klare Förderung und Unterstützung der Privatwirtschaft besteht und gestärkt wird, ist in den vorhergehenden Ausführungen schon deutlich geworden. Auf dieser Argumentationslage und auf der faktischen Grundlage, dass die GIZ vornehmlich mit hochrangigen Institutionen, Organisationen und Unternehmen aus Politik und Wirtschaft vernetzt ist und kooperiert (Vgl. GIZ UB 2012, 1, 6f, 19, 25, 29ff, 47ff, 61/ GIZ Profil, 2), wird hier also die These aufgestellt, dass die Verhandlungen, welcher Art sie auch seien, tendenziell im Interesse dieser Ressorts geführt werden. Gerade in Bezug auf Rohstoffe stellt dies keine Überraschung dar (Vgl. 2.1.2.2). Darüber hinaus steht das letzte Zitat im Kontext des Themas „Rohstoffgovernance“ (GIZ UB 2012, 15), worunter die GIZ „die nachhaltige Nutzung von Rohstoffvorkommen“ (Ebd.) versteht und womit sie „die Eingriffe in die Umwelt möglichst gering halten“ (Ebd.) und rechtliche Transparenz beim Rohstoffabbau „zum Wohl der Gesamtbevölkerung“ (Ebd.) fördern will (Vgl. GIZ UB 2012, 15). Hiermit tut sich eine normative Dimension auf, die mit dem in 2.1.2 erwähnten „Good Governance“-Ansatz korreliert und Gefahr läuft, trotz vermeintlich lauterer Absichten tendenziell bevormundend und invasiv in Bezug auf die Souveränität anderer Länder und ihrer Gesellschaften zu wirken. Zudem werden Gesetze im

Namen der „Nachhaltigkeit“ wohl vornehmlich an den Markt statt an die Umwelt oder an soziale Bedürfnisse angepasst, die insgesamt unerörtert bleiben, und die eben belegte politisch-ökonomische Parteilichkeit lässt die allgemein deklarierte Gemeinwohlorientierung schlicht unglaubwürdig erscheinen. Es entsteht zudem allgemein der Eindruck eines ausgehöhlten, zweckentfremdeten Nachhaltigkeitsbegriffes, der dem „Greenwashing“ einer maßgeblich neoliberalen Agenda dient und im Grunde keinen Bezug zu inter- bzw. intragenerationaler oder sozialer Gerechtigkeit hat (Vgl. 2.1.2/ 3.3.2.2). Statt um nachhaltige Entwicklung, geht es hier wohl eher um nachhaltig andauernde Rendite bzw. nachhaltig-konstantes Wachstum für die deutsche Wirtschaft. So wird Entwicklung bei der GIZ, obwohl nun angeblich im Namen der Umwelt, doch ganz klassisch als modernisierungstheoretisches Wirtschaftswachstum verstanden, das sich am durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung misst. Und selbst innerhalb der traditionellen EZ-Logik („Nord hilft Süd“), die an sich ja schon fragwürdig ist, stellt sich die Frage nach dem konkreten Hilfeaspekt, wenn die Erschließung „*neuer Märkte*“ (GIZ UB 2012, 19, 31, 45) auf der Grundlage von sogenannten „*Wertschöpfungspartnerschaften*“ (GIZ UB 2012, 45) doch ganz klar einen Eigennutz bekundet (u.a. Rohstoffe, Absatzmärkte, Technologietransfer), wodurch zudem neue Abhängigkeiten von multinationalen Großkonzernen und ihren Absatzmärkten respektive der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer nach wie vor ungleichen Arbeitsteilung geschaffen werden, von anzunehmenden, damit einhergehenden Privatisierungen und Deregulierungen samt ihrer sozialen Folgen ganz abgesehen. Und so wird deutlich, dass es der GIZ weniger um emanzipative, gleichberechtigte und schon gar nicht um machtkritische Entwicklung(szusammenarbeit) geht, als vielmehr um deutsche Marktexpansion unter dem schmückenden Begriff der Nachhaltigkeit, der stets einer ökonomischen Gesamtzielsetzung, namentlich dem Wirtschaftswachstum, untergeordnet bleibt. Im Anbetracht ihrer Reichweite als staatliche Organisation ist dies auch (entwicklungs-)politisch durchaus bedenkenswert.

Das unverblünte Eigeninteresse wird nochmal besonders deutlich, wenn aufstrebende Schwellenländer lediglich als „*Zukunftsmärkte für die deutsche Wirtschaft*“ (GIZ UB 2012, 27) angesehen (Vgl. Ebd.) und gleichzeitig „*EZ-Scouts*“ (GIZ UB 2012, 49) vom BMZ über die GIZ in die Privatwirtschaft „*entsendet*“ (Ebd.) werden, um den „*Unternehmen die Chancen von morgen auf[zu]zeigen.*“ (GIZ UB 2012, 49) Dafür werden u.a. dem deutschen Industrie-, Handwerks- und Handelssektor aktuelle Maßnahmen der deutschen EZ und daraus resultierende, neue Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten unterbreitet, um „*mögliche Schnittmengen zwischen unternehmerischem und entwicklungspolitischem Engagement*

aus[zuloten]“ (Ebd.) (Vgl. GIZ UB 2012, 49). Diese empörende, weil letztlich faktisch eigennützige und profitorientierte Haltung gipfelt, meiner Meinung nach, in der expliziten Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt (Vgl. GIZ UB 2012, 10f), die die GIZ im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes betreibt, und in einem kooperativen Modellprojekt mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Centrum für internationale Migration (CIM), das die „*legale Arbeitsmigration*“ durch „*Mobilitätspartnerschaften*“ (GIZ UB 2012, 43) zwischen Deutschland, Georgien und Moldau fördern soll und „*von denen Herkunfts-, Aufnahmeländer und Migranten profitieren.*“ (Ebd.) Ganz explizit heißt es in diesem Kontext: „*Deutschland braucht mehr Fachkräfte, um die Wirtschaft erfolgreich am Laufen zu halten.*“ (GIZ UB 2012, 10) Dies erinnert unweigerlich an die geschichtspolitisch mehr als kontrovers einzuordnende Anwerbung von „Gastarbeitern“ in den 1960er Jahren.

Zu guter Letzt soll nochmal die Vernetzungsdimension der GIZ aufgegriffen werden, da diese immens ist und neben politischen und ökonomischen Kooperationen, durchaus auch viele Dialogveranstaltungen bzw. Austauschprogramme in Hinsicht auf globale Diskurse um Soziale Sicherung, Klimawandel und Finanzwirtschaft initiiert oder organisiert werden (Vgl. GIZ UB 2012, 22, 25, 37). Doch bleibt auch dieser Tätigkeitsbereich tendenziell makroökonomisch eingebettet und bindet meist nur schon bestehende Machtinstanzen aus den verschiedenen Ressorts ein. Dies trifft z.B. auf die „Global Leadership Academy“ als internationalen Nord-Süd-Workshop zu, worin Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen, um über globale Themen zu diskutieren (Vgl. GIZ UB 2012, 37). Ein anderes Beispiel wäre die Allianz für finanzielle Inklusion (AFI), was ein Bündnis aus u.a. Banken und Finanzbehörden darstellt, in dem neue Politikansätze in Bezug auf Finanzdienstleistungszugänge für „*die Armen in den Entwicklungsländern*“ (GIZ UB 2012, 22) ausgetauscht und ausprobiert werden (Vgl. GIZ UB 2012, 22f). So will die Organisation angesichts globalisierter Problemlagen „*[w]eltweite Netzwerke mobilisieren*“ (GIZ UB 2012, 20) und konstatiert: „*Die internationale Zusammenarbeit befindet sich im Umbruch. Ob Klima-, Handels-, Finanz- oder Sozialpolitik: Viele Zukunftsfragen können nur in globalen Partnerschaften gelöst werden.*“ (GIZ UB 2012, 20) Doch letztlich scheint die Argumentation, dass „*Kein Staat der Erde [...] auf Dauer seinen Einwohnern aus eigener Kraft Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren [kann]*“ (GIZ UB 2012, 10) und es daher einer grenzüberschreitenden Kooperation bedarf, nur darauf hinauszulaufen, die eigene Rolle als handlungsmächtige und wirkungsvolle Klimaschutzpionierin mit Nachhaltigkeitsexpertise hervorzuheben und für „*Internationale*

Zusammenarbeit made by GIZ“ (GIZ UB 2012, 10) zu werben. Ihre insgesamt selbstgerechte und überhöhte Wirksamkeitsüberzeugung im nationalen Eigeninteresse kommt in diesem letzten Zitat nochmal kurz und bündig zum Ausdruck: „*Wir gestalten Globalisierung im Einklang mit den Werten und Interessen Deutschlands.*“ (GIZ UB 2012, 8)

4.2 Das Entwicklungsverständnis Sozialer Entwicklung

Das Entwicklungsverständnis des Konzeptes Soziale Entwicklung zeichnet sich allem voraus, und wie im Begriff schon ersichtlich wird, durch die Berücksichtigung sozialer Aspekte im entwicklungsbezogenen Denken und Handeln aus, was zum Zeitpunkt seiner Entstehung in den 1950ern eine innovative Erweiterung und wichtige Ergänzung eines ansonsten rein ökonomisch verstandenen Entwicklungsbegriffes darstellt. Denn der erwartete und prognostizierte „Trickle-down“-Effekt modernisierungstheoretischer, wirtschafts- und wohlfördernder Entwicklungshilfemaßnahmen war nachweislich eine Fehlannahme, die durch die Ungleichzeitigkeit ökonomischer und sozialer Entwicklung bzw. durch eine „verzerrte Entwicklung“ (ökonomischer Aufschwung bei gleichzeitig steigender sozialer Ungleichheit) im globalen Süden untermauert wurde. In der Folge weckte der „social development“-Ansatz dann auch das Interesse der Vereinten Nationen und ist in deren Entwicklungsprogrammen heute noch bzw. wieder von hoher Relevanz, ebenso wie in den MDGs oder auch im Rahmen des Nachhaltigkeitsparadigmas. Maßgeblich ist hierbei auch die erweiterte Armutsdefinition, die nicht nur materielle Maßstäbe setzt, sondern auch nach Chancen und Zugängen bzw. nach Freiheiten fragt (Vgl. 2.1.2/ 2.2.1).

Dieser soziale Entwicklungsfokus umfasst einen korrelativen mikro- und makrostrukturellen Veränderungsanspruch, indem durch eine ressourcenorientierte, demokratisch partizipative, emanzipative, lokale und kontext- bzw. kultursensible Community-Ausrichtung sowohl auf der Ebene der als selbstbestimmte Subjekte anerkannten Akteurinnen und ihrer individuellen wie kollektiven Potenziale als auch auf der Ebene politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen angesetzt wird (Vgl. 2.2.1/ 2.2.2). Insofern ist Soziale Entwicklung als dynamischer, multidimensionaler und proaktiver Ansatz zu verstehen, der das Ziel einer nicht paternalistischen und nicht hierarchisierenden Erweiterung von menschlichen Handlungsspielräumen verfolgt. Auf der Grundlage einer zielgruppen- und ressortübergreifenden, individuell und kollektiv bemächtigenden, weil bewusstseinsbildenden und aktivierenden Praxis, die damit auch eine politische Reichweite hat, soll, nicht von außen, sondern von innen heraus, sozialer Wandel hergestellt und strukturelle Benachteiligung bekämpft werden (Vgl. 2.1.3/ 2.2.2/ 2.2.3). Wird Soziale Entwicklung vor dem dafür

maßgeblichen Hintergrund der „Sozialarbeit des Südens“, inklusive ihrer historischen Entstehungsbedingungen, betrachtet, stellt dieses Konzept zudem eine eigene, sozusagen endogene Entwicklungsperspektive des globalen Südens und eine Alternative zu den Entwicklungsvorstellungen des Nordens dar. Und im Kontext einer transnationalen Sozialarbeit und der wissenschaftlichen Rezeption des Ansatzes im globalen Norden birgt es die große Chance einer neuen Entwicklungsperspektive für die Soziale Arbeit (Vgl. 2.1.4/ 2.2.3/ 2.2.4). Darüber hinaus ist es ein variables Konzept, das in Anpassung an den jeweiligen kulturellen und lokalen Kontext überall anwendbar ist. Dies liegt besonders am zugrunde liegenden, prozesshaften und ganzheitlichen Entwicklungsverständnis, das besonders in Form des „Social Investment“-Prinzips auch wirtschaftliche Zugänge und Teilhabe eröffnen soll. Wie in 2.2.2 beschrieben, werden hierbei ökonomische Interventionen gleichermaßen mit sozialen Maßnahmen kombiniert, sodass nicht nur beschäftigungs- und mikrokreditbezogene Investitionen im lokalen Kontext getätigt werden, sondern ganz grundlegend dabei auch in Bildungsangebote und die Förderung von sozialen und partizipativen Netzwerken (Humanes und Soziales Kapital) sowie in den Aufbau von gemeinschaftlichem Vermögen zur Realisierung gemeinwohlorientierter Projekte bzw. zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse im lokalen Nahraum investiert wird (Vgl. 2.2.2).

Zusammenfassend soll durch die genannten theoretischen und praktischen Gesichtspunkte eine umfassende bzw. ganzheitliche und langfristige Verbesserung menschlicher Lebensstandards auf lokaler und gesellschaftlicher Ebene erreicht werden. Dazu braucht es aber auch einen makrostrukturellen Rahmen und den (sozial-)politischen Willen, der in der Regel erst erarbeitet werden muss, und der Soziale Entwicklung durch entsprechende institutionelle, administrative und rechtliche Bemühungen begünstigt bzw. befördert (Vgl. 2.2.2). „Unlike approaches which emphasize the delivery of social welfare services to poor people, it [social development] views social programs as an essential ingredient of an overall growth strategy designed to promote human well-being.“ (Midgley 1994, 9 in Reutlinger 2008, 242)

In diesem letzten Punkt soll Soziale Entwicklung zum Abschluss allerdings noch einer Kritik unterzogen werden, die sich auf die hier ersichtliche übergeordnete Wachstumsorientierung und insofern auf eine gemeinwohlokonomisch fragwürdige Entwicklungsperspektive bezieht. Denn die im Konzept gleichwertig betrachtete soziale Dimension wird durch die kapitalistische Logik (Akkumulation, Expansion, Profit, Konkurrenz, etc.), die der aktuellen Wachstumsidee als makrostrukturelle Rahmenbedingung zugrunde liegt, meines Erachtens

nach, maßgeblich unterlaufen. Darin liegt nämlich die mittlerweile zunehmend manifeste Gefahr, dass Wirtschaftswachstum als absoluter Wert und nur um seiner selbst Willen angestrebt wird. Diese Ansicht wird vor dem Hintergrund des Post-Development- und des Degrowth-Ansatzes vertreten (Vgl. 2.1.2.2). Und es wird angenommen, dass die Vorstellung von übergeordnetem Wachstum, wie sie in Midgleys Aussage zum Vorschein kommt, nicht zuletzt im historischen Entstehungskontext des Konzeptes wurzelt (Vgl. 2.2.1) und damit in der Tat auf das seitdem in zunehmendem Maße vorherrschende, wirtschaftliche Wachstumsparadigma rekurriert. Dieses wird hier, trotz der Fokussierung auf menschliches Wohlergehen, scheinbar nicht grundlegend in Frage gestellt. So ergänzt das Konzept Soziale Entwicklung zwar eine rein wirtschaftlich verstandene Entwicklungsstrategie um die soziale Dimension in all ihren Facetten und zeigt sich damit kritisch und impulsgebend, rüttelt dabei aber nicht grundsätzlich an der paradigmatischen Idee von Wachstum. An anderen Stellen heißt es ähnlich: „Social development is dynamic, involving a process of growth and change.“ (Midgley 1995, 23 in Reutlinger 2008, 244) Oder: “[S]ocial development advocates [...] are also strongly committed to the idea that growth must be environmentally sensitive and sustainable.” (Midgley 2009b, 17) Hier wird darüber hinaus auch noch das Nachhaltigkeitsparadigma aufgegriffen, das bei Sozialer Entwicklung ansonsten eher sekundär bleibt und einen weiteren Kritikpunkt eröffnet. Denn die ökologische Dimension als makrostrukturelle und Grenzen aufzeigende Gegebenheit sollte nicht vernachlässigt werden und steht zudem im grundlegenden Konflikt mit einer ökonomischen Wachstumsorientierung (Vgl. 2.1.2), die gemäß ihrer gegenwärtigen Form massiv ressourcenausbeuterisch und, wie allein dem Begriff „Wachstum“ schon inhärent, exponentiell und insofern nicht nachhaltig ausgerichtet ist. Dieser Punkt wird in den nächsten Abschnitten nochmal aufgegriffen. Des Weiteren versteht auch Ndangwa Noyoo ökonomisches Wachstum offenbar als grundsätzliche Rahmenbedingung menschlicher Entwicklung (Vgl. Noyoo 2000, 454) und formuliert trotz der Kritik an ausschließlich wachstumsorientierten Entwicklungsmaßnahmen keine wachstumsalternative Idee. Der Wachstumsbegriff scheint in hohem Maße verinnerlicht (Vgl. Noyoo 2000, 454ff), was nebenbei auch grundsätzlich sprachlich in der teils ökonomischen Begrifflichkeit des Konzeptes zum Ausdruck kommt, wenn von Sozialem „Investment“ und „Kapital“ die Rede ist. Obwohl Noyoo den „Top-down“-Ansatz von Entwicklungsökonomern und die Priorität wirtschaftlichen Wachstums vor jeglichen anderen Entwicklungen sowie die reaktive, einzelfallzentrierte Herangehensweise Sozialer Arbeit kritisiert und beides im Grunde als gescheitert ansieht (Vgl. Noyoo 2000, 461), weist er am Ende dennoch, vielleicht auch aus schierem Pragmatismus, auf die daraus resultierende Notwendigkeit hin, „[...] to

conjoin the macro-level growth-oriented approach of the development economists with the micro-level people-oriented approach of social workers.“ (Noyoo 2000, 461) Gleichzeitig konstatiert er aber auch: „People are both the ends and means of development“ (Noyoo 2000, 454), womit eine grundsätzliche Definitions- und Gestaltungsmacht von Menschen in Bezug auf Entwicklung dargelegt wird, die im Sinne eines konsequenteren ökonomie- bzw. wachstumskritischen und prioritär auf Menschen fokussierten Veränderungsanspruchs durchaus aufgegriffen werden könnte.

Daran anknüpfend und um im Allgemeinen einer übergeordneten Zielvorgabe in Bezug auf Soziale Entwicklung eine Alternative entgegenzuhalten, wird hier auf eine Überlegung von Christian Reutlinger zurückgegriffen, worin er konstatiert: „In Midgleys Definition von Sozialer Entwicklung ‚as a process of promoting people’s welfare‘ liegt [...] immer noch eine zielgerichtete Perspektive. Um aber die jeweiligen Entwicklungspotentiale in den Mittelpunkt rücken zu können, soll hier *Ermöglichung als Ziel von social development* definiert werden.“ (Reutlinger 2008, 244) Wird dieser Vorschlag aufgegriffen und Soziale Entwicklung in der Verknüpfung mit dem Capability Approach folglich vor allem als ressourcenbasierte Entfaltungsfreiheit im jeweils relevanten sozialräumlichen und historischen Kontext sowie als Ermöglichung eines langfristig gesamtgesellschaftlich guten Lebens verstanden (Vgl. Reutlinger 2008, 244f), kann eine verstärkt prozesshafte und kontextuelle Entwicklungsperspektive eingenommen werden, die Entwicklung vor allem als nicht materiellen „[...] Wachstumsprozess [und als] Bewegung [versteht], die im wesentlichen in der Gesellschaft entsteht, die sich entwickelt.“ (Vgl. Südkommission/ Bortfeldt 1991, 34 in Reutlinger 2008, 244). Die weitere Ergänzung um das Analysemodell der Agency-Theorien nach Hans Günther Homfeldt und damit die stärkere Wahrnehmung und Berücksichtigung struktureller Rahmenbedingungen von menschlicher Entwicklung, hat ebenfalls Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektive, da damit Machtverhältnisse und Ungleichheitsstrukturen vermehrt in den Fokus geraten, die ja auch im Entstehungsrahmen der „Sozialarbeit des Südens“ erhebliche Bedeutung haben und letztlich ihr emanzipatives und politisches Selbstverständnis prägen, das ganz zentral die Befreiung von Unterdrückung anstrebt (Vgl. 2.2.3/ 2.1.3). In der Folge könnte eine solche konzeptionelle Kombination auch die hier konstatierte Einordnung Sozialer Entwicklung in das ökonomische Wachstumsmodell zumindest theoretisch aufbrechen, indem letzteres als strukturell dominantes Machtgebilde, das nur eine Minderheit vorwiegend materiell begünstigt, intensiver hinterfragt und eventuell konterkariert werden könnte. Dies soll in 4.4 weiter ausgeführt werden.

4.3 Vergleich – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Bei einem vergleichenden Blick auf die in den letzten vier Punkten dargelegten Entwicklungsperspektiven der deutschen EZ-Organisationen aus dem globalen Norden und des Konzeptes Soziale Entwicklung aus dem globalen Süden wird schnell ersichtlich, dass es vielfältige Überschneidungen und wesentliche Divergenzen gibt, die nicht nur im Nord-Süd-Vergleich, sondern ebenso im Nord-Nord-Vergleich augenfällig sind.

Zuallererst ist es besonders auffällig, wie sehr das Entwicklungsverständnis der GIZ von dem der anderen EZ-Organisationen abweicht, indem es sich ganz grundlegend und fast ausschließlich auf ökonomische Maßnahmen bezieht. Auch wenn der Anspruch einer sozialen Wirkungsdimension geäußert wird, ist diese in der Regel in wirtschaftliche Interventionen eingebettet und diesen untergeordnet. Soziale Bedürfnisse sind eher zweitrangig und werden fast nur materiell aufgefasst, was besonders an kaum vorhandenen, genuin bildungs- oder gesundheitsbezogenen Arbeitsbereichen ablesbar ist. Es wird eine Haltung erkennbar, die davon ausgeht, dass groß angelegte ökonomische Projekte, die das Wachstum eines Landes ankurbeln, letztlich positive Folgen für die Gesamtgesellschaft haben, während einem sozialräumlichen, kultursensiblen und lokalen Gemeinwesenblick keine große Bedeutung beigemessen wird. Dies entspricht im Kern dem veralteten „Trickle-down“-Credo. Dabei kann insgesamt der Eindruck nicht verwehrt werden, dass EZ als Geschäft bzw. Markt begriffen wird, in dem es sich zu behaupten gilt und in dem maßgeblich deutsche Wirtschaftsinteressen verfolgt werden. Darüber hinaus nimmt die GIZ eine herrschaftliche Position als staatliches EZ-Instrument des globalen Nordens ein, worin sie ihre eigene Wirkungs- und Definitionsmacht in Bezug auf globale Problemlagen stark propagiert. Vor diesem Hintergrund ist auch die selbstverständliche Nord-Süd-Hierarchie, die in den Dokumenten, z.B. in Form eines unidirektionalen Wissenstransfers, ersichtlich wird, nicht weiter verwunderlich. Insgesamt deckt sich diese Analyse, die auch den ökologischen Nachhaltigkeitsanspruch der Organisation hinsichtlich eines diskursiven und wirtschaftlichen Instrumentalisierungsverdachts hinterfragt, mit der bekannten Kritik an der GIZ als exekutives Instrument des BMZ unter Leitung von Dirk Niebel, in der ihm vorgeworfen wurde, „Entwicklungszusammenarbeit als Außenhandelsförderung zu betreiben.“ (Augustin/Zeit Online 2013) Und auch unter der neuen Leitung von Gerd Müller, der EZ vorrangig als „präventive“ Flüchtlingspolitik betreiben will, damit nicht „[...] Millionen zu uns kommen“ (Ebd.), werden wohl keine großen Veränderungen im Hinblick auf ihre letztlich eigennützigen Handlungsmotive erfolgen, die nicht zuletzt an die althergebrachten, innenpolitischen

Rechtfertigungsargumente der Entwicklungspolitik erinnern (Vgl. 2.1.2). Insofern sind, aus meiner Sicht, keine Gemeinsamkeiten zwischen der klassisch modernisierungstheoretischen, tendenziell (neo-)kolonialistisch anmutenden, von politischen Interessen geleiteten und offenkundig opportunistischen Entwicklungsperspektive der GIZ und der des Konzeptes Soziale Entwicklung erkennbar (Vgl. 2.1.2/ 2.1.2.2). Im Zentrum von Entwicklung „made by GIZ“ stehen mitnichten die Menschen und ihre sozialen Bedürfnisse, so wie es die UNO im Hinblick auf Soziale Entwicklung in der Kopenhagener Erklärung vor bald schon 20 Jahren formuliert und gefordert hat (Vgl. 2.2.1).

Im Gegensatz dazu stellt das Entwicklungsverständnis von AWO International und BfdW-EED eindeutig die Menschen in den Vordergrund und es sind auf den ersten Blick Aspekte erkennbar, die sich mit einigen Gesichtspunkten Sozialer Entwicklung decken. Hierzu gehört insbesondere der sowohl mikro- als auch makrostrukturelle Blickwinkel, den beide Organisationen einnehmen, indem sie ihre kleinteilige Projektarbeit in einen globalen, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kontext einordnen. Dabei geht AWO International mehr auf regionale Strukturbesonderheiten ein, während BfdW-EED eher globale Rahmenbedingungen ins Auge fasst und insgesamt mehr ins Detail der Projektarbeit geht. Der makrostrukturelle Veränderungsanspruch, der mit der Idee eines sozialen, bei BfdW-EED verstärkt auch ökologisch-wirtschaftlichen, Wandels einhergeht, wird jedoch in beiden Organisationen ersichtlich, besonders wenn die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Augenschein genommen wird, mit der beide über globale Zusammenhänge, Machtverhältnisse und Abhängigkeiten informieren bzw. aufklären und für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten wollen. In Bezug auf Advocacy- bzw. Lobbyarbeit ist dabei festzustellen, dass BfdW-EED dies vergleichsweise in größerem Maße auch in Deutschland umsetzt, während AWO International diese Tätigkeitsfelder vorwiegend in der Projektarbeit fördert. Es fällt des Weiteren auf, dass AWO International im Hinblick auf den Klimawandel keine Position bezieht, was angesichts der globalen Tragweite dieses Themas durchaus kritisch einzuordnen ist. Dieser ist jedoch auch im Rahmen Sozialer Entwicklung bisher nur geringfügig von Bedeutung. Darüber hinaus ist in der Kooperationsarbeit beider Organisationen tendenziell ein emanzipatorischer, partizipativer Community-Ansatz sichtbar, der, gemäß des Leitbildes „Hilfe zur Selbsthilfe“, durch die Förderung von Bildungs-, Beschäftigungs- und Gesundheitsmaßnahmen (letztere bei AWO eher im Nothilfebereich), aber auch durch die Unterstützung politisch-rechtlich aktivierender, bewusstseinsbildender und advokatorischer Aufklärungs-, Lobby- und Vernetzungsarbeit, eine Befreiung (oder zumindest eine Linderung) von struktureller Benachteiligung sowie akuten Notlagen und

damit eine Erweiterung von Handlungs- und Teilhabemöglichkeiten der betroffenen Menschen erreichen will. Damit wird grundlegend auch existenzielle Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gefördert. All dies deckt sich zu großen Teilen mit dem Empowerment- und „Social Investment“-Prinzip der Sozialen Entwicklung, der Ermöglichungsperspektive des Capability Approach und dem Strukturanalyseblick der Agency-Theorien. Zudem stellt der stark betonte lokale Fokus auf soziale Netzwerkstrukturen und auf Gemeinwesen von AWO International, der auch bei BfdW-EED zumindest implizit bedeutsam ist, eine Überschneidung mit dem lokalen Nahraumbezug Sozialer Entwicklung dar. Es erscheint dabei naheliegend, dass die eben dargelegten Anknüpfungspunkte zwischen dieser EZ-Praxis und Sozialer Entwicklung wohl nicht zuletzt deshalb vorzufinden sind, weil das Konzept in der Vergangenheit von den Vereinten Nationen aufgegriffen, international verbreitet wurde und heute unter anderem im Kontext der MDGs orientierungsstiftend für die internationale EZ ist (Vgl. 2.2.1). Dabei ist klar, dass die genannten Gesichtspunkte bei AWO International und BfdW-EED verschieden stark umgesetzt werden, was unter anderem in der unterschiedlichen Organisationsgröße und entsprechend in der ungleichen Reichweite dieser beiden NGOs begründet liegen kann und im Hinblick auf die bereits erfolgten Ausführungen hier nun nicht erneut im Einzelnen dargelegt werden soll. Der wesentlichste Unterschied zwischen diesen beiden Organisationen, der die jeweilige Arbeitshaltung letztlich auch entscheidend beeinflussen dürfte, liegt jedoch im Profil und damit in der wertegebundenen Handlungsmotivation. Während AWO International ein tendenziell linkspolitisches Selbstverständnis hat, das sich in der Praxis auf zivilgesellschaftliche Solidarität beruft, ist das Selbstverständnis von BfdW-EED eindeutig religiös und agiert im Rahmen der christlichen Nächstenliebe. Dabei kontrastieren beide Ausrichtungen, die letztlich ähnlich agieren, sehr stark mit dem ökonomischen Selbstverständnis der GIZ, das sich praktisch insbesondere im wachstumsorientierten, makrostrukturellen Marktkontext verortet. Diese ideologischen Unterschiede prägen zweifellos auch die jeweiligen Entwicklungsperspektiven und das zugrunde liegende Menschenbild.

In diesem Zusammenhang jedoch, wird nun auch ein maßgeblicher Gegensatz zum Konzept Sozialer Entwicklung im Rahmen der „Sozialarbeit des Südens“ deutlich, das alle drei EZ-Einrichtungen gemeinsam haben. Denn auf der Grundlage der jeweiligen Profile, werden in allen Berichten durch die Text- und Bildsprache Selbstrepräsentationen ersichtlich, die mit schlussendlich ähnlichen, implizit und explizit konstruierten Fremdbildern einhergehen. Dadurch bekommen die positiven Aspekte und Intentionen der erläuterten Organisationsarbeit, meines Erachtens, eine äußerst negative Konnotation. Zwar fallen die

mehrheitlich stereotypen Zuschreibungen je nach Organisation sprachlich unterschiedlich aus und sind vergleichsweise bei AWO International am wenigsten, bei BfdW-EED am meisten ausgeprägt, doch kann scheinbar keine der drei EZ-Einrichtungen umhin, sich ihrer vor allem im Hinblick auf die Selbstlegitimation zu bedienen. Indem der globale Süden und seine Bewohnerinnen als prinzipiell hilfebedürftig, oft auch als passiv und opferhaft dargestellt werden, wird ihnen eine mündige, selbstbestimmte Subjektivität und Gleichwertigkeit letztlich abgesprochen. Diese herrschaftsförmige, diskursive und stigmatisierende Konstruktion des scheinbar unterlegenen, defizitären Anderen und vermeintlich überlegenen, expertenhaften Selbst kommt einer praktischen Festlegung auf Rückständigkeit gleich und legitimiert in ziemlich vermessener Weise die eigene Hilfsposition. Dies kann zum einen als Argument vor der Spenden oder Steuern zahlenden Leserschaft gesehen werden und insofern als Erhalt der eigenen Arbeitsstelle, zum anderen kann es aber auch eine tatsächliche Wertehaltung widerspiegeln, die mehr als fraglich ist. In jedem Fall wird damit eine klare, postkoloniale Nord-Süd-Hierarchie verfestigt, die sich nicht nur in einem unidirektionalen Wissens- und Hilfettransfer äußert, sondern auch in einer einseitigen, eurozentrischen Definitions- und Gestaltungsmacht in Bezug auf handlungsleitende Wertesysteme (z.B. Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Wirtschaftsmodell) (Vgl. 2.1.2.2). Diese diskursive und daher Wirklichkeit herstellende Reproduktion von Differenz („Othering“) und bestehenden Machtverhältnissen steht, meiner Meinung nach, im krassen Widerspruch zum historisch begründeten, herrschaftskritischen und ressourcenorientierten Emanzipationsanspruch der „Sozialarbeit des Südens“, worin Soziale Entwicklung letztlich zu verorten ist. Und auch dem Dialogprinzip Paulo Freires, das ganz zentral auf anerkennende Gleichberechtigung von Menschen als aktive und selbstwirksame Subjekte und auf die Überwindung von Unterdrückungsstrukturen setzt, steht ein solch unreflektierter, negativ bewusstseinsbildender Ungleichheitsdiskurs diametral entgegen (Vgl. 2.1.3). Ebenso wird durch die dargestellten Zuschreibungen im grundsätzlichen Rahmen einer expertenhaften „Hilfe von außen“ die Kritik des globalen Südens am kulturellen und „professionellen Imperialismus“ des Nordens bestätigt (Vgl. 2.1.3), während gleichzeitig die Herausbildung eigener kultursensibler Initiativen und Konzepte, wie das der Sozialen Entwicklung, untergraben wird. Und das, obwohl methodisch bzw. praktisch, eventuell jedoch unbewusst, daran angeknüpft wird.

Infolgedessen wird hier, vor dem Hintergrund fehlender, Ungleichheit reproduzierender Kultur- und Diskurssensibilität in allen untersuchten Dokumenten und einer herausgearbeiteten, offenkundigen Vorteilsnahme bei der GIZ, sowie einer damit zusammenhängenden diskursiven Reproduktion von Ungleichheit zwischen Nord und Süd,

durchaus die Ansicht des Post-Development-Ansatzes nachvollzogen, dass EZ letzten Endes eine Fortführung des Kolonialismus mit anderen Mitteln, aber ähnlichem dualistischen Legitimationsdiskurs darstellt (Vgl. 2.1.2.2). Es ist aber auch anzumerken, dass zwischen der ablesbaren, durchaus emanzipativ angelegten Organisationspraxis von AWO International und BfdW-EED und ihren sprachlich-diskursiven Stigmatisierungen des Südens offenbar ein Gegensatz besteht. Dabei belaufen sich die ausschlaggebenden Unterschiede zwischen den Entwicklungsperspektiven aus Nord und Süd, aus meiner Sicht, auf die kontextuelle Kultursensibilität, auf den nicht hierarchischen, dialogischen Subjektblick und auf die individuelle sowie kollektive Ressourcenorientierung, was bei Sozialer Entwicklung insgesamt von entscheidender Bedeutung ist und in den Organisationstexten entgegen eigener Ansprüche (vor allem bei AWO und BfdW) durch die defizitären Rollenzuschreibungen maßgeblich in Frage gestellt wird. Eine endgültige und elementare Divergenz besteht darin, dass Soziale Entwicklung, so wie es in dieser Arbeit in Verbindung mit Capability Approach und Agency theoretisch erörtert wurde, Entwicklung als endogenen Prozess begreift, der nicht von außen hergestellt oder aufgezwungen werden sollte, auch wenn ein ermöglichender, struktureller Handlungsrahmen die Grundlage bildet. Das heißt, auch in Anlehnung an den semantischen Gehalt des Begriffes (Vgl. 2.1.2), dass sich nur das entwickeln bzw. herausbilden kann, was intrinsisch motiviert ist und im wechselseitigen Dialog selbstbestimmt in Erscheinung tritt. Dies steht mitunter im Widerspruch zur EZ im Allgemeinen, jedenfalls in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung und vor dem Hintergrund der erarbeiteten Analyseergebnisse.

Zuletzt sollen noch zwei grundlegende Kritikpunkte genannt werden, die sich auf alle vier Entwicklungsperspektiven beziehen. Erstens ist die mangelhafte Berücksichtigung oder völlige Ausgrenzung der Geschlechterproblematik zu nennen. Die im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und in Anlehnung an die UNDP deduktiv erstellte Kategorie „Geschlechtergerechtigkeit“ (Vgl. 3.3.2.1) war im Verlauf der Untersuchung kaum von Bedeutung. Zwar wird das Thema bei AWO International und BfdW-EED grundsätzlich aufgegriffen, es bleibt jedoch auf einem sehr allgemeinen und mitunter durchaus stereotypen Niveau und wird nirgends vertiefend expliziert (Vgl. 4.1.1/ 4.1.2). Angesichts der herausgearbeiteten, herrschaftsförmigen Rollenzuschreibungen im Entwicklungskontext, die nicht zuletzt insbesondere Frauen und Mädchen betreffen, erscheint die Problematik der sozial konstruierten Geschlechterrollen und der nach wie vor andauernden strukturellen Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen jedoch als hochrelevant und sollte sehr viel

mehr Beachtung in entwicklungsbezogenen Themen- und Handlungsfeldern, ebenso wie im Konzept Soziale Entwicklung, erfahren.¹⁷

Der zweite Kritikpunkt betrifft das ökonomische Wachstumsparadigma, das bei der GIZ als absolut handlungsleitend herausgearbeitet und dahingehend schon kritisiert wurde, das jedoch in den anderen drei Entwicklungsverständnissen, die eine emanzipativere Haltung einnehmen, kaum oder nur ansatzweise problematisiert wird. Denn obwohl bei AWO International und mehr noch bei BfdW-EED kritische Töne in diesem Bezug anklingen, bleibt eine grundlegende bzw. konsequente Kritik am herrschenden Ökonomieprinzip letztlich aus. Dies ist auch beim Konzept Soziale Entwicklung der Fall, das gemäß des bearbeiteten Literaturmaterials historisch und aktuell vom ideellen Leitbild eines wohlstandsgenerierenden Wirtschaftswachstums gerahmt wird und dahingehend keine grundlegende Skepsis offenbart (Vgl. 2.2.1/ 4.2). Es entsteht der Eindruck scheinbarer Alternativlosigkeit im Hinblick auf diesen globalen makrostrukturellen Umstand (Vgl. 2.1.2.2). Darauf soll im folgenden und im letzten Punkt weiter eingegangen werden.

5 Fazit – Bedeutung für die Soziale Arbeit

Insgesamt sind also sowohl grundlegende Unterschiede als auch anteilige Gemeinsamkeiten zwischen den Entwicklungsperspektiven aus Nord und Süd aufzeigbar und es stellt sich nun die Frage, welche Bedeutung all diese Analyseergebnisse für die Soziale Arbeit haben können. Dies soll zum Abschluss dieser Arbeit zusammenfassend beleuchtet werden. Dafür wird auf die Theorieteile 2.1.3, 2.1.4, 2.2, 2.2.3 und 2.2.4 zurückgegriffen und verwiesen. Darin wurde die potenzielle Relevanz und Anschlussfähigkeit der Sozialen Entwicklungsperspektive für die Soziale Arbeit vor dem Hintergrund einer zunehmend transnationalen sozialen Wirklichkeit, einer neuartigen sozialen Frage und einer dahingehend notwendigen professionellen Neuverortung jenseits nationalstaatlicher Begrenzungen und Bestimmungen bereits erläutert und begründet. Es wurde zudem konstatiert, dass die Rezeption der „Sozialarbeit des Südens“ ein proaktives und politisches Selbstverständnis fördern würde, das sich vom herrschenden reaktiven, einzelfallzentrierten Defizitblick und von der kontrollförmigen, staatlichen Institutionslogik lösen sowie gängige Normalitäts- und Entwicklungsvorstellungen, z.B. in Bezug auf Staatsangehörigkeiten und reguläre Erwerbsarbeitsverläufe, überwinden müsste, um sie dann als dynamisch und prozesshaft zu begreifen. Das bedeutet auch, dass menschliche Entwicklung nicht mit statischen, von außen

¹⁷ An dieser Stelle sei jedoch positiv angemerkt, dass der Jahresbericht 2012 von AWO International das Thema mit zwei expliziten Frauenprojekten verstärkt aufgreift (Vgl. AWO JB 2012, 6f, 10f).

festgelegten Zielsetzungen einhergehen kann, sondern stets wandelbar ist, und dass insofern die Ermöglichung von Handlungsräumen als prozesshafte Aufgabe Sozialer Arbeit gelten könnte. Dafür wäre es allerdings unabdingbar, den korrelativen Zusammenhang von lokalen und globalen Prozessen wahrzunehmen und in die Theoriebildung sowie in den Praxistransfer einzubeziehen, um ein der Realität angemessenes Entwicklungsverständnis zu generieren. Im Resümee wurden also verschiedene theoretische Vorschläge aufgegriffen und miteinander verknüpft, wonach Soziale Entwicklung, ergänzt um den Capability Approach und das Agency-Analysemodell, als Rahmentheorie für eine transnationale Soziale Arbeit dienen könnte, die sich vor diesem theoretischen Hintergrund nicht zuletzt als Entwicklungszusammenarbeit verstehen und aufstellen könnte.

Eine solche transnationale „Entwicklungssozialarbeit“ wäre in der Lage, grenzüberschreitend und multidimensional auf mikro-, meso- und makrostruktureller Ebene zu lernen, zu denken und zu handeln, wodurch sie sich im Endeffekt auch als globale Akteurin und Kontrapunkt zur kapitalistischen Finanzwirtschaft auf der Makroebene positionieren könnte. Zudem hätte sie in dieser Ausgestaltung und im Hinblick auf das essenzielle Dialogprinzip nach Freire die Handlungsmacht, hierarchische Nord-Süd-Beziehungen aufzubrechen (Vgl. 2.1.3/ 2.1.4/ 2.2/ 2.2.3/ 2.2.4). Dass all dies theoretisch als auch praktisch äußerst voraussetzungsvoll ist, sollte nicht das dahinter liegende Potenzial einer professionellen Emanzipation von tradierten und überholten Methodenansätzen untergraben, die den aktuellen globalen Phänomenen und damit verbundenen Problemlagen nicht mehr gerecht werden.

In Bezug auf die Untersuchungsergebnisse, könnte nun zweierlei für die Soziale Arbeit, so wie sie momentan mehrheitlich ist, also noch nicht transnational und multidimensional handlungsfähig, bedeutsam sein. Zum einen könnten die aufgezeigten, positiv bewerteten Aspekte der analysierten EZ, die sich mit einigen Maximen Sozialer Entwicklung decken, als Praxisbeispiele aufgegriffen werden, um die Rezeption Sozialer Entwicklung und einen damit verbundenen Theorie-Praxis-Transfer weiter auszubauen. Im Hinblick auf die mikro- und makrostrukturelle Ausrichtung, die Community-Orientierung, das Empowerment-Prinzip, die politische Advocacy- bzw. Lobby-Arbeit und den lokalen Fokus, wäre eine professionelle Auseinandersetzung mit der EZ-Praxis eventuell von einigem Erkenntniswert. Aber auch aus der transnationalen Vernetzungskomponente, die EZ konstitutiv auszeichnet, könnte Soziale Arbeit etwas in Bezug auf die Etablierung grenzüberschreitender Beziehungen lernen. In diesem Zusammenhang, müsste sie andererseits aber auch die herausgearbeiteten Kritikpunkte in Betracht ziehen und sich besonders mit den herrschaftsförmigen Rollenbildern, die diese

ungleichen Beziehungen prägen, auseinandersetzen. Damit könnten eigene Rollenzuschreibungen in professioneller und kritischer Selbstreflexion überprüft und dahingehend hinterfragt werden, ob Soziale Arbeit nicht gleichermaßen passive Hilfsobjekte (Klientel vgl. Süden) und aktive Helfersubjekte (Sozialarbeiterinnen vgl. Norden) diskursiv und praktisch konstruiert, um sich dadurch in professioneller sowie gesellschaftlicher Hinsicht selbst zu legitimieren. Nicht zuletzt wäre ein Blick auf die (national-)staatlich kontrollierte und instrumentelle Organisationsrolle der GIZ lohnenswert, um sich eventuell eigener institutioneller und handlungsleitender Fremdbestimmung bewusst zu werden. Würde eine solche Auseinandersetzung vertieft stattfinden, wäre, aus meiner Sicht, schon ein wichtiger Schritt in Richtung einer transnationalen „Entwicklungssozialarbeit“, wie sie oben theoretisch skizziert wurde, getan.

Für eine solche Soziale Arbeit, die angesichts zunehmender multidimensionaler Problemlagen im Norden das Konzept Soziale Entwicklung und die „Sozialarbeit des Südens“ bereits rezipiert und damit einen erstmaligen Süd-Nord-Wissenstransfer etabliert, ergibt sich eine weitere Bedeutungsdimension in Bezug auf die vorliegenden Analyseergebnisse. Dies wurde oben schon in Bezug auf den potenziellen Einfluss angedeutet, den eine solche „Entwicklungssozialarbeit“ auf bestehende Nord-Süd-Verhältnisse haben könnte. Und allein schon der Umstand eines Lernens vom Süden bricht mit der althergebrachten, unidirektionalen Vermittlung von Theorie, Methodik und Werten, ebenso wie mit den damit verbundenen Rollenverteilungen. Eine entwicklungsorientierte Soziale Arbeit, die sich als globale proaktive Akteurin mit einem politisch-emanzipativen Selbstverständnis verortet, könnte darüber hinaus entscheidende Signale im herrschenden Nord-Süd-Diskurs, ebenso wie im nationalen Sozialarbeitsdiskurs, setzen und eine Instanz gegen postkoloniale Strukturen darstellen. Durch den Auf- und Ausbau eines transnationalen und prozesshaften Dialogs, könnten bestehende Machtverhältnisse angegangen und zu überwinden versucht werden. Das heißt nicht nur, dass Süd und Nord als tatsächlich gleichberechtigte Subjekte mit jeweils lokal spezifischen Kulturausprägungen anerkannt und gehört werden müssten. Es heißt auch, dass herrschende Entwicklungsperspektiven und Entwicklungsstrategien überdacht und in gemeinsamer Bemühung verändert bzw. verbessert werden sollten. An dieser Stelle zeigt sich auch die Bedeutung, die eine transnationale „Entwicklungssozialarbeit“ für die klassische Soziale Arbeit und ihre normativen Vorstellungen von Entwicklung haben könnte, und es werden nochmal die Kritikpunkte der Untersuchungsergebnisse relevant. Allem voraus verweist eine Soziale Entwicklungsperspektive nämlich auf die Relevanz kultureller Diversität und auf die Notwendigkeit, diese zu beachten. Es wird nicht von einheitlich anwendbaren

Maßnahmen ausgegangen, sondern von lokal spezifischen, soziokulturellen Gegebenheiten, die es als gleichermaßen berechtigt zu betrachten gilt und an die jegliche Intervention angepasst werden sollte. Dies beinhaltet aber auch die Abkehr von defizitären Vorannahmen, die stets die Gefahr einer expertenhaften Bevormundung bergen. Das heißt, es müsste eine grundlegende Akzeptanz andersartiger, also von der eigenen Norm abweichender, Lebens-, Gesellschafts- und Entwicklungsentwürfe praktiziert und ein positiver Ressourcenblick eingenommen werden. Mit Ressourcen sind die vorhandenen, manchmal auch verborgenen, Fähig- und Fertigkeiten, die sozialen Beziehungen und das jeweils vorhandene Wissen von mündigen Menschen gemeint, worin, meines Erachtens, immer das emanzipative Potenzial der selbstbestimmten Entwicklung liegt. Dies leitet zum nächsten Punkt über, den eine transnationale „Entwicklungssozialarbeit“ fördern könnte, und der sich auf eine endogene Entwicklungsperspektive bezieht. Wie im vorhergehenden Teil schon erörtert, bedeutet dies, dass Entwicklung nicht von äußeren Instanzen nach bestimmten Vorstellungen aufgezwungen werden sollte, was unweigerlich auch negative, potenziell gewaltvolle Konsequenzen nach sich zieht. Stattdessen muss sie als etwas betrachtet werden, das im Inneren von Mensch und Gesellschaft nach jeweils eigenen Wertmaßstäben entsteht, und das in einem permanenten Prozess verläuft. Insofern erscheint es, unter erneutem Rückgriff auf die UN und auf Paulo Freire, nur logisch, die Menschen und ihre Bedürfnisse, ihren dialogisch artikulierten Willen in den Mittelpunkt des Entwicklungsbegriffes zu stellen.

Vor diesem Hintergrund muss zwangsläufig die, am Beispiel der GIZ aufgezeigte, Gleichbedeutung von Entwicklung und Wirtschaftsentwicklung kritisiert werden, die einer generell virulenten, globalen Ökonomiedominanz zugeordnet werden kann. Damit ist das alles umfassende, fortschrittsbegründete, ökonomische Wachstumsparadigma gemeint, das als universelle Lösungsformel für alle Problemlagen angesehen wird (Vgl. GIZ), obwohl die praktischen sozialen Folgen (zunehmende Ungleichheit, Armut, Konkurrenz, Individualisierung, etc.) mehr als alarmierend sind (Vgl. 2.1.3). Die „Macht des Marktes“ und die vermeintliche Unmöglichkeit eines abweichenden Entwurfs, hat dazu geführt, dass anstatt die Wirtschaft an den Menschen auszurichten, die menschlichen Gesellschaften in steigendem Maße ökonomisch aus- und abgerichtet werden. Dass dabei auch Soziale Entwicklung einem übergeordneten Wachstumsglauben im Hinblick auf die breitangelegte Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards unterliegt und daher praktisch-pragmatische Schritte geht, die an die aktuellen und akuten Problemlagen angepasst sind, ist vor dem historischen, gesellschaftlichen und politischen Hintergrund von jahrhundertlangem, ausbeuterischem und unterdrückerischem Kolonialismus sowie jahrzehntelanger, auf nachholende

Wirtschaftsentwicklung fokussierter EZ und dem damit verbundenem Wohlstandsversprechen an den globalen Süden, das unfairerweise letztlich so nie eingelöst wurde, durchaus nachvollziehbar. Es ist jedoch, meines Erachtens nach und wie in 4.2 schon aufgezeigt, auch kritisierbar, insbesondere auf der Grundlage des Post-Development- und des Degrowth-Ansatzes, aber auch auf der Grundlage einer befreienden „Sozialarbeit des Südens“ und der emanzipativen, machtkritischen Bewusstseinsbildung nach Paulo Freire. Auch wenn nicht zu leugnen ist, dass es in den Entwicklungsdekaden tatsächlich zu einer Erhöhung des materiellen Lebensstandards und der allgemeinen Lebenserwartung im globalen Süden gekommen ist, funktioniert das westlich dominierte, ökonomische Entwicklungsmodell eines konstanten Wirtschaftswachstums im Zuge der internationalen Arbeitsteilung immer noch ausbeuterisch gegenüber dem globalen Süden und zugunsten des globalen Nordens. Es ist insofern keineswegs egalitär, sondern vielmehr elitär ausgerichtet. Und so könnte „der ungebrochene Glaube“ an Wirtschaftswachstum als dem „kleinsten gemeinsamen Nenner“ (Stockmann 2010, 373f) jeglicher, auch nachhaltigkeitsorientierter, Entwicklungstheorien grundsätzlich in Frage gestellt und als eine kapitalistische „Kolonisation des Bewusstseins“ bzw. des „Imaginären“ betrachtet werden, die es transnational und dialogbasiert zu überwinden gelten sollte (Vgl. 2.1.2/ 2.1.3/ 2.1.2.2). Trotz, meiner Meinung nach, stark suggestiver Aussagen wie „Aber kaum jemand wird glauben, dass nachholende nachhaltige Entwicklung ohne Wirtschaftswachstum möglich ist“ (Stockmann 2010, 373f) oder „Entwicklung kann nicht stattfinden ohne Wirtschaftswachstum“ (Menzel 2010, 14), muss dies letztendlich nicht als alternativlose Gegebenheit hingenommen und kann genauso gut als Teil eines einseitig ökonomisch und nördlich dominierten Diskurses entlarvt werden (Vgl. 2.1.2/ 2.1.2.1/ 2.1.2.2).

6 Ausblick

Auf der Grundlage dieser vielfältigen Schlussfolgerungen, erfolgt an dieser Stelle daher der abschließende Vorschlag, dem theoretischen Entwurf einer transnationalen „Entwicklungssozialarbeit“ noch eine kritische, reflexive und dialogische Auseinandersetzung mit der herrschafts- und wachstumskritischen Degrowth-Theorie aus dem europäischen Süden hinzuzufügen. Dies wird in dem Bewusstsein formuliert, dass es sich bei diesem Ansatz wieder einmal um eine Wissensproduktion des globalen Nordens handelt. Doch im Sinne eines transnationalen Dialogs und im Anbetracht dessen, dass es eine weitreichende Überschneidung zwischen den unter anderem lokal orientierten, basisdemokratischen, community- und autonomiezentrierten Alternativvorschlägen der Postwachstumskonzepte und

den ebenso ausgerichteten Grundlagen Sozialer Entwicklung vor dem Hintergrund der „Sozialarbeit des Südens“ gibt, wird die Ergänzung bzw. Erweiterung um wachstumsalternative Ideen hier als chancenreiche Option gesehen. Zudem wird auch im Kontext des Nachhaltigkeitsparadigmas argumentiert, das zwar in aller Munde ist, aber, aus meiner Sicht, letztendlich immer mehr einer interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Instrumentalisierung anheimfällt, wodurch das entwicklungstheoretische Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“ tatsächlich ein Oxymoron darzustellen droht (Vgl. 2.1.2.2). Im Grunde besagt es jedoch sehr deutlich, dass die ökologischen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums erreicht sind und noch wichtiger, dass das konsumistische, akkumulative Lebensmodell des globalen Nordens nicht länger tragbar und schon gar nicht weltweit übertragbar ist (Vgl. 2.1.2). Die Degrowth-Bewegung kann, meines Erachtens nach, im Sinne einer endogenen Entwicklungsperspektive als Entwicklung aus dem Inneren der (südeuropäischen) Gesellschaft und im Hinblick auf ihren theoretischen Gehalt als systemkritische bzw. antisystemische und emanzipatorische Alternative zu bestehenden Entwicklungsvorstellungen betrachtet werden. Ähnlich wie der Agency-Ansatz, nimmt sie den korrelativen Zusammenhang von ökonomiepolitischer Struktur und sozialer Handlung sowie dominierende Diskurs- und Kulturformen kritisch in den Blick und fragt, wie der Capability Approach, nach neuen Möglichkeitsräumen (Vgl. 2.1.2.2/ 2.2.3). Sie kann damit als mikro- und makrostrukturell orientierte, kontextsensible, sozial- und politikwissenschaftliche Theorie betrachtet werden, an die eine transnationale „Soziale Entwicklungszusammenarbeit“ durchaus anschlussfähig wäre. Die Verknüpfung einer solchen proaktiven Sozialarbeit mit dieser wachstumskritischen, sozialen Bewegung würde, aus meiner Sicht, einen enormen synergetischen und emanzipativen Handlungsspielraum im Rahmen der bestehenden, ökonomischen Machtverhältnisse eröffnen und die Herausbildung eines zivilgesellschaftlichen Gegenpols zur neoliberalen, finanzkapitalistisch dominierten Globalisierung um ein Vielfaches erhöhen. Es könnte ein kooperativer Gegenpol sein, der in einem gleichwertigen Dialog zwischen Süd und Nord und in gemeinsamer, transdisziplinärer Bemühung für ein alternatives gesellschaftliches (Entwicklungs-)Modell eintritt, in dem nicht eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung auf Kosten einer großen Mehrheit und einer begrenzt belastbaren Umwelt in maßlosem Wohlstand lebt und in dem diese Minderheit nicht mehr die alleinige Sprachhoheit inne hat. Ein solches Modell könnte auch eine Veränderung und Erweiterung der EZ anstoßen, die zwar zum Teil emanzipative Aspekte aufweist, aber nichtsdestotrotz auf grundlegender Ungleichwertigkeit und tendenzieller Bevormundung basiert. Eine wachstumskritische „Soziale Entwicklungszusammenarbeit“ könnte z.B. die

alternative Idee von Reparationszahlungen an den globalen Süden im Sinne einer mehr als berechtigten Entschädigung für die historischen Verbrechen und die Ausbeutung im Zuge des Kolonialismus aufgreifen. Anstatt ihn als ewiges Hilfsobjekt zu betrachten, könnten ihm so in direkter Weise erweiterte und genuin selbstbestimmte Handlungsoptionen zugestanden und der kolonial bedingte Reichtum des Nordens sozusagen gerecht umverteilt werden (Vgl. Gleissner-Bonetti/ Köhler/ Woldeslassie 2012, 45). Damit wäre nach so langer Zeit vielleicht auch endlich das Wohlstandsversprechen eingelöst. Vor dem Hintergrund von postkolonialer Theorie und Post-Development-Ansatz, wäre allerdings auch zu bedenken, wie diffus, flexibel interpretierbar und dadurch stets instrumentalisiert der Entwicklungsbegriff ist. Im Bewusstsein über die realitätsstiftende Macht von Diskursen, in denen auch Dokumente als gewichtige Kommunikationsmittel fungieren, wäre eine besondere Vorsicht und sprachliche Sensibilität geboten, die in stetiger kritischer Selbstreflexion und im maßgeblich wichtigen Austauschprozess sichergestellt werden könnte und sollte.

Am Ende zeichnet sich ein Gesamtbild ab, das mehr Fragen aufwirft, als dass es Antworten gibt, denn natürlich sind dabei viele Aspekte unbeleuchtet geblieben und es ergeben sich weitere Fragestellungen und einige Forschungsdesiderate. Vor allem im Hinblick auf den Praxistransfer bzw. die tatsächliche Anwendbarkeit transnationaler, entwicklungsorientierter und wachstumskritischer Ideen und Entwürfe im Kontext Sozialer Arbeit. Dahingehend wäre die investigative Auseinandersetzung mit konkreten Praxismaßnahmen Sozialer Entwicklung in verschiedenen soziokulturellen und gesellschaftlichen Kontexten wohl ebenso erkenntnisfördernd wie z.B. die wissenschaftliche Betrachtung selbstorganisierter, macht- und konsumkritischer Gemeinschaftsprojekte. Darüber hinaus wäre es interessant, die hier durchgeführte Projektuntersuchung gerade im Hinblick auf widersprüchliche Analyseergebnisse um reaktive Forschungsprojekte zu ergänzen. Dabei könnten beispielsweise die Perspektiven der Adressatinnen der EZ-Projekte im globalen Süden erfragt und gleichzeitig Interviews mit den Beschäftigten und Partnerorganisationen der hier untersuchten Organisationen durchgeführt werden, um die diskursiv hergestellten Rollenbilder zu überprüfen und einen erweiterten Einblick in diese Art der Internationalen Beziehungen zu erhalten.

Es wurden in der vorliegenden Arbeit weitestgehend theoretisch konstruierte, aber vielleicht potenziell konstruktive Vorschläge unterbreitet. Diese mögen mitunter utopisch und visionär erscheinen, vielleicht auch als naiv, zu radikal oder unrealistisch abgeurteilt werden, doch Utopien entbehren wortgemäß erstmal realistischer Grundlagen, während sie gleichzeitig auch

aus realen Gegebenheiten und Wünschen hervorgehen. Sie bergen dennoch und genau deshalb das große Potenzial positiver sozialer Veränderung.

In gewisser Weise ist es eine Frage des Imaginären, der Vorstellungskraft, und des Bewusstseins über Macht- und Gesellschaftstrukturen. Es geht aus meiner Sicht darum, ob man gewillt und in der Lage ist, Dinge zusammenzubringen, die auf den ersten Blick nicht zusammen gehören, seien es unterschiedliche Weltregionen oder unterschiedliche Wissensgebiete. „Denn die verschiedenen Wissens[- und Welt]gebiete neigen dazu, sich gegen andere abzugrenzen.“ (Didi Hubermann 2014, TC: 00:44:00ff) Abgrenzung und Expertentum innerhalb von vermeintlichen „Königswissenschaften“ sind tendenziell herrschaftsförmig. Der über territoriale Grenzen hinweggehende Vergleich und die Verknüpfung von verschiedenen Sachverhalten, genauso wie von unterschiedlichem Wissen resultiert dabei natürlich zunächst nur in einer hypothetischen Konstruktion, sozusagen in einer Gedankenmontage, die mitunter widersprüchlich, fragmentarisch oder inszeniert erscheinen mag. Doch obwohl sie die Gefahr birgt, aussagelos zu bleiben und insofern zu misslingen, liegt darin auch die Chance, neuartige, noch nicht gedachte Ideen zu generieren, indem neue Zusammenhänge und damit wiederum neues Bewusstsein gebildet werden. Dabei geht es insgesamt in hohem Maße um grenzüberschreitende Denk- und Dialogformen und um die transdisziplinäre Verbindung unterschiedlicher Wissensbereiche, um damit erweiterte Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsräume zu schaffen (Vgl. Didi-Hubermann 2014, TC: 00:44:00ff). Insofern geht es auch grundlegend um Skepsis in Bezug auf das (Vor-)Gegebene, um kommunikative Offenheit und um konstruktiven Austausch zwischen mündigen Subjekten. So könnte die keinesfalls vorbehaltlose, sondern kritische, kulturell umsichtige und diskursensible Auseinandersetzung mit system- und machtkritischen Theorien, wie den hier unterbreiteten, einen fruchtbaren Austausch eröffnen, wodurch eine transnationale, entwicklungsorientierte Soziale Arbeit im oben dargelegten Verständnis auch weitere Impulse erhalten und ihre potenzielle Rolle als Gegengewicht zur neoliberalen Globalisierung, meines Erachtens nach, tatsächlich einnehmen könnte. Angesichts einer hochkomplexen Realität und aktueller Problemlagen wie internationaler Finanz- und Schuldenkrise, Klimawandel, weltweit mehr als 50 Millionen Geflüchteten, einer weltweit zunehmenden Prekarisierung bzw. Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten und steigenden europäischen Nationalismus- und Abschottungstendenzen, erscheint es dabei geradezu unumgänglich, nach alternativen und neuen Wissens-, Kommunikations- und Kooperationsformen in Bezug auf menschliche Entwicklung zu suchen und sich auf einen lernenden Dialog mit dem globalen und europäischen Süden einzulassen.

„Bei all dem geht es um die Vision von Entwicklung als einem gemeinsam gestalteten Prozess der Entfaltung von Freiheit. Allen Menschen möglichst viele Möglichkeiten zur Lebensgestaltung zu eröffnen, ist das Ziel der Entwicklung und eine Utopie, für die es sich lohnt zu denken, zu arbeiten und sich einzusetzen.“ (Novy 2002, 154 in Reutlinger 2008, 247)

7 Literaturverzeichnis

Augustin, Kersten (18.12.2013): Porträt des neuen Entwicklungsministers Gerd Müller. Nein, nicht DER Gerd Müller. In: Zeit Online. Deutschland. Politik. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-12/gerd-mueller-minister-entwicklungshilfe> (letzter Zugriff: 19.06.2014).

AWO International e. V. (Hrsg.) (2013): Jahresbericht 2012. Verantwortlich: Lebherz, Ingrid. Geschäftsführerin AWO International e. V. Redaktion: Saroglou, Vassilios. Texte: Eder, Karin/ Eitel, Christiane/ Kelbling, Sebastian/ Neuhaus, Felix/ Saroglou, Vassilios/ Schulte, Christiane/ Siber, Vera. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.awointernational.de/ueber-uns.html> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

AWO International e. V. (Hrsg.) (2012): Jahresbericht 2011. Verantwortlich: Lebherz, Ingrid. Geschäftsführerin AWO International e. V. Redaktion: Saroglou, Vassilios. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.awointernational.de/ueber-uns.html> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

AWO International e. V.: Über uns. Verantwortlich für den Inhalt: Lebherz, Ingrid. Geschäftsführerin AWO International e. V. Inhaltliche Pflege und Redaktion: Saroglou, Vassilios. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.awointernational.de/ueber-uns.html> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

AWO Bundesverband e.V. (1999/2005): AWO Grundsatzprogramm. Verantwortlich: Bundesvorstandsvorsitzender Brückers, Rainer. Redaktionelle Bearbeitung: Pott, Ludwig/ Woytalewicz, Victoria. Berlin: AWO Bundesverband e.V. – Verlag –Heinrich-Albertz-Haus. Online verfügbar unter: <https://www.awo.org/wir-ueber-uns/> (letzter Zugriff: 02.05.2014).

Bäcker, Gerhard/ Naegele, Gerhard/ Bispinck, Reinhard u.a. (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. 4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 161ff.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER) (Hrsg.) (2013): Developmental Turn. Neue Beiträge zu einer rassismuskritischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit. Vi.S.d.P. und Redaktion: Massing, Armin/ Schudy, Alexander. 1. Auflage. Berlin.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER) (Hrsg.) (2012): „Wer andern einen Brunnen gräbt ...“ Rassismuskritik. Empowerment. Globaler Kontext. Vi.S.d.P.: Massing, Armin/ Schudy, Alexander. 1. Auflage. Berlin. S. 46.

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2013): Jahresbericht 2012. Redaktion: Lichtblau, Thorsten/ Sandner, Thomas (V.i.S.d.P.). Text: Hauser, Bernd/ Kruger, Thomas. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/berichte-transparenz/jahresbericht-2012.html?type=A> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Über uns. Verantwortlich für den Inhalt: Pool, Dieter. Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation im Präsidialbereich Brot für die Welt. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns.html> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Cultural Studies. Herausgegeben von Winter, Rainer. Band 12. Bielefeld: transcript Verlag.

Didi Hubermann (2014). In: Foucault gegen Foucault (2014). Originaltitel: Foucault contre lui-même. Regie: François Caillat. Frankreich: the factory, ARTE France, ina 2014. Fassung: Internet. In: ARTE Mediathek. Online verfügbar unter: http://www.arte.tv/guide/de/050573-000/foucault-gegen-foucault?vid=050573-000_PLUS7-D. TC: 00:44:00ff. (letzter Zugriff: 21.06.2014).

Diekmann, Andreas (2005): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 14. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Fischer-Tiné, Harald (2010): Postkoloniale Studien. In: Europäische Geschichte Online (EGO). Herausgegeben vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG). Verantwortlich für den Inhalt: Dingel, Irene/ Paulmann, Johannes. Mainz. Online verfügbar unter: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-und-die-welt/postkoloniale-studien/harald-fischer-tine-postkoloniale-studien> (letzter Zugriff: 19.05.2014).

Flick, Uwe (2009): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Foucault gegen Foucault (2014). Originaltitel: Foucault contre lui-même. Regie: François Caillat. Frankreich: the factory, ARTE France, ina 2014. Fassung: Internet. In: ARTE Mediathek. Online verfügbar unter: http://www.arte.tv/guide/de/050573-000/foucault-gegen-foucault?vid=050573-000_PLUS7-D (letzter Zugriff: 21.06.2014).

Friesenhahn, Günter/ Kniephoff-Knebel, Anette/ Rickert, Judith K. (2009): Grenzen und Chancen transnationaler Beziehungen in der Sozialen Arbeit. In: Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 265ff.

GIZ GmbH (Hrsg.) (Juni 2013): Unternehmensbericht 2012. Verantwortlich: Hutter, Dorothee. Leiterin GIZ Unternehmenskommunikation. Inhaltliche Konzeption und Projektleitung: Lovens, Daniele/ Hilger, Jörg (GIZ). Text und Redaktion: Hilger, Jörg (GIZ)/ PFIFF – PresseFrauen In Frankfurt. Gestalterische Konzeption und Produktion: Nauth, Kerstin/ Teufel, Sumi (GIZ). Bonn und Eschborn. Online verfügbar unter: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2013-de-unternehmensbericht-2012.pdf> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

GIZ GmbH: Entwicklungsdienst. Bonn und Eschborn. Online verfügbar unter: <http://www.giz.de/Entwicklungsdienst/de/> (letzter Zugriff: 12.03.2014).

GIZ GmbH (Hrsg.) (April 2013): Evaluierungsbericht 2010-2012. Verantwortlich: Vahlhaus, Martina. Projektleitung und Redaktion: Giesen-Thole, Dorothea. Bonn und Eschborn. Online verfügbar unter: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2013-de-evaluierungsbericht-2010-2012.pdf> (letzter Zugriff: 13.05.2014).

Gleissner-Bonetti, Lucia/ Köhler, Dominik/ Woldeslassie, Sara (2012): EZ abschaffen! Drei Kritiken an Entwicklungszusammenarbeit aus dem Globalen Süden. In: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER) (Hrsg.) (2012): „Wer andern einen Brunnen gräbt ...“ Rassismuskritik. Empowerment. Globaler Kontext. Vi.S.d.P.: Massing, Armin/ Schudy, Alexander. 1. Auflage. Berlin. S. 46.

122

Herriger, Norbert (2006): Empowerment in der Sozialen Arbeit: Eine Einführung. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Hinte, Wolfgang (2007): Grundlagen des Konzepts einer non-direktiven Pädagogik. in: Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. 2., aktualisierte Auflage. Weinheim/ München: Juventa Verlag. S. 49-53.

Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.) (2011): Soziale Arbeit als Entwicklungs-zusammenarbeit. Soziale Arbeit Aktuell. Band 16. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Homfeldt, Hans Günther/ Schmitt, Caroline (2011): Transnationale Forschungsfelder und Schaltstellen transnationaler Sozialer Arbeit. In: Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.) (2011): Soziale Arbeit als Entwicklungszusammenarbeit. Soziale Arbeit Aktuell. Band 16. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 4ff.

Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung. Grundlagen der Sozialen Arbeit. Band 20. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und soziale Entwicklung – eine einleitende Skizze. In: Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung. Grundlagen der Sozialen Arbeit. Band 20. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 2ff.

Homfeldt, Hans Günther/ Schröder, Wolfgang/ Schweppe, Cornelia (Hrsg.) (2008): Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs. Weinheim: Juventa Verlag.

Homfeldt, Hans Günther/ Schröder, Wolfgang/ Schweppe, Cornelia (2008): Transnationalität und Soziale Arbeit – ein thematischer Aufriss. In: Homfeldt, Hans Günther/ Schröder, Wolfgang/ Schweppe, Cornelia (Hrsg.) (2008): Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs. Weinheim: Juventa Verlag. S. 7ff.

Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Herausgegeben von Evers, Adalbert/ Heinze, Rolf G./ Leibfried, Stephan u.a. 3., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Herausgegeben von Bohnsack, Ralf/ Lüders, Christian/ Reichertz, Jo. 2. Auflage. Qualitative Sozialforschung. Band 14. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH.

Kuhn, Berthold (2005): Entwicklungspolitik zwischen Markt und Staat. Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Lutz, Ronald/ Rehklaue, Christine (2009a): Partnerschaft oder Kolonisation? Thesen zum Verhältnis des Nordens zur Sozialarbeit des Südens. In: Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit, Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 33-53.

Lutz, Ronald/ Rehklaue, Christine (2009b): Sozialarbeit des Südens. Entwicklung und Befreiung. In: Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung. Grundlagen der Sozialen Arbeit. Band 20. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 237-252.

Maiwald, Ulrike (2012): Der Begriffswandel von der "Entwicklungshilfe" zur "Entwicklungszusammenarbeit" am Beispiel der BRD. Masterarbeit. Universität Wien. Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 5., überarbeitete und neu ausgestattete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Menzel, Ulrich (2010): Entwicklungstheorie. Teil I. In: Stockmann, Reinhard/ Menzel, Ulrich/ Nuscheler, Franz (2010): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. München: Oldenbourg Verlag. S. 11ff.

Midgley, James (2009a): Soziale Entwicklung. Die Rolle der Sozialen Arbeit. In: Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 155ff.

Midgley, James (2009b): Social Work and Social Development – towards a Global Dialogue. In: Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung. Grundlagen der Sozialen Arbeit. Band 20. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 12ff.

Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hrsg.) (2003): Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.

Muraca, Barbara (2013): Décroissance: A Project for a Radical Transformation of Society. In: Environmental Values. Vol. 22. No. 2. 147-169. Isle of Harris: The White Horse Press. Online verfügbar unter: <http://www.whpress.co.uk/EV/EV22.html> (letzter Zugriff: 31.05.2014).

Noyoo, Ndangwa (2000): Social Development in sub-Saharan Africa. Lessons for social work practice in South Africa. In: International Social Work 43 (3). S. 453-465. Online verfügbar unter: <http://isw.sagepub.com/content/43/4/453> (letzter Zugriff: 13.02.2014).

Nuscheler, Franz (2010): Weltprobleme. Teil II. In: Stockmann, Reinhard/ Menzel, Ulrich/ Nuscheler, Franz (2010): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. München: Oldenbourg Verlag. S. 161ff.

Nuscheler, Franz (2005): Entwicklungspolitik. 5. Auflage. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 488. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Nuscheler, Franz (1996): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. 4., aktualisierte Auflage, 1. durchgesehener Nachdruck der 4. Auflage, (61. - 80. Tsd.). Bonn: J.H.W. Dietz.

Patel, Leila (2009): Development Social Work in South Africa: Lessons from the South. In: Homfeldt, Hans Günther/ Reutlinger, Christian (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit und Soziale Entwicklung. Grundlagen der Sozialen Arbeit. Band 20. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 53ff.

Rankopo, Morena J./ Odei-Hwedie, Kwaku (2011): Globalization and culturally relevant social work: African perspectives on indigenization. In: International Social Work 54 (1). S. 137-147. Online verfügbar unter: <http://isw.sagepub.com/content/54/1/137> (letzter Zugriff: 20.05.2014).

Reutlinger, Christian (2009): Dazwischen und quer durch – Ort und Raum als Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Zeiten verstärkter Transnationalisierung. In: Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 73ff.

Reutlinger, Christian (2008): Social development als Rahmentheorie transnationaler Sozialer Arbeit. In: Homfeldt, Hans Günther/ Schröder, Wolfgang/ Schweppe, Cornelia (Hrsg.) (2008): Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs. Weinheim: Juventa Verlag. S. 235ff.

Salustowicz, Piotr (2009): Internationale Soziale Arbeit zwischen Kolonialisierung, Ethnisierung und Transnationalisierung. In: Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 66f.

Schech, Susanne/ Haggis, Jane (2000): Culture and Development: A Critical Introduction. New York: Wiley-Blackwell Verlag.

Scheffler, Sabine (2006): Die Gründung der AWO. Aus dem AWO-Magazin. AWO Leinfelden-Echterdingen e.V. Redaktion: Groß, Ulrich. Online verfügbar unter: http://www.awo-le.de/awo/geschichte/awo_gruendung.htm (letzter Zugriff: 02.05.2014).

Scherer, Stefani/ Müller, Walter (Hrsg.) (2003): Marktexpansion, Wohlfahrtsstaatumbau und soziale Ungleichheit. In: Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hrsg.) (2003): Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH. S. 14-20.

Schirmer, Dominique (2009): Empirische Methoden der Sozialforschung. Grundlagen und Techniken. Degele, Nina/ Dries, Christian/ Schirmer, Dominique (Hrsg.): Basiswissen Soziologie. Paderborn: Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG.

Schröder, Christian (2011): „Mit vereinten Kräften voran“ – social development im Kanton Piedras Negras. In: Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.) (2011): Soziale Arbeit als Entwicklungszusammenarbeit. Soziale Arbeit Aktuell. Band 16. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 90f.

Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Simperler, Mara (2014): Wohin führt der Fortschritt? In: Mol-Wolf, Katarzyna (Hrsg.): Hohe Luft. Philosophie-Zeitschrift. Haben vs. Sein. Ausgabe 3. Hamburg: Hohe Luft Verlag UG & Co KG.

Stockmann, Reinhard (2010): Einleitung: Entwicklung. In: Stockmann, Reinhard/ Menzel, Ulrich/ Nuscheler, Franz (2010): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. München: Oldenbourg Verlag. S. 1ff.

Stockmann, Reinhard (2010): Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit. Teil III. In: Stockmann, Reinhard/ Menzel, Ulrich/ Nuscheler, Franz (2010): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. München: Oldenbourg Verlag. S. 351ff.

Stockmann, Reinhard/ Menzel, Ulrich/ Nuscheler, Franz (2010): Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. München: Oldenbourg Verlag.

United Nations (1995a): Resolution 1 des Weltgipfels für soziale Entwicklung. Verabschiedet auf der 14. Plenarsitzung am 12. März 1995. Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung. Online verfügbar unter: <http://www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum1.htm#res1> (letzter Zugriff: 07.03.2014).

United Nations (1995b): Resolution 1 des Weltgipfels für soziale Entwicklung. Bericht des Weltgipfels für soziale Entwicklung: Kopenhagener Erklärung. Anlage I. Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung. Online verfügbar unter: <http://www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum2.htm> (letzter Zugriff: 07.03.2014).

United Nations (1995c): Resolution 1 des Weltgipfels für soziale Entwicklung. Anlage II. Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung. Online verfügbar unter: <http://www.un.org/Depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum6.htm> (letzter Zugriff: 07.03.2014).

United Nations Development Programme (UNDP) (2011): Human Development Index (HDI) and its components. New York. Online verfügbar unter: <https://data.undp.org/dataset/Table-1-Human-Development-Index-and-its-components/wxub-qc5k> (letzter Zugriff: 10.03.2014).

United Nations Development Programme (UNDP) (2014): Women's Empowerment. New York. Online verfügbar unter: <http://www.undp.org/content/undp/en/home/ourwork/womenempowerment/overview.html> (letzter Zugriff: 10.03.2014).

Wagner, Leonie/ Lutz, Ronald (Hrsg.) (2009): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ziai, Aram (2013): Rassismus und Entwicklungszusammenarbeit. Die westliche Sicht auf den Süden vom Kolonialismus bis heute. Unter Mitarbeit von: Bendix, Daniel/ Danielzik, Chandra-Milena/ Kwesi Aikins, Joshua. In: Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V. (BER) (Hrsg.) (2013): Developmental Turn. Neue Beiträge zu einer rassismuskritischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit. V.i.S.d.P. und Redaktion: Massing, Armin/ Schudy, Alexander. 1. Auflage. Berlin. S. 22-29.

Ziai, Aram (2012): Post-Development: Fundamentalkritik der „Entwicklung“. *Geographica Helvetica* 67. Copernicus Publications for the Geographisch-Ethnographische Gesellschaft Zürich & Association Suisse de Géographie. S. 133-138. Online verfügbar unter: <http://www.geographica-helv.net/67/133/2012/gh-67-133-2012.html> (letzter Zugriff: 19.05.2014).

8 Abkürzungsverzeichnis

AWO	Arbeiterwohlfahrt
BfdW-EED	Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRAC	Bangladesh Rural Advancement Committee
Bsp.	Beispiel
CIDA	Canadian International Development Agency
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DFID	Department for International Development (UK)
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IWF	Internationaler Währungsfond
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MR	Menschenrechte
NGO	Non-Governmental Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
SIDA	Swedish International Development Cooperation Agency
s.o.	siehe oben
u.a.	unter anderem
UN	United Nations
USAID	United States Agency for International Development
z.B.	zum Beispiel

9 Anhang

9.1 Anhang I – Kategorien

1. Politische Stabilität und gesellschaftliche Partizipation
2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
3. Gesundheit und Bildung
4. Ökologische Nachhaltigkeit
5. Gendergerechtigkeit
6. Kulturelle Identität
7. Community-Orientierung
8. Vernetzung und Kooperation
9. Menschenrechte
10. Öffentlichkeits-, Lobby- und Bildungsarbeit
11. Schlagwort „Nachhaltigkeit/ nachhaltige Entwicklung“
12. Evaluation/ Wirkungsorientierung
13. Ansprache an die Leserschaft

9.2 Anhang II – Kodierleitfaden

Kategorien	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
1. Politische Stabilität und gesellschaftliche Partizipation	Rechtsstaatlichkeit, Teilhabe/ Beteiligung, demokratische Mitgestaltung, Demokratieförderung, Politikberatung, good governance, Minderheiten, benachteiligte gesell. Gruppen, Geschlechtergleichheit, Zivilgesellschaft, ...	<p><i>Bei diesem Aushandlungsprozess zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützt die GIZ die Regierungen der Partnerländer. (GIZ UB 2012, 15)</i></p> <p><i>Im gemeinsamen Projekt mit AWO International liegt der Fokus besonders auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche. (AWO JB 2011, 14)</i></p> <p><i>Im Dialog mit der Politik. Um auf Missstände hinzuweisen und dringend notwendige Veränderungen zu erreichen, sucht Brot für die Welt den Gedankenaustausch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. (...) (BfdW JB 2012, 68)</i></p> <p><i>Wir beraten Politik. Im In- und Ausland unterstützen wir Entscheidungsträger bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele. (GIZ Profil, 3)</i></p>	Alle Texteinheiten, die eine politische Dimension der in der Definition genannten Themen betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert
2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Wachstum, Arbeit, Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Kapital, Einkommen, Existenzsicherung, Investitionen, Handel, Privatwirtschaft, Volkswirtschaft, ...	<i>ÄGYPTEN. Endlich Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. (...) Reform der Arbeitsmarktpolitik unterstützt die GIZ im Auftrag des BMZ – mit ersten Erfolgen: Verbände der Privatwirtschaft und staatliche Einrichtungen arbeiten nun eng zusammen, um jungen Menschen</i>	Alle Texteinheiten, die eine (mikro-/ meso-/ makro-strukturell) ökonomische Dimension betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert

		<p><i>Beschäftigungsperspektiven zu bieten. Bislang gab es das nicht. (...) Im Rahmen dieser Beschäftigungsoffensive hat die GIZ das erste Jobcenter Ägyptens mit aufgebaut. (...) (GIZ UB 2012, 18)</i></p> <p><i>„Wir verkaufen gemeinsam auf dem lokalen Markt.“ (...) Lobbyarbeit von CAPA [von BfdW-EED geförderte Partnerorganisation: CAPA - Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor] und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Die führte dazu, dass die brasilianische Regierung die Kommunen dazu verpflichtete, mindestens 30 Prozent der Zutaten des Schulessens von lokalen Kleinbauern und aus ökologischer Produktion zu beziehen. (...) (BfdW JB 2012, 17)</i></p>	
3. Gesundheit und Bildung	<p>Gesundheitsmaßnahmen, Soziale Gerechtigkeit, sozialer Wandel, Ernährung, Wohnen, Schule, Kindergarten, Bildungsmaßnahmen für Kinder/ Jugendliche/ Erwachsene, Wissensvermittlung, u.a. rechtliche/ sexuelle/ gesundheitliche / MR-/ Geschlechterrollen-Aufklärung, ...</p>	<p><i>Gesundes Essen für die Armen. (BfdW JB 2012, 17)</i></p> <p><i>„Ich fühle mich stark, weil ich Wissen erlangt habe und mich gut ausdrücken kann“, erklärt Elias. (...) Mittlerweile arbeiten mehrere junge Frauen und Männer in der Region konstruktiv an einem Austausch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, an einer Verbesserung der Beziehung und dem Dialog der Generationen. (AWO JB 2011, 15)</i></p> <p><i>Die meisten von ihnen waren zuvor arbeitslos, jetzt besuchen sie regelmäßig Schulen, Unternehmen,</i></p>	<p>Alle Texteinheiten, die Gesundheit und Bildung im Sinne von sozialer Gerechtigkeit/ ganzheitlichen Zugängen/ Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, ...) betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>

		<p><i>Gefängnisse, Gesundheitseinrichtungen, aber auch Marktplätze, um über HIV und Aids zu informieren. (BfdW JB 2012, 21)</i></p> <p><i>Die Lesefähigkeit ist in den Kursen nur der erste Schritt. Die Alphabetisierung wird ergänzt durch weiteren Unterricht. Lektionen zu Gesundheit, Umweltschutz, Gleichberechtigung, Menschenrechten und HIV/Aids sollen zur persönlichen Entfaltung der Teilnehmenden beitragen. (BfdW JB 2012, 19)</i></p> <p><i>PHILIPPINEN. Fit für die Schule. Zahnschmerzen sind auf den Philippinen der häufigste Grund für Fehltage in der Schule. (...) Mit einfachen, aber äußerst wirkungsvollen Maßnahmen in Grundschulen steuert das Basisgesundheitsprogramm (EHCP) erfolgreich dagegen an. (...) berät die GIZ jetzt im Auftrag des BMZ und in Kooperation mit der Organisation südostasiatischer Erziehungsminister die Ausweitung des Fit-for-School-Ansatzes in der gesamten Region (...) (GIZ UB 2012, 18)</i></p>	
4. Ökologische Nachhaltigkeit	Schutz der Umwelt und Ressourcen, Klimawandel, zukünftige Generationen, Nachhaltige Ressourcennutzung/ Wirtschaft, Rohstoffe, Lebensmittel, Natur-/ Lebensraum, Fair Trade, ...	<i>Kohle, Erdöl, Kupfer oder Diamanten: Viele Entwicklungsländer sind reich an Bodenschätzen. Mit den Erträgen aus Förderung und Export könnte die Armut in vielen Ländern wirksam bekämpft werden. (...) die große Chance zur Entwicklung, die in den Bodenschätzen eines</i>	Alle Texteinheiten, die Umwelt, Klimawandel und -schutz sowie Ressourcen und Rohstoffe betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert

		<p><i>Landes liegt. „Rohstoffgovernance“ lautet daher das Thema, unter dem sich die GIZ weltweit für die nachhaltige Nutzung von Rohstoffvorkommen engagiert. (...) (GIZ UB 2012, 15)</i></p> <p><i>Und wir setzen uns für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wasserpolitik ein. Denn wir sind der Überzeugung: Alle Menschen haben ein Recht auf Wasser. (BfdW JB 2012, 22)</i></p>	
5. Gendergerechtigkeit	Institutionelle Zugänge, Rechte, gender mainstreaming, Geschlechtersensibilität/ -gleichheit/ -gerechtigkeit/ -rollen, Frauen-Empowerment ...	<p><i>Oder junge Frauen erlernen einen Beruf, der ihnen in ihrem Land Zukunftsperspektiven bietet. Denn wir sind der Überzeugung: Bildung ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. (BfdW JB 2012, 18)</i></p> <p><i>(...) kommunikative und engagierte Frauengruppen, die erfolgreich einflussreiche Aktionen zur Verbesserung der Familiensituationen in den Haushalten gestartet haben, so begegnet man in der unmittelbaren besonders frommen Nachbarschaft ausschließlich Männern, die auch noch als alleinige Ansprechpartner für frühkindliche Erziehung auftreten. (...). (AWO JB 2011, 11)</i></p> <p><i>Das Werk fördert mit seiner Arbeit die Herstellung gleicher Lebenschancen für Frauen und Männer. (EWDE Satzung, § 7, Abs. 2, 5)</i></p>	Alle Texteinheiten, die geschlechterspezifische Themen betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert

<p>6. Kulturelle Identität</p>	<p>das Eigene, das Fremde, richtig/ falsch, innen/ außen, gut/ schlecht, Werte, Normen, Wissen, Interessen, Wertungen, Selbstbild, Fremdbild, das konstruierte „Andere“, Stereotype, Stigmata, „Othering“, ...</p>	<p><i>Kirchen leisten wirkungsvolle Entwicklungsarbeit. (BfdW JB 2012, 8)</i></p> <p><i>Insgesamt ist eine schleichende Islamisierung an Schulen, in Behörden sowie bei öffentlichen Veranstaltungen deutlich sichtbar. Die Toleranz gegenüber Andersdenkenden hat sich spürbar verringert. (AWO JB 2011, 10f)</i></p> <p><i>Wir gestalten Globalisierung im Einklang mit den Werten und Interessen Deutschlands. (GIZ UB 2012, 8)</i></p> <p><i>PHILIPPINEN. Von der Kokosnuss zum hochwertigen Öl. (GIZ UB 2012, 46)</i></p>	<p>Alle Texteinheiten, die eine kulturelle Dimension im Sinne von Identifikation, Zuschreibungen und Abgrenzung betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>
<p>7. Community-Orientierung</p>	<p>community development/ organizing, Gemeinwesen-entwicklung, Infrastruktur, Ressourcen- statt Defizitorientierung, Empowerment, Selbstorganisation, politische Aktivierung, Advocacy, zielgruppen-/ ressortübergreifend, (Vgl. GWA-Prinzip) ...</p>	<p><i>Im Dorf Houyta in der abgelegenen und bergigen Provinz Oudomxay wurde ein Staubecken errichtet und mit einem hochgelegenen Wassertank verbunden. In den Dörfern Mokjar und Naom renovierten und erweiterten die Entwicklungsfachleute ein nicht mehr funktionstüchtiges Versorgungssystem. An den Bauarbeiten beteiligten sich die Dorfbewohnerinnen und -bewohner tatkräftig und unentgeltlich. (...). (BfdW JB 2012, 23)</i></p> <p><i>(...) Seit 15 Jahren begleitet die Nichtregierungsorganisation ADM [Asociación de Desarrollo Municipal, (...)] einer</i></p>	<p>Alle Texteinheiten, die Gemeinden, Gemeinwesen, Communities im Sinne von Gemeinwesenarbeit/ community work/ GWA-Prinzip betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>

		<p><i>Partnerorganisation von AWO International] in der Region kommunale Entwicklungsprozesse. Im gemeinsamen Projekt mit AWO International liegt der Fokus besonders auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche.(AWO JB 2011, 14)</i></p>	
8. Vernetzung und Kooperation	<p>professionell, politisch, wirtschaftlich, zivilgesellschaftlich, kommunal, regional, national, international, andere Organisationen, Einrichtungen, Akteure, ...</p>	<p><i>(...) Wir suchen die Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Hilfswerken in aller Welt und nehmen unsere Verantwortung in ökumenischen Netzwerken wahr. (BfdW Profil, 1)</i></p> <p><i>(...) In der Regel kooperiert AWO International mit lokalen Organisationen vor Ort, die eng mit den Betroffenen zusammenarbeiten. (...)</i> (AWO Profil, 1)</p> <p><i>(...) Die GIZ wiederum steuert ihre Erfahrungen aus 40 Jahren Zusammenarbeit mit philippinischen Bauernverbänden und Nichtregierungsorganisationen bei. (...).</i> (GIZ UB 2012, 48)</p>	<p>Alle Texteinheiten, die sich auf professionelle Zusammenarbeit/ Netzwerke/ Austausch beziehen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>
9. Menschenrechte	<p>Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), UNO, EMRK/ AMRK/ etc., bürgerliche/ politische Rechte, soziale/ wirtschaftliche und kulturelle Rechte, kollektive Rechte, UN-Kinderrechtskonvention, Recht auf Entwicklung = individuell und kollektiv, ...</p>	<p><i>Wir setzen uns aber auch für die (...) Achtung der Menschenrechte, (... ein. Denn Brot bedeutet für uns mehr als Nahrung. Im Sinne Martin Luthers verstehen wir darunter alles, was der Mensch zum Leben braucht.</i> (BfdW JB 2012, 10)</p> <p><i>Insbesondere (...) machen wir uns stark für die Achtung der Menschenrechte, Chancengleichheit und Integrität, (...)</i> (GIZ</p>	<p>Alle Texteinheiten, die sich explizit auf Menschenrechte im Sinne der in der Definition genannten Schlagwörter beziehen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>

		<p><i>Profil, 4)</i></p> <p><i>Die GIZ steht für Menschenrechte. Als Bundesunternehmen setzen wir die Politik der Bundesregierung um und agieren dabei auf der Grundlage des Grundgesetzes, insbesondere der darin enthaltenen menschenrechtlichen Garantien. Als führender Dienstleister in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung setzen wir uns weltweit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen ein und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Verwirklichung der Menschenrechte. (GIZ MR, 1)</i></p>	
<p>10. Öffentlichkeits-/Lobby- und Bildungsarbeit</p>	<p>Weiter-/ Fort- und Bewusstseinsbildung, Aufklärung, Öffentlichkeit, interne/ externe Beratung/ Schulungen/ Trainings, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, advokatorische/ politische (Interessen-) Vertretung/ Einmischung, Demonstrationen/ Kampagnen ...</p>	<p><i>Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst die Bevölkerung in Deutschland über Ursachen und Hintergründe von Hunger, Armut und Gewalt in den Ländern des Südens aufklären und über die Arbeit seiner Partnerorganisationen informieren. (...). (BfdW JB 2012, 42)</i></p> <p><i>(...) AWO-Kampagnen wie „Das letzte Hemd“, in der Mitarbeiter/innen und Mitglieder öffentlich auf den Skandal der Armut in Deutschland aufmerksam gemacht haben, oder der Aufruf zur Demonstration für die „Umfairteilung“ des Reichtums in</i></p>	<p>Alle Texteinheiten, die organisations-interne/ öffentliche/ advokatorische/entwicklungs-politische Aufklärungs-/ Bildungsarbeit betreffen, werden unter dieser Kategorie kodiert</p>

		<p><i>Deutschland zeigen die Chancen, die das AWO Netzwerk (...) bietet. (...)</i> (AWO JB 2011, 4)</p> <p><i>Zweck des Vereins ist die Schaffung, Erhaltung und Stärkung des Bewusstseins für die Notwendigkeit internationaler, insbesondere europäischer Zusammenarbeit im Aufgabenspektrum der sozialen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. (...)</i> (AWO Satzung, §2, 1)</p> <p><i>(...) Durch Lobby-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland und Europa versuchen wir politische Entscheidungen im Sinne der Armen zu beeinflussen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise zu schaffen. (BfdW Profil, 1)</i></p> <p><i>(...); weltweit aktiv sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit. (GIZ Profil, 1)</i></p>	
11. Schlagwort Nachhaltigkeit/nachhaltige Entwicklung	Keine Definition, sondern Sammlung und Zählung des Schlagwortes, um dies zu vergleichen, inhaltsleeres Modewort oder gehaltvoller Begriff?	<p><i>Nachhaltiges Leben und Wirtschaften beginnt im eigenen Haus. (BfdW JB 2012, 7)</i></p> <p><i>Denn wir sind der Überzeugung: Bildung ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. (BfdW JB 2012, 18)</i></p> <p><i>Durch unsere Präsenz vor Ort können wir umsetzen, was wir uns auf die Fahnen geschrieben haben: nachhaltige, dem Partnerprinzip</i></p>	Alle Texteinheiten, die das Schlagwort enthalten, werden hierunter kodiert

		<p><i>verpflichtete Projektarbeit und Humanitäre Hilfe. (AWO JB 2011, 3)</i></p> <p><i>Lebenssituationen mit nachhaltiger Landwirtschaft verbessern. (AWO JB 2011, 6)</i></p> <p><i>Umfassendes Know-how für nachhaltige Entwicklung (GIZ Profil, 1)</i></p> <p><i>Nachhaltigkeit ist das Leitprinzip unseres Handelns. (...) (GIZ Profil, 4)</i></p>	
12. Evaluation/ Wirkungsorientierung	Auswertung der Projektarbeit, Wirkungsüberprüfung eigener Arbeit, kritische Selbstbetrachtung, Evaluationsergebnisse und -konsequenzen,...	<p><i>Wirkungsorientierung. Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst strebt an, dass in allen Projekten (ebenso wie in der Lobby-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit) systematisch Wirkungen erfasst, analysiert und dokumentiert werden. (...) (BfdW JB 2012, 29)</i></p> <p><i>(...)</i> <i>Wirkungsorientierung heißt für uns, dass wir nicht nur die unmittelbaren Ergebnisse (output) unserer Aktivitäten im Blick haben, sondern dass wir auch die kurz- und mittelfristigen Wirkungen (outcomes), die unsere Projektergebnisse bei der Zielgruppe auslösen sollen, bei der Planung mit bedenken und diese Wirkungen beständig überprüfen – durch Monitoring und durch Evaluation. (...) (AWO JB 2011, 24)</i></p>	Alle Texteinheiten, die sich direkt auf Evaluation der Organisationsarbeit beziehen, werden hierunter kodiert

		<p><i>Wir stellen Ergebnisse sicher. Die Wirkung unserer Arbeit steht im Mittelpunkt, dabei erbringen wir unsere Leistungen partnerorientiert, transparent, effizient und mit kaufmännischer Sorgfalt. (GIZ Profil, 4)</i></p>	
13. Ansprache an die Leserschaft	Direkte oder indirekte Ansprache an die Lesenden, v.a. im Vorwort und in den Finanzierungskapiteln	<p><i>„Liebe Leserinnen und Leser, (...) Wir sind noch wirksamer geworden – im Interesse der deutschen Steuerzahler und unserer Partner. (...)“ (GIZ UB 2012, 4f)</i></p> <p><i>AWO International finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und durch Spenden von Menschen, die der Arbeit der AWO verbunden sind und unsere Arbeit auch finanziell fördern möchten. Dafür danken wir allen unseren Spenden/innen und Förderern herzlich. (AWO JB 2011, 31)</i></p> <p><i>Mit vereinten Kräften setzen wir uns dafür ein, Hunger und Armut zu überwinden. Dabei brauchen wir Ihre Unterstützung! Bitte halten Sie uns auch in Zukunft die Treue! (BfdW JB 2012, 2)</i></p>	Ausschnitthaft: Texteinheiten, die sich direkt oder indirekt an die Lesenden richten werden hierunter kodiert

9.3 Anhang III – Organisationstexte

(letzter Zugriff auf alle Dokumente: 10.04.2014)

Arbeiterwohlfahrt International e.V. (AWO)

„Über uns“: <http://www.awointernational.de/ueber-uns.html>

„Arbeitsfelder“: <http://www.awointernational.de/ueber-uns/arbeitsfelder.html>

Satzung: http://www.awointernational.de/fileadmin/website/04_ueber_uns/2011-05_24_Satzung_neu_beschlossen.pdf

Jahresbericht 2011: http://www.awointernational.de/fileadmin/website/00_allgemeines/bestellmaterial/Jahresbericht_AWO_2011.pdf

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (BfdW-EED)

„Über uns“: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns.html>

Satzung EWDE: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/ein-werk-der-kirchen/satzung.html>

Jahresbericht 2012: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/berichte-transparenz/jahresbericht-2012.html>

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)

„Profil“: http://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html

„Identität“: http://www.giz.de/de/ueber_die_giz/98.html

MR-Orientierung: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2012-de-orientierung-zu-den-menschenrechten.pdf>

Unternehmensbericht 2012: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2013-de-unternehmensbericht-2012.pdf>

10 Erklärung

Hiermit erkläre ich, Lia Calvelo, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig erstellt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Soweit ich auf fremde Materialien, Texte oder Gedankengänge zurückgegriffen habe, enthalten meine Ausführungen vollständige und eindeutige Verweise auf die Urheber und Quellen. Alle weiteren Inhalte der vorgelegten Arbeit stammen von mir im urheberrechtlichen Sinn, soweit keine Verweise und Zitate erfolgen.

Mir ist bekannt, dass ein Täuschungsversuch vorliegt, wenn die vorstehende Erklärung sich als unrichtig erweist.

Leipzig, den 02. Juli 2014

Lia Calvelo

141